



NIHIL ADDENDUM

Innsbruck Journal of Political Science and Sociology

September 2015 - Volume 2

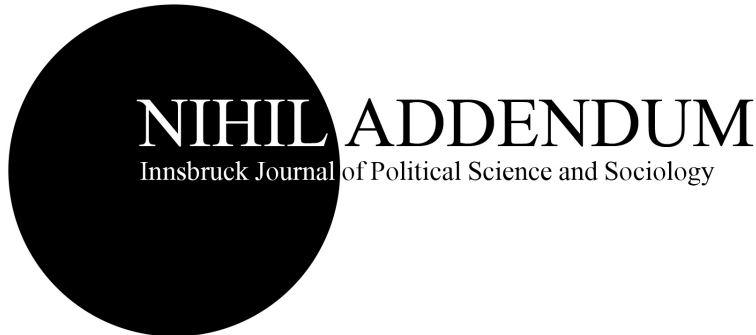


Nihil Addendum
Innsbruck Journal of Political Science and Sociology
September 2015, Volume 2

Verein Nihil Addendum
Fakultät Politikwissenschaft und Soziologie, Universität Innsbruck

Gedruckt mit Unterstützung der Studia – Studentenförderungsges.m.b.H Innsbruck, der Österreichischen Hochschülerschaft der Universität Innsbruck und des Vizerektorats für Forschung der Universität Innsbruck.





September 2015, Vol. 2

Published by **NIHIL ADDENDUM**

Chairman **PETER MITTERDORFER**

Deputy Chairman **ALEJANDRO BOUCABEILLE**

Office of Administrative Stuff **REGINA TSCHANN & JAKOB FLOSSMANN**

Art Editors **CHRISTOPHER MOIK & JULIAN WALTERSKIRCHEN**

Web Management **TATJANA BOCZY & VANESSA ROSELINE SIEGL**

Financial Officers **AARON SALZMANN & ANNA-KIRA PIRHOFER**

English Correspondent & Translator **LENA RAFFETSEDER**

Peer-Review Coordination **JULIAN WALTERSKIRCHEN**

Board of Reviewers **TATJANA BOCZY, ALEJANDRO BOUCABEILLE, SIEGLINDE**

FULTERER, VERENA GRUBER, CHIARA LIBISELLER, PETER MITTERDORFER,

CHRISTOPHER MOIK, ANNA-KIRA PIRHOFER, AARON SALZMANN,

THORSTEN STROHMAIER, REGINA TSCHANN, NINA WALCH, JULIAN

WALTERSKIRCHEN, MICHAEL WOLF

WEBSITE: www.nihiladdendum.com

FACEBOOK: [facebook.com/NihilAddendum](https://www.facebook.com/NihilAddendum)

EMAIL: nihiladdendum@gmail.com

TWITTER: [@NihilAddendum](https://twitter.com/NihilAddendum)

The journal and the complete articles can be downloaded for free on our homepage. The editors do not take responsibility for the published opinions and want to present a broad range of views on political science and sociology. Nihil Addendum would also like to thank all supporters of the project.

Vorwort

Es ist mir eine Freude mit der zweiten Ausgabe von Nihil Addendum neuerlich zu beweisen, welches Potenzial in den Arbeiten von Studenten-innen der Universität Innsbruck steckt. Auch wäre diese Ausgabe nicht ohne die zahlreichen Unterstützer-innen möglich gewesen. Besonders möchte ich mich bei den Mitgliedern unseres Vereins, den Professorinnen, der ÖH-Innsbruck und der Universität Innsbruck bedanken. Ein wissenschaftliches Journal von und für Studenten-innen herauszugeben, ist eine große Aufgabe, die ohne die Mitwirkung von vielen Menschen nicht möglich wäre.



In dieser Ausgabe haben wir wieder anspruchsvolle Arbeiten aus den beiden Disziplinen der Politikwissenschaft und Soziologie zusammengetragen. Es bedarf viel Mut sich einem Peer-Review-Verfahren zu stellen und seine Arbeit einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Auch diejenigen, die sich den Verfahren gestellt haben und es mit ihren Arbeiten nicht in die aktuelle Ausgabe geschafft haben, gebührt mein voller Respekt. Durch die zweite Ausgabe konnten wir wieder viel lernen, und ich bin überzeugt, dass sich dieser Lernfortschritt auch bemerkbar macht.

Abseits dieser Ausgabe hat sich viel getan. Wir bauen den Webinhalt auf unserer Seite „nihiladdendum.com“ weiter aus, um auch neben unserer Printausgabe die Leser-innen mit aktuellen Meinungen und Themen zu versorgen. Da sich die Blogbeiträge einer zunehmenden Beliebtheit erfreuen, werden wir auch in Zukunft versuchen ein vielfältiges Angebot zu bieten. Mein Wunsch und mein Anliegen als Vereinsobmann ist es, dass wir den Student-innen auch in Zukunft eine Plattform zur gegenseitigen Weiterentwicklung bieten können. Zu guter Letzt bleibt mir nur noch, viel Spaß beim Lesen der folgenden Ausgabe zu wünschen!

Peter Mitterdorfer
Chairman des Vereins Nihil Addendum

Vorwort

Eines der wichtigsten Fundamente der Universität ist die Einheit von Forschung und Lehre. Diese Einheit gilt keineswegs nur für die Lehrenden um die Lehrinhalte auf den neuesten Stand der Forschung zu bringen sondern viel grundsätzlicher bereits für die Form des Studiums. Die Vorstellung von universitärer Lehre als eine Art Wissenskopiermaschine wäre ein grobes Missverständnis. Es geht der Universität nicht um die quasi passive Weitergabe von akkumuliertem Wissen sondern um eine Wissensvermittlung, die der kreativen Umsetzung in der Lösung von Problemen und dem kreativen Weiterdenken dient, die in fortgeschrittener Form eben die Forschung ausmacht. Die Umsetzung dieser idealen Form des Erwerbs wissenschaftlicher Kompetenzen stellt eine permanente Herausforderung dar. Das von Studierenden unserer Fakultät initiierte Projekt *Nihil Addendum*, eines studentischen Publikations- und Kommunikationsforums, ist ein exzellentes Medium zur Stärkung dieser Säule der Universität.



Das Journal hat in kurzer Zeit professionelle Standards erreicht. Die eingereichten Arbeiten werden einem double-blind peer review Verfahren unterzogen. Damit wird in einer frühen Ausbildungs- und Karrierephase die Möglichkeit geboten Publikationserfahrungen zu sammeln, die bei Stellen- und Drittmittelbewerbungen einen großen Startvorteil darstellen. Die open access Version liegt ganz auf der Linie der universitären Publikationspolitik. Höchst professionell gestaltet sind auch die Einbindung in die etablierten social media und der Einbezug von Blogs, die die direkte Kommunikation zwischen AutorInnen und LeserInnen ermöglichen.

Nihil Addendum ist als Pionierprojekt an der Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Innsbruck erfolgreich gestartet. Es ist zu wünschen, dass das Journal sich bald als überregionale Plattform für angehende SozialwissenschaftlerInnen etabliert.

Univ.Prof. Dr. Helmut Staubmann

Dekan der Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Innsbruck

Inhaltsverzeichnis

Vertraute Fremde. Eine andere Geschichte Innsbrucks	1
<i>Alejandro Boucabeille</i>	

Zivilgesellschaft und Staat: Antinomien und Chancen einer gramscianischen Begriffsbildung	14
<i>Julian Zöschg</i>	

Syrien im internationalen Kräfteverhältnis – Das Dilemma der Humanitären Sicherheitspolitik	28
<i>Manuela Jedinger</i>	

Die Konstruktion <i>des</i> Anderen: Das koloniale Subjekt und die Migrantin	56
<i>Sieglinde Fulterer</i>	

The Political Consequences of the Gezi Park Protests	87
<i>Simon Wöll</i>	

"Read my lips": George H. Bushs Reden und Interviews in vergleichender Operational Code Analysis	105
<i>Lena Raffetseder</i>	

Vertraute Fremde. Eine andere Geschichte Innsbrucks

Alejandro Boucabeille

Der Österreicher war immer kosmopolitisch: von Spanien, Holland, Italien, von Frankreich, Belgien, Böhmen und Polen, vom Balkan und aus der Türkei gar sind viele unserer Vorfahren eingewandert und in der östlichen Hauptstadt des Westens zu Wienern geworden. Fast jeder Österreicher hat Verwandte im Ausland.

Oskar Kokoschka

DIE TIROLER Landeshauptstadt Innsbruck präsentiert sich in den letzten Jahren vermehrt als „Weltstadt“. Durch die wirkungsvolle und in unterschiedlicher Hinsicht folgenreiche Bewegung von Menschen mit deren sozialem Kapital veränderten sich die Stadt und ihre Bevölkerung. Heute verfügen um die 20% der BewohnerInnen Innsbrucks über einen Migrationshintergrund (Integrationsstelle der Stadt Innsbruck, URL: <http://www.innsbruck.gv.at/page.cfm?vpath=leben-soziales/integration> (Einsicht am 10.4.2014)). Sie kommen aus zahlreichen Ländern. In den historischen Narrativen, Museen und dem Selbstanspruch der Stadt scheint Migration aber erstaunlicherweise keine Rolle zu spielen. Hier gibt es einen offensichtlichen Bruch zwischen den realen Auswirkungen der Migration auf die Stadt und deren Sichtbarkeit im offiziellen Diskurs der Mehrheitsgesellschaft. Migration und deren vielfältige Folgen und Auswirkungen sind in den Werken zur Stadtgeschichte Innsbrucks oder in diversen bekannten Standardpublikationen zur Tiroler Geschichte praktisch nicht zu finden.

Seit der Unterzeichnung der Anwerbeabkommen Österreichs mit Spanien (1962), der Türkei (1964) und Jugoslawien (1966) sind 50 Jahre vergangen, in denen sich auch die Stadt Innsbruck nachhaltig verändert hat. Ohne

die diversen Migrationsbewegungen wäre Innsbruck heute nicht die Stadt, die sie ist, ohne sie ist dementsprechend auch die jüngere Stadtgeschichte nicht zu verstehen. Die aus dieser zeitgeschichtlichen Dissertation gewonnene Perspektive als auch deren möglichen Erkenntnisse können sich bei diesem internationalen Phänomen als gewinnbringend manifestieren, insbesondere wenn es sich um eine interdisziplinäre Forschung handelt, die nicht nur über geographische sondern auch fachliche Grenzen hinweg blickt. Hier sind insbesondere die Politikwissenschaften als auch (Stadt-)Soziologie von Interesse. Dieses Dissertationsvorhaben versucht daher einen neuen Blick auf diese bisher unsichtbaren als auch verunsichtbarten Seiten der Stadtgeschichte zu werfen und die beiden Forschungsfelder der Migrations- und der Stadtgeschichte miteinander zu verknüpfen.

Die Situation in Österreich bzw. Innsbruck

Der Statistik nach ist Österreich (wie auch Deutschland) erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einem Einwanderungsland geworden: Natürlich gab es auch zuvor Einwanderung und vor allem auch Binnenwanderung und damit Migrationserfahrungen, aber die Zahl der AuswanderInnen überwog die der EinwanderInnen. Die neue Realität wurde bekanntermaßen lange Zeit nicht anerkannt und ist in Österreich in der politischen Arena immer noch umstritten: nicht nur auf Bundes-, sondern in der Folge auch auf Landes-, Regional- und Lokalebene. Dabei muss als offensichtlich gelten, dass der wirtschaftliche Aufstieg der Zweiten Republik ohne Zuwanderung unmöglich gewesen wäre. Eine zentrale Rolle für das Selbstbild der ÖsterreicherInnen spielte jedoch stets die Aufnahmebereitschaft und Solidarität gegenüber Flüchtlingen aus Ungarn 1956 und aus der Tschechoslowakei 1968, obwohl in beiden Fällen Österreich tatsächlich eher als Transitland fungierte (Oliver Rathkolb, 2011, S. 49-52. Vgl. dazu auch Gernot Heiß/Oliver Rathkolb (Hg.), *Asylland wider Willen*, 1995). Die Zuwanderung in Österreich ist sehr unterschiedlich verteilt. Tirol liegt laut der Integrationsstelle der Stadt Innsbruck im österreichischen Vergleich mit 17% an vierter Stelle (Integrationsstelle der Stadt Innsbruck, <http://www.innsbruck.gv.at/page.cfm?vpath=leben-soziales/integration> (Einsicht am 10.4.2013)). Ein Großteil dieser 17%, nämlich 89,1% sind ZuwanderInnen der 1. Generation (Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, 2012). In Innsbruck

leben derzeit rund 120.000 Menschen mit Hauptwohnsitz. Während der Anteil der AusländerInnen 2010 bei 16,5% lag, verfügen 25% der Innsbrucker Bevölkerung über einen Migrationshintergrund (Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, 2012). Das Ziel der Integrationsstelle der Stadt Innsbruck sei nicht die Vereinheitlichung oder gar Assimilierung, sondern vielmehr die Vereinbarkeit von Vielfalt und Differenz (Integrationsstelle der Stadt Innsbruck, URL: <http://www.innsbruck.gv.at/page.cfm?vpath=leben-soziales/integration> (Einsicht am 10.4.2013)). Die Betonung liegt auf Diversität. Die Stadt gibt an, dass dies ein wertvoller Bestandteil unserer gesellschaftlichen Realität sei. Während es in Deutschland seit einigen Jahren eine öffentliche Diskussion über eine notwendige Musealisierung der Geschichte der MigrantInnen gibt (mit diversen Projekten und Ausstellungen), ist dies in Österreich trotz einiger Versuche noch nicht wirklich der Fall. In Deutschland boomt das Feld ganz offensichtlich und differenziert sich immer mehr, nicht zuletzt durch vielfältige kulturwissenschaftliche Fragestellungen und Zugänge. HistorikerInnen scheinen dabei jedoch eher eine Nebenrolle zu spielen, selbst wenn historische Perspektiven immer öfter zu beobachten sind (Vgl. etwa die Beiträge in: Ozil Seyda/Hofmann Michael/Dayioglu-Yücel Yasemin (Hg.), 2011).

Schließlich wurde in jüngster Zeit auch in Österreich, das immer ein Nachzügler zu sein scheint, eine Integration der Migrationsgeschichte in das „kollektive österreichische Gedächtnis“ bzw. die „nationale Erinnerungspolitik“ gefordert (Vgl. Migration ins Gedächtnis schreiben). Dabei werden allerdings, meiner Ansicht nach, leicht zwei wichtige Punkte übersehen: Wenn wir die historischen Erfahrungen von Migration und der MigrantInnen sowie ihre Lebenswelten in die Geschichte integrieren wollen, dann bedarf das zunächst einmal eines neuerlichen Nachdenkens über das Format – die Grenzen, Beschränkungen und Probleme, aber auch eventuelle Möglichkeiten, diese zu überwinden – nationaler Geschichte, aber auch „sozialer Räume“. Zudem wissen wir bisher kaum, was wir in die nationale und lokale Geschichte oder das nationale Gedächtnis integrieren könnten, wenn es um die Arbeitsmigration seit den 1960er Jahren oder sonstiger Migration geht, auch bezogen auf die Stadtgeschichte Innsbrucks, weil es sich um ein Thema handelt, das von der heimischen zeithistorischen Forschung fast vollständig außer Acht gelassen wurde, mithin jenseits von Statistiken und Studien zur Entwicklung der Rechtslage verhältnismäßig

wenig empirisch abgesichertes Wissen vorhanden ist. Es bleibt für die ZeithistorikerInnen hier viel Arbeit.

Es ist feststellbar, dass in den meisten Bereiche Mobilität und Migration eine entscheidende, prägende Rolle gespielt haben. Die Tiroler Alltagskultur als auch deren Sozialgeschichte sind maßgeblich von dieser Diversität betroffen. Es scheint in unserem offiziellen Gedächtnis und in der Folge in unserer Wahrnehmung jedoch eine Lücke zu geben, da dieser urbane Wandel, der mit der Migration einhergeht, in unserem Kollektivgedächtnis keine anerkennende Darstellung findet und in der Folge als nichtexistent deklariert wird. Darausfolgend findet sich dies nicht in unserer verbreiteten Identitätsfindung (Hybridität und Interkulturalität) wieder und die Gesellschaft bedient sich weiter der klassischen nationalstaatlichen Kategorien, die wiederum auf die Subkategorien Ethnie als auch Kultur zurückgreifen. In Österreich und in diesem Zusammenhang spielt vor allem die Tiroler Lage eine wesentliche Rolle, gibt es keine Ausstellung, Museum oder offizielle Archivalsammlung, die sich dem Thema widmet. Falls Phänomene der Migration zur Sprache kommen, so wird meistens vom „Problem der Migration“ gesprochen. Dieser Mangel in der offiziellen Darstellung und deren Problematisierung ist zum Beispiel auch in Schulbüchern oder sonstigen historischen Narrativen festzumachen. In vergleichbaren Konstellationen wird über das selbst „geschaffene Problem“ meist negativ gesprochen: paternalistisch, diskriminierend, kriminalisierend, ausgrenzend, polemisch, kulturalisierend, ethnisierend oder einfach nur oberflächlich und oftmals verfälschend. Migration gilt somit in der offiziellen Stadtgeschichte als auch sonstigen öffentlichen Darstellungen als keine unpräzise Selbstverständlichkeit. Bei der Thematisierung von Aspekten der städtischen Vielfalt wird zumeist auf die Probleme, Herausforderungen und angeblichen Nachteile als auch Einschränkungen dieser hingewiesen. Der Migrationsforscher Erol Yildiz argumentiert zu Recht, dass dies eine kontraproduktive Tätigkeit sei, da dies gerade „das Problem der Migration“ schafft, die falsche Perspektive einnimmt und sich somit ungenutzter Potenziale als auch großer Kompetenzen nicht bedienen würde (Yildiz 2013). Nur ein Blick in den Alltag der Stadt Innsbrucks genügt um schnell feststellen zu können, dass sich mit Migration schon immer urbane Transformationsprozesse in Gang gesetzt haben, die sich in den diversen Lebenswirklichkeiten und der aktiven Gestaltung vom städtischen Leben durch MigrantInnen widerspiegeln. Migration war und ist ein Kernelement

der Innsbrucker Stadtentwicklung, dies zeigen die verschiedensten Beispiele selbstorganisierter Ermächtigung durch MigrantInnen. Die Ignoranz dieser anderen sozialen Grammatik (Bourdieu 1996) als auch die Ausblendung dieser urbanen Alltagspraxis (Yildiz 2013) ist charakteristisch dafür. Ein lokaler Augenschein in der Stadt Innsbruck würde diesem entstellten Bild zu einer Neupositionierung verhelfen. Gerade diese reiche Diversität, die für die immerwährende Veränderung der Stadt Innsbruck verantwortlich zeichnet, findet ihre stärksten Impulse in kulturellen Überschneidungs- und Übersetzungszonen (Yildiz 2013). Das Ziel dieser Arbeit ist es herrschende urbane Mythen aufzuzeigen als auch das urbane Kaleidoskop der Landeshauptstadt Tirols kritisch näher zu beleuchten. Bislang wurde in der Öffentlichkeit statt einem kritischeren Migrationsdiskurs eher ein Fremdheitsdiskurs geführt. Im heutigen städtischen Alltag (Politik, Kultur, Gesellschaft usw.) ist es allzu offensichtlich, dass ein homogenisierendes und auf ethnischem Denken geführtes und basierendes Blickregime den Umgang mit Migration bis heute dominiert. Dieser Dualismus zwischen gutem Inländer und gefährlichem, bösen Ausländer wird gezielt von der Politik auf verschiedenen Ebenen geführt. In der zweitrangigen, „anderen“, ebenfalls inhomogenen Gruppe der „AusländerInnen“ findet sich der Rest der Bevölkerung, der durch ein komplexes, diskriminierendes System immer wieder an die erste Gruppe herangeführt wird bzw. daran gehindert wird sich in diese Gruppe einzuordnen. Integration wird hier als fast leere Worthülse von der Politik bewusst unterschiedlich instrumentalisiert und konnotiert.

Genau diese ethnische Zuschreibung gilt es zu hinterfragen. Einmal eingewandert, Dauergast für immer (Yildiz 2013). Wie Yildiz im selben Buch betont, ist diese Herangehensweise nicht nur diskriminierend sondern verschließt sich gegen die konstruktiven Potentiale des Zusammenspiels von Migration, Stadt und Urbanität. Den Menschen, die sich in diesen beiden Kategorien wiederfinden, werden diese Kategorisierungen nicht gerecht. Nach Bourdieu gilt es mit diesem nationalen Ordnungsdenken zu brechen, also zu „einer Konversion des Blickes“ zu gelangen, einer Perspektive also, die weg von diesem einheitlichen Ordnungsdenken hin zu einer multiplen Aussicht und komplexeren Herangehensweise hingeht. Stadt aktiv anders zu betrachten, einen anderen Blick auf Urbanität und dem essentiellen Zusammenspiel mit Migration zu wagen. Es gilt das Diktum weg von diesem Fokus auf Ethnie und der intensiven Betonung nationaler Diskurse

auf Weltoffenheit. In einer historischen als auch komparatistischen, empirischen Perspektive ist zu erkennen, dass es solche vergleichbaren Städte gibt, ja, viel mehr, dass Migration ein Kernelement der Verstädterung ist, sei sie ethnisch, kulturell oder anders begründet (Yildiz 2006).

„Stadt ist Migration“ - die Alltagsrealität, auch in Innsbruck, zeigt, wie MigrantInnen sich trotz der restriktiven Politiken und des Hegemonialgedächtnisses als auch deren Praktiken bewusst auch eigene interkulturelle, internationale Räume verschaffen, welche die Öffnung der Stadt Innsbruck maßgeblich unterstützen. Die Stimmen aus diesen Begegnungsräumen von MigrantInnen gilt es fest in das Stadtgedächtnis und in die -geschichte einzuschreiben. Der österreichische Emigrant und Soziologe Alfred Schütz (1899-1959) hat 1944 den Fremden – „the stranger“ (immigrant, newcomer) – als einen „Mann ohne Geschichte“ definiert, dem Exotik zugestanden wird, aber nicht mehr: „Seen from the point of view of the approached group, he (the stranger) is a man without history.“ (Alfred Schütz, *The Stranger*, 1964). Und so lange „er“ – „sie“ bleibt hier scheinbar ganz selbstverständlich außer Betracht – von der Mehrheitsgesellschaft („approached group“) keine eigene Geschichte zugestanden bekommt, so wird man Schütz wohl weiterführen können, wird der „stranger“ auch fremd bleiben. MigrantInnen aber erzählen von Netzwerken, interkultureller Solidarität und freundschaftlicher Hilfe auf der Reise, bei der Arbeitssuche wie im Alltagsleben hier, aber auch vom Scheitern angesichts gesetzlicher Regelungen (beispielsweise Arbeitnehmerstaffelung) und Willkür. Historische Dokumente zeugen dagegen davon, wie das Leben der Einzelnen als Beeinträchtigung und gar Gefahr für die Interessen und Belange Österreichs gewertet wurden, während andererseits die migrantische Arbeitskraft von lokalen Unternehmen ohne oder mit wenig Rücksicht auf offizielle Richtlinien und die Bedürfnisse der ArbeitnehmerInnen vernutzt wurde. Zahlreiche Themen und Motive lassen sich in diesen Schilderungen und Dokumenten finden: Berichte des Aufbruchs und des Anfangs eines neuen Lebens in Innsbruck wie auch Darstellungen von Enttäuschungen, Rückkehrgedanken und geplatzten Träumen. Es ist aber auch von Stolz und erkämpftem Selbstbewusstsein die Rede. Durch unterschiedliche Strukturen, diverse Instrumente als auch Kommunikationsformen schaffen MigrantInnen es bereits seit Jahren sich Begegnungsräume zu schaffen, doch wird oftmals versucht, diese ungenutzten Potentiale, welche eine eigentliche win-win Situation für jede Gesellschaft bedeuten, auszublenden bzw. nicht ernst

zu nehmen. Diese destruktive politische Herangehensweise, die allzu oft diese Maßnahmen als unerwünscht degradiert, gilt es zu verändern. Wie die Geschichte mit all ihren historischen als auch empirischen Untersuchungen zeigt, war eine Stadt nie ein homogenes Gebilde. Vielmehr scheint es, dass jede Stadt durch ihre jeweilige politische Konditionierung einen Mainstream-Blick schafft, den es abzulegen gilt. Die jetzige Perspektive ist, wie bereits dargelegt, eine ausklammernde Praxis, welche andere potentielle Erzählformen ausschließt und Möglichkeitsräume ausblendet. Das Spiel mit der aktiven Erzeugung dieser Bilder hängt von der jeweiligen Perspektive ab und kann Migration als Problem oder aber auch als Chance begreifen. Während Migrationsbewegungen und ihre begleitenden Phänomene in der Stadtgeschichte Innsbrucks immer schon eine zentrale Rolle gespielt haben, was in manchen Ausstellungen Innsbrucker Museen auch sichtbar wird, wird noch immer im öffentlichen Diskurs als auch in den Geschichtsbüchern wie musealen Repräsentationen ein komplett anderes Bild vermittelt. Diese fälschliche Suggestion führt dazu, dass dem Phänomen der Migration keine dementsprechende Rolle zugebilligt wird und in der Folge durch die Ignoranz des Themas keinen Platz im gesellschaftlichen Diskurs bekommt.

Die sogenannte große Migration nach Tirol bzw. Innsbruck begann so richtig in den 1970er Jahren. Während diese Mobilitätsbewegungen in anderen Städten und industriellen Regionen Österreichs sich Anfang der 1960er manifestierten, setzte hier die sogenannte GastarbeiterInnenmigration aus unterschiedlichen Gründen später ein. Obwohl MigrantInnen, vor allem türkischer Herkunft, politisch unerwünscht waren, gelang es diesen marginalisierten Menschen sich mehr und mehr neue Orte anzueignen und neue Begegnungsräume zu schaffen. Dies geschah zunehmend im kulturellen, ökonomischen als auch politischen Bereich. Kulturvereine, Restaurants und andere eigene Unternehmen als auch politische Beteiligung und Mitsprache waren die unmittelbare Folge. Während es aus pragmatischen Gründen in Innsbruck wie in anderen Städten zuallererst der Bahnhof ein Ort der Kommunikation war, setzten in den späten 1970er als auch 1980er die ersten Kulturvereine und Geschäftsgründungen von MigrantInnen ein. Einige dieser oftmals nicht erwähnten Vorteile (für die MigrantInnen als auch der gesamten Gesellschaft) waren sicherlich die dadurch geschaffene Unabhängigkeit von staatlichen Institutionen, die Schaffung von Arbeitsplätzen als auch die Wiederbelebung verwahrloster

städtischer Viertel wie das Olympische Dorf oder die Reichenau. Dadurch aber verstärkte sich auch der selbst gegangene Weg in die gesellschaftliche Integration. Dies scheint darum der viel rezipierten These zu widersprechen, dass MigrantInnen nicht eine Parallelgesellschaft gründen sondern ihren wertvollen Teil der Integration beitragen möchten. Während es heutzutage als eine Selbstverständlichkeit gilt, dass ÖsterreicherInnen mit Migrationshintergrund bzw. auch sogenannte „AusländerInnen“ einen Gewerbeschein in Österreich erwerben können, war dies vor gar nicht zu langer Zeit ganz anders. Behördliche Hürden von Seiten der Politik sollen eine vertiefte Partizipation sogenannter „Fremder“ verhindern. Das Ziel war es, diese Menschen bei der lokalen Anbindung und Integration zu hindern, sie sollten vielmehr wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Der Schweizer Schriftsteller Max Frisch brachte das in dem mittlerweile bekannten Ausspruch präzise auf den Punkt: „Wir holten Arbeitskräfte und es kamen Menschen“. Während MigrantInnen früher mittels Strohmänner zu diesen wichtigen Papieren kamen, wird diese Politik der Exklusion in anderen Bereichen noch immer fortgeführt (Asylrecht als Beispiel). Ein Desiderat wäre es, dass es in naher Zukunft eine Selbstverständlichkeit wird, dass migrantisches Leben einen Kernbestandteil der Innsbrucker Gesellschaft ausmacht. In vielen innerstädtischen Bereichen Innsbrucks hat es sich schon lange zu einer urbanen Normalität entwickelt, die von der Bevölkerung nicht nur anerkannt sondern auch sehr geschätzt wird. Während migrantische urbane Ressourcen wie bereits erläutert verdreht werden, wird ihr hohes wirtschaftliches als auch integratives Potenzial nicht wahrgenommen. Diese Stigmatisierung und Dramatisierung nicht vorhandener Tatsachen ist ein polemisches Grundmotiv dieser stigmatisierenden Logik (Yildiz 2013).

Forschungsstand

Migration wird immer gesellschaftsrelevanter. Es wird von der Wissenschaft, vor allem von den ZeithistorikerInnen wie SoziologInnen endlich bemerkt, dass hier wesentliche Weichenstellen nicht gelegt, das Thema zu spät für wichtig deklariert und relevantes Quellenmaterial nicht gesammelt wurde. „Integration“ ist, wie bereits dargelegt, heutzutage ein gesellschaftliches Thema, das auf vielen Ebenen diskutiert wird und dessen politische Instrumentalisierung als auch Bedeutung wächst. Die Debatten über In-

tegration werden aber nicht selten von Thesen ausgelöst, die von einer starren Vorstellung von „Kultur“ ausgehen, die Unvereinbarkeit der Kulturen vertreten und nicht selten Kulturen und Menschen hierarchisieren (Samuel P. Huntington in den USA, Thilo Sarrazin im deutschsprachigen Raum u.a.). Selten stehen aber die Geschichte(n) jener im Mittelpunkt, die selbst über Migrationserfahrung(en) verfügen. Gerade diese Geschichten können neue Perspektiven auf die vieldiskutierte „Frage der Integration“ eröffnen. Im konkreten Falle Innsbrucks fehlen vor allem offizielle Kommunikationsräume, in denen unterschiedliche (persönliche, gesellschaftliche und politische) Geschichten zu Wort kommen.

Was bewegt Menschen zum Aufbruch in ein fremdes Land? Warum machen sich Menschen aus der ganzen Welt auf und kommen nach Österreich, nach Innsbruck? Es sind Hoffnungen auf ein besseres Leben, eine „anständig“ bezahlte Arbeit, eine bessere Ausbildung und ein bisschen Wohlstand, den man irgendwann eventuell wieder mit „nach Hause“ nehmen kann (je nach „Heimatbegriff und individuellem Kontext“). Es ist die Abenteuerlust vieler junger Menschen und die Sehnsucht nach der Familie, nach Mutter, Vater, Brüdern, Schwestern, Großeltern, Onkels und Tanten, die schon vorangegangen sind. Die ProtagonistInnen sind MigrantInnen, die als Pflegepersonal aus Spanien, als so genannte „Gastarbeiter“ aus den Anwerbeländern (Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Türkei und Ex-Jugoslawien), als Flüchtlinge, TouristInnen oder als Studierende usw. nach Innsbruck kamen. Ihre Erzählungen, warum und unter welchen Bedingungen sie nach Innsbruck kamen, finden im gesellschaftlichen Diskurs wie oben bereits erläutert zumeist keinen Platz bzw. wird sogar ausgeblendet. Demgegenüber stehen historische Belege wie Auszüge aus Dokumenten österreichischer Behörden, die klar und deutlich machen, wie versucht wurde, das Leben dieser Menschen zu kontrollieren und ihre Bewegungen nach ihren (der Mehrheitsgesellschaft) Interessen zu steuern. Die Entwicklung und Veränderung städtischer Strukturen ist immer schon mit Prozessen der Zu- und Abwanderung und der wechselseitigen Beziehung von sozial, ökonomisch und ethnisch unterschiedlichen Gruppen verbunden gewesen. Insofern stellt die seit nunmehr über 50 Jahren andauernde Anwesenheit großer Gruppen „ausländischer ArbeitnehmerInnen“ in den Städten Österreichs wie der Stadt Innsbruck kein historisch völlig neuartiges Phänomen dar. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung, hauptsächlich aus einer zeitgeschichtlichen Perspektive heraus, mit diesem

wichtigen Kapitel der Stadtgeschichtsforschung, die mit der Migrationsforschung einhergeht, ist eher eine bislang unbehandelte Fragestellung, vor allem im deutschsprachigen Raum.

Forschungsziel

Das Ziel dieser Dissertation ist es bewusst in Innsbruck auf migrantische Spurensuche zu gehen. MigrantInnen sollen selbst zu Wort kommen, ihre Stimme soll in den Vordergrund gerückt werden und in der Folge Platz am offiziellen Diskurs bekommen. Die veralteten aber immer noch bewusst geführten historischen Narrative sollen hinterfragt werden, Geschichte neu geschrieben werden, in welchem dem Phänomen der Migration eine Rolle, ja gar eine bedeutendere, gesellschaftskonstituierende Rolle zugesprochen wird. Wichtig bei dieser Arbeit ist es sicherlich, die wenig überlieferten Quellen zu sichern als auch neue Quellen zu generieren. Dies scheint vor allem bei der bald sterbenden sogenannten „Ersten GastarbeiterInnen-Generation“ eine dringende Aufgabe zu sein, welche die Zeitgeschichte in den letzten Jahrzehnten der Forschung verschlafen hat. Diese Quellen verschiedener Lebensperspektiven und der bewusst erlebten Geschichte aufzuschreiben, zu sichern und sichtbar zu machen, scheint ein notwendiges Desideratum zu sein. Aus der interdisziplinären Perspektive der Migrationsforschung besteht die Notwendigkeit, die eigene Innsbrucker Grammatik zu entdecken und für die Gestaltung des urbanen Lebens nutzbar zu machen.

Die zentrale Forschungsfrage dieser Dissertation geht ergo der Frage nach inwieweit es in Innsbruck eine „verdrängte Geschichte“ gibt. Kann von einer solchen gesprochen werden? Wie sind (diese) Subkultur(en) gekennzeichnet? In Innsbruck werden Orte der Selbstorganisation und der sozialen Kämpfe von MigrantInnen untersucht. Weiters sollen diverse Vereine und NGOs, Begegnungsräume, auf die zentrale Frage hin, erforscht werden. Gab es frühe Demonstrationen? Gab es „good interventions“ mit MigrantInnen? Wie war das Zusammenleben mit der „nativen Bevölkerung“? Was berichten die Geschichtsbücher darüber? Wie werden diese historischen Narrative konstruiert und abweichende Geschichten verdrängt? Findet eine bewusste Verdrängung bzw. Unsichtbarmachung statt? Wie ist die Beziehung zur eigenen sozialen Stadtgrammatik?

Die folgende Dissertationsarbeit versucht, eine Einschätzung der Situation in Innsbruck zu geben, durch die Ergebnisse der Stadtgeschichtsschreibung Impulse zu geben, ein wichtiges, bislang zumeist ausgeblendetes Kapitel beizufügen und dabei vor allem auf die AkteurInnen aktiv zurückzugreifen, die in diesem historischen Narrativ (Meistererzählung) zumeist nicht vorkommen, ein Desiderat zu formulieren und zugleich einige damit verbundene theoretisch-methodische Herausforderungen zu diskutieren. Grundsätzlich ist dabei an alle Formen transnationaler Migration gedacht, während zugleich aber ein Hauptaugenmerk auf die strukturierte Arbeitsmigration gelegt wird, deren Ingangsetzung sich in Österreich im Jahr 2014 zum 50. Male jährt.

Methoden

Orte der Recherche sind neben den möglichen Begegnungsräumen für MigrantInnen auch diverse Bibliotheken und Archive wie das Stadt- oder das Landesarchiv in Innsbruck. Auch das von AktivistInnen gerade entstehende und initiierte Archiv der Migration in Wien und Archiv der Subkultur in Innsbruck sollen besucht werden. Oral History und die Grounded Method Theory sind wichtige methodische Konzepte der Arbeit. Wichtige Vorarbeiten, erste Interviews und der Kontakt zu diesen Institutionen wurden schon geleistet. Deren Ergebnisse, Wissen und Informationen sollen ebenfalls in die Arbeit einfließen.

Die Arbeit wird sich in den größeren Kontext des neuen Forschungsschwerpunkts zur Geschichte der (Arbeits-)Migration am Institut für Zeitgeschichte eingliedern und viele wichtige Synergien ermöglichen. Darüber hinaus ist es offensichtlich, dass dieses Thema nicht nur ein wichtiges zeit- und lokalhistorisches Forschungsdesiderat aufgreift, sondern auch von großer gesellschaftspolitischer Bedeutung und Aktualität ist.

Literatur

Auswahl an weiterführender Literatur

Ackerl Josef, Migration als Chance, in: *kursiv. migration* (1). eine zeitreise nach europa. 10-1/2/03, S. 3.

- Anderson Benedict*, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Mit einem Nachwort von Thomas Mergel, übersetzt von Christoph Münz/Benedikt Burkhard, Frankfurt/Main/u.a. 2005.
- Appelt Erna*, Frauen in der Migration – Lebensform und soziale Situation, in: Heinz Fassmann/Irene Stacher (Hrsg.), Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen, Wien/Klagenfurt/Celovec 2003, S. 144-170.
- Ashcroft Bill/Griffiths Gareth/Tiffin Helen* (Hrsg.), Post-colonial studies. The key concepts (Routledge key guides), London 2007.
- Bourdieu Pierre*, Reflexive Anthropologie, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1996.
- Heiß Gernot/Rathkolb Oliver* (Hg.), Asyl und wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Geschichte und Gesellschaft 25), Wien 1995.
- Oltmer Jochen/Bommers Michael/Bade Klaus J.* (Hg.), Sozialhistorische Migrationsforschung (Studien zur Historischen Migrationsforschung, Bd. 13), Göttingen 2004.
- Ozil Seyda/Hofmann Michael/Dayioglu-Yücel Yasemin* (Hg.), 50 Jahre türkische Arbeitsmigration in Deutschland (Türkisch-deutsche Studien – Jahrbuch 2011), Göttingen 2011.
- Rathkolb Oliver*, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2010, Wien/Innsbruck 2011.
- Renan Ernest*, Was ist eine Nation? Und andere politische Schriften (TRANSFER Kulturgeschichte 2), Wien/Bozen 1995.
- Rosenberger Sieglinde Katharina/Weiss Alexandra*, Frauen – Eine eigene Geschichte, in: Michael Gehler (Hrsg.), Tirol: „Land im Gebirge“. Zwischen Tradition und Moderne (Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945 6), Wien u.a. 1999, S. 315-376.
- Schütz Alfred*, The Stranger, in: ders., Collected Papers II: Studies in Social Theory, hg. v. Arvid Brodersen, The Hague 1964, 91-105, 97.
- Spivak Gayatri Chakravorty*, Can the subaltern speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation. Aus dem Engl. von Alexander Joskowicz und Stefan Nowotny. Mit einer Einl. von Hito Steyerl (Es kommt darauf an 6), Wien 2008.
- Yildiz Erol*, Die weltoffene Stadt: wie Migration Globalisierung zum urbanen Alltag macht, Transcript, Bielefeld 2013.
- Yildiz Erol*, Neue Vielfalt in der urbanen Stadtgesellschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011.
- Yildiz Erol*, Identitätsdiskurs zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Soziologische Revue, Vol. 29 (1), Oldenbourg Wissenschaftsverlag, pp. 36-50, 2006.

Migration ins Gedächtnis schreiben. daStandard.at-Interview mit Christiane Hintermann, 26.7.2010, URL: <http://dastandard.at/1277338966202/daStandardat-Interview-Migration-ins-Gedaechtnis-schreiben> (abgerufen am 22.6.2012).

Christiane Hintermann/Rainer Ohliger, Migration verändert auch das österreichische Geschichtsbild, Die Presse, 14.12.2010 (Meinung/Gastkommentar).

Christiane Hintermann, Ein neues Geschichtsbild braucht das Land. Betrifft: Migration und nationale Erinnerungspolitik, Der Standard, 22./23.1.2011 (Kommentar der Anderen). Dazu auch bereits die Ausstellung „Gastarbeiter“ 2004 im Wien Museum, vgl. Hakan Gürses/Cornelia Kogoj/Sylvia Mattl (Hg.), Gastarbeiter. 40 Jahre Arbeitsmigration, Wien 2004.

Zivilgesellschaft und Staat: Antinomien und Chancen einer gramscianischen Begriffsbildung

Julian Zöschg

ANTONIO GRAMSCI (1891 – 1937) kann als einer der interessanteren Denker des 20. Jahrhunderts angesehen werden. Als marxistischer Intellektueller legte er eine historisch-materialistische Staatstheorie vor, welche nicht auf einer verkürzten Ableitung kultureller und politischer Phänomene aus der Ökonomie ruht. Diese Arbeit entstand im Rahmen eines Seminars über die Zivilgesellschaft und beleuchtet Gramscis Zugang zu eben dieser.

Dabei wird zunächst unter Rückgriff auf ein Werk von Jürgen Habermas (*Strukturwandel der Öffentlichkeit*) Gramscis Konzeption historisch kontextualisiert, um die Antinomien, welche sich uns heute in seinen fragmentarischen Schriften darlegen, plausibel zu machen. Die Kernthese lautet, dass die Widersprüchlichkeit in Gramscis Begriffen die Widersprüchlichkeit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft spiegelt.

Anschließend wird die Entwicklung seines Begriffs der Zivilgesellschaft genauer verhandelt und beleuchtet, inwiefern dieser heute noch als Analysewerkzeug von Bedeutung sein kann.

I.

Der Begriff der Zivilgesellschaft ist gegenwärtig weit über den wissenschaftlichen Diskurs hinaus Teil des alltäglichen Sprachgebrauchs. Dabei hat sich ein Deutungsmuster von Zivilgesellschaft durchgesetzt, in welchem diese die Bedeutung eines unverzichtbaren Korrektivs gegenüber demokratischer Herrschaftsausübung erhält. Soziale Bewegungen als *die genuine Organisationsform der Zivilgesellschaft* gelten dabei als ihr Ausdruck. Es sei die Rolle der Zivilgesellschaft – im Sinne einer liberalen Konzeption

von *kritischer Öffentlichkeit* –, die Eliten zu überwachen, Missstände aufzuzeigen und friedlichen Widerstand gegen Fehlentwicklungen zu leisten. Dieses Verständnis von Zivilgesellschaft fußt in einer Tradition bürgerlicher Öffentlichkeitskonzeptionen, welche sich bis in das 17. Jahrhundert hinein zurückverfolgen lassen. Hierbei wurde dem absolutistischen Staat und seinen Geheimkabinetten ein „öffentliches Raisonement“ (Habermas 1990: S. 86) gegenübergestellt. Publizität war das zentrale Prinzip bürgerlicher Subversion. Der sozial homogene Raum des rasonierenden Publikums, bestehend aus den freien und formal gleichen WarenbesitzerInnen, sollte der Ort des Rittens um die besten Argumente und die Wahrheit sein, um so die ständisch-feudalen Herrschaftsverhältnisse als einen für die gesellschaftliche Entwicklung irrationalen Hemmschuh entlarven zu können. Diese Konzeption positionierte sich als Gegensatz zur ständischen Herrschaftstechnik:

„Bislang hatten die Stände mit den Fürsten Verträge ausgehandelt, in denen von Fall zu Fall die konfligierenden Machtansprüche in Abgrenzung der ständischen Freiheiten von den fürstlichen Oberkeiten oder Herrlichkeiten ausbalanciert wurden. [...] Mit diesem Modus des Machtausgleichs bricht nun der dritte Stand, denn er kann sich nicht mehr als ein Herrschaftsstand etablieren. Eine Teilung der Herrschaft durch Abgrenzung von Herrenrechten [...] ist auf der Basis der Verkehrswirtschaft nicht mehr möglich – die privatrechtliche Verfügungsgewalt über das kapitalistisch fungierende Eigentum ist ja unpolitisch. Die Bürgerlichen sind Privatleute; als solche 'herrschen' sie nicht. Ihre Machtansprüche gegen die öffentliche Gewalt richten sich darum nicht gegen die Zusammenballung von Herrschaft, die 'geteilt' werden müßte: sie unterlaufen vielmehr das Prinzip der bestehenden Herrschaft. Das Prinzip der Kontrolle, das das bürgerliche Publikum diesem entgegensetzt, eben Publizität, will Herrschaft als solche verändern [Herv. J. Z.].“ (Ebd.: S. 87)

In diesem Sinne wird auch heute noch – in vom Liberalismus inspirierten Theorien – die Zivilgesellschaft als eine Form der Öffentlichkeit verstanden, deren zentrale Aufgabe in der Demokratie darin bestünde, Herrschaftsmißbrauch zu skandalisieren und somit *publik* zu machen.

Durch die historischen Verschiebungen ergeben sich in einem solchen Konzept der Zivilgesellschaft, wird es auf unsere Gegenwart projiziert, diverse Widersprüche. Der klassische Liberalismus konnte von der Öffentlichkeit als einem an sich demokratischen Raum ausgehen, da dieser im 18. bis weit ins 19. Jahrhundert hinein nur aus Bürgerlichen bestand. Die besitzlosen Klassen waren aufgrund ihrer sozioökonomischen Lage ausgeschlossen. Sie konnten nicht die notwendige Bildung und Fähigkeiten zur Teilhabe *erwerben* und wurden darüber hinaus aufgrund der Herrschaftsinteressen des Bürgertums von diesem ausgegrenzt, denn: „[N]ur Eigentümer waren in der Lage, ein Publikum zu bilden, das legislativ die Grundlagen der bestehenden Eigentumsordnung schützen konnte; nur sie hatten jeweils private Interessen, die automatisch in dem gemeinsamen Interesse der Wahrung einer bürgerlichen Gesellschaft [...] konvergierte.“ (Ebd.: S. 159) Das Eintreten der besitzlosen Klassen in die Öffentlichkeit hätte zur Folge gehabt, dass die als Allgemeininteresse des *Homme* ausgegebene Etablierung bürgerlicher Herrschaft als Partikularinteresse der besitzenden *Bourgeoisie* hätte identifiziert werden können. Die Fiktion der Gleichheit eines rasonierenden Publikums, welches nach Gerechtigkeit und dem Allgemeinwohl strebe, konnte nur durch den Ausschluss sowohl jener Teile der feindlich gesinnten, feudalen Stände als auch der gemeinen Klassen gewährleistet werden.

Die imaginierte herrschaftsfreie Herrschaft der Vernunft, vermittelt durch eine demokratische Öffentlichkeit, behielt ihr subversives Potential jedoch auch gegenüber jener Klasse bei, welche sie auf die historische Bühne hatte treten lassen: „[I]n dem Maße, in dem nichtbürgerliche Schichten in die politische Öffentlichkeit eindringen und sich in den Besitz ihrer Institutionen setzen, an Presse, Parteien und Parlamenten teilhaben, wendet sich die vom Bürgertum geschmiedete Waffe der Publizität mit der Spitze gegen es selbst.“ (Ebd.: S. 205) Von diesem Punkt an, an dem die Öffentlichkeit ihre Kampffunktion gegenüber dem absolutistischen Staat und den feudalen Ständen verlor und das Bürgertum selbst zur herrschenden Klasse aufstieg, wurde sie für liberale Gesellschaftstheorien zu einer ambivalenten Angelegenheit. Bereits für Stuart Mill (1806–1873) war die öffentliche Meinung mit dem Eintreten der Massen zu einer Zwangsgewalt mutiert, welche die Freiheit, soll heißen die bürgerliche Herrschaft mit ihrer privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, bedrohe (vgl. ebd.: S. 213). Auch für Tocqueville (1805–1859) stellten die „unvernünftigen“

Massen ein Problem dar, welches die Idee eines rasonierenden Publikums ruiniere. Dies ließ ihn von der Vorstellung einer bürgerlichen Basisdemokratie von gleichen WarenbesitzerInnen abrücken und das Prinzip einer demokratischen Repräsentation propagieren. Politische Fragen seien nicht „durch direkte oder indirekte Berufung an die Einsicht oder den Willen einer ununterrichteten Menge“ zu entscheiden, „sondern nur durch die nach gehöriger Überlegung gebildeten Ansichten einer verhältnismäßig kleinen Zahl speziell für diese Aufgabe erzogener Personen“ (Tocqueville zit. n. ebd.: S. 217). Diese Ambivalenz hält bis heute an. Die Zivilgesellschaft als Neuauflage der politischen Öffentlichkeit soll kritisch rasonieren und in Ausnahmefällen, durch gewaltfreien Widerstand, der Staatsmacht Grenzen setzen, darf dabei jedoch nicht die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der bürgerlichen Gesellschaft und ihre Stilregeln verletzen. Wie bereits zu Beginn der ArbeiterInnenbewegung wird dies auch gegenwärtig dort am evidentesten, wo Subalterne¹, welche nicht die Sprache der gewünschten zivilgesellschaftlichen Artikulation sprechen und auch gar nicht die dafür nötigen materiellen und kulturellen Mittel aufbringen können, den Raum der Öffentlichkeit besetzen. Seien es die ghettoisierten BewohnerInnen der *Banlieus* oder die sich in allen Hauptstädten Europas politisch organisierenden AsylbewerberInnen: Allzu oft werden sie im Geiste Tocquevilles als der unvernünftige Andere konstruiert, dem eine Teilhabe am öffentlichen Raum direkt und unvermittelt gar nicht zustünde. Daher lässt sich eine Konzeption von Zivilgesellschaft als ein an sich emanzipatorischer Raum vielleicht noch in Zusammenhang mit normativen Demokratietheorien legitimieren; als analytischer Zugang verliert eine klassisch liberale Theoretisierung aber ihre Funktion, da reale Herrschaftsmechanismen ausgeblendet bleiben.

¹ Der hier verwendete Begriff der *Subalternität* ist Gramsci entliehen. Er bedeutet so viel wie 'alle der Herrschaft Unterworfenen'. Damit wird der Klassenbegriff der marxistischen Orthodoxie kritisch erweitert. Beherrscht werden in der bürgerlichen Gesellschaft nicht nur männliche Fabrikarbeiter, sondern auch Hausfrauen/-männer, Arbeitslose usw. Zudem verweist der Begriff in Gramscis Werk darauf, dass „*Subalternität ein Effekt der Hegemonie ist*. Als solche beruht sie nicht nur auf der Unterordnung mittels Zwang, sondern ist auch Ergebnis der produktiven Macht der Ideologie [Herv. i. O.]“ (Oberndorfer 2012: S. 53). Subalterne sind folglich nicht nur einer Herrschaft unterworfen, sondern haben diese vielmehr selbst internalisiert und stimmen ihr meist zumindest passiv zu.

II.

In der Betonung und Herausarbeitung der Herrschaftsmomente liegt der Wert bei der Begriffsbildung von Antonio Gramsci. Er versteht unter Zivilgesellschaft weder einen sozialen Raum, der dem Staat gegenüberstünde, noch wird bei Gramsci die Zivilgesellschaft per se als ein Ort der Emanzipation begriffen. Vielmehr denkt er die Ambivalenz in seinen Begriffen selbst mit und versucht, die Widersprüchlichkeit nicht einseitig aufzulösen. Die bürgerliche Gesellschaft brachte durch die Verallgemeinerung des Warenverkehrs und die Geburt von kapitalistischen Produktionsbedingungen unbestreitbar eine Trennung von politischer und ökonomischer Herrschaft hervor. Der/die UnternehmerIn hat durch die Institution des Privateigentums die Kommandogewalt über die Produktion, er/sie herrscht deshalb aber nicht unmittelbar politisch: Seine ArbeiterInnen gehen mit ihm/ihr einen formal freien Vertrag ein und sind daher berechtigt, ihr Arbeitsverhältnis auch wieder aufzukündigen. Die in der Person des adeligen Souveräns gebündelten persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse der Feudalgesellschaften wurden dadurch überwunden. Durch diese Trennung von politischen und ökonomischen Herrschaftsverhältnissen konstituierten sich die Sphären des Öffentlichen und Privaten überhaupt erst gesellschaftlich. Arbeitsverhältnisse und Tauschbeziehungen werden von nun an auf der Basis des Vertrages geregelt und sind Sache der gleichen und freien Privatpersonen. Hingegen ist die Herstellung der politischen Rahmenbedingungen dafür im Interesse aller. Der Ort politischer Machtausübung wurde im Zuge dessen die Öffentlichkeit und mit ihr der moderne Staat. Die Trennung des fürstlichen Privatvermögens von jenem der Staatskasse markierte historisch diese Entwicklung.

Insofern kann der liberalen Gegenüberstellung von Gesellschaft und Staat bedingt gefolgt werden. Der frühe Nachtwächterstaat der liberalen Ära war ja in der Tat der historisch reinste Ausdruck dieser Trennung: Der Staat als Bereich des Politischen stand der Gesellschaft als Raum der Privatleute gegenüber. Letztere waren in erster Linie über den Modus des freien Warenverkehrs miteinander vermittelt, ersterer garantierte mit seinem Gewaltmonopol die vertragliche Gleichheit in den Austauschbeziehungen, musste aber ständig kritisch beäugt werden, sodass er nicht in die prinzipielle Freiheit der Privatleute eingriff.

Entgegen der Erwartungen der frühen ökonomischen Theorien regelte

sich dieser private und „freie“ Markt im 19. Jh. jedoch nicht von selbst. Es fand durch die Prinzipien des Wettbewerbs und der Konkurrenz kein automatischer Ausgleich zwischen den WarenbesitzerInnen statt. Der vermeintlich herrschaftsfreie Raum des Marktes mit seinen „rationalen“ Regeln entpuppte sich als ein vermachteter Ort, um dessen Gravitationszentren sich bald Monopole bildeten: „Entgegen [der] Erwartungen konzentrierte sich aber nun, bei unvollständigem Wettbewerb und abhängigen Preisen, gesellschaftliche Macht in privater Hand. Im Geflecht der vertikalen Beziehungen zwischen kollektiven Einheiten bilden sich Verhältnisse teils einseitiger Abhängigkeiten, teils gegenseitigen Drucks.“ (Ebd.: S. 228) Die Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit geriet dadurch in Gefahr, da mit steigender ökonomischer Potenz sich die politische Macht einzelner Privatpersonen zu mehren drohte und die Gleichheit unter den WarenbesitzerInnen zur Fiktion wurde.

Mit der wachsenden Produktivkraft und der Konzentration des Kapitals wuchs auch der Staatsapparat an. Durch die erhöhten Steuereinnahmen im Zuge gesteigerter Kapitalakkumulation begann er bald, selbst und direkt die wirtschaftliche Privatinitiative auf seinem Territorium zu fördern. Hierzu wurde etwa in Infrastruktur investiert, um so die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zu befeuern. So begann der Staat alsbald durch Interventionen in den zuvor streng von ihm getrennten Bereich der privaten Ökonomie einzugreifen, er vergesellschaftete sich. Die Gesellschaft selbst hingegen begann sich zusehends zu politisieren. So bildeten sich durch die ArbeiterInnenbewegung erste Gewerkschaften, um dem konzentrierten Industriekapital Widerstand entgegenzusetzen zu können. Die Partikularinteressen des Bürgertums konnten nicht länger als Allgemeininteresse erscheinen und der parlamentarische Herrschaftsapparat musste sich für die ArbeiterInnenklasse öffnen: „Die Gewerkschaften bilden nicht nur auf dem Arbeitsmarkt ein organisiertes Gegengewicht, sie erstreben über die sozialistischen Parteien Einfluß auf die Gesetzgebung selber; dem begegnen die Unternehmer, überhaupt die ‚staatserhaltenden Kräfte‘, wie man sie seitdem nennt, *mit der unmittelbaren Einlösung ihrer privaten gesellschaftlichen Macht in politische* [Herv. J. Z.]“ (Habermas 1990: S. 230) Es kommt zu einer wachsenden Verschränkung der beiden Sphären des Privaten und des Öffentlichen, die real ohnehin nie gänzlich voneinander getrennt waren: Eine Dialektik fortschreitender „Verstaatlichung der Gesellschaft“ und „Vergesellschaftung des Staates“ führte so zu einer

„repolitisierte[n] Sozialsphäre, die sich der Unterscheidung von ‘öffentlich’ und ‘privat’ entzieht“ (ebd.: S. 226). Habermas weist in diesem Zusammenhang auf den neuen Charakter des bürgerlichen Rechtes ab dem 19. Jh. hin, welches zwar die Institutionen des Privatrechts und des öffentlichen Rechtes kennt, sie faktisch aber in unzähligen Mischformen auflöst (vgl. ebd.: S. 234-236). Dies ist auf die von nun an erweiterte Rolle des modernen Staates im Industriekapitalismus zurückzuführen, der in die repolitisierte „Privatsphäre“ (etwa durch Sozialgesetzgebung) intervenieren muss, um die gesellschaftliche Kohäsion und die Reproduktion des Kapitalismus aufrecht erhalten zu können. Daraus wird ersichtlich, dass die Vorstellung einer klaren Gegenüberstellung von Gesellschaft und Staat den frühkapitalistischen Verhältnissen kleiner ProduzentInnen entsprang und im Zuge der Industrialisierung zunehmend inadäquat wurde.

Es ist diese Dialektik im Verhältnis von Staat und Gesellschaft, welche in Gramscis Begriff der Zivilgesellschaft kulminierte und seine eigenen theoretischen Überlegungen mit einer gewissen Ambivalenz versehen hat. Der Widersprüchlichkeit der Wirklichkeit entspricht die teilweise Widersprüchlichkeit der gebildeten Begriffe, worin ein gewisser, kritischer Realitätssinn vermutet werden kann. Die Zivilgesellschaft wird bei Gramsci nämlich als ein *Teil des Staates* gedacht, ohne aber gänzlich in dieser Bestimmung aufzugehen. Er nennt den Staat deshalb auch „integralen Staat“ (GH S. 824), welchen er definiert als „Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang“ (GH: S. 783). Die Zivilgesellschaft ist somit eine vom Staat im engeren Sinne (=politische Gesellschaft) gesonderte Sphäre, die in Verschränkung mit diesem die Spezifik bürgerlicher Herrschaft ausmacht: Hegemonie gepanzert mit Zwang. Damit geht Gramsci als marxistischer Intellektueller über die orthodox-marxistische Bestimmung des Staates als Repressionsapparat des Bürgertums hinaus und erkennt die weiter oben beschriebene Ambivalenz an. Mit dem Begriff der Hegemonie versucht er jenen Modus bürgerlicher Herrschaft zu fassen, welcher einen Konsens zu den bestehenden Verhältnissen in breiten Bevölkerungsschichten organisiert. Das Zwangselement kommt erst im Moment des Notstandes zum Einsatz, wenn der Konsens selbst in Gefahr ist und die Herrschaft sich nicht mehr darauf stützen kann. Die Formel „Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang“ (GH: S. 783) suggeriert nun in einigen Passagen von Gramscis Werk, dass der Staat im engen Sinne der Ort des Zwanges

sei, wohingegen die Zivilgesellschaft – bestehend aus den „gemeinhin ‘privat’ genannten Organismen“ (GH: S. 1502) – jener Raum sein solle, in welchem die Zustimmung zur Herrschaft kulturell organisiert werde. Benjamin Opratko verweist in diesem Zusammenhang auf einen Widerspruch in den Begriffen selbst: „Schließlich erfüllen auch Institutionen, die eindeutig dem Staat im engeren Sinne, also der politischen Gesellschaft, zuzurechnen sind, Funktionen der Konsensproduktion.“ (Opratko 2012: S. 41) Zudem macht er uns darauf aufmerksam, dass in Gramscis Denken auch die Hegemonie selbst Zwangselemente aufweist (vgl. ebd.: S. 40) und zitiert hierfür folgende Passage: „Die ‘normale’ Ausübung der Hegemonie auf dem klassisch gewordenen Feld des parlamentarischen Regimes zeichnet sich durch die Kombination von Zwang und Konsens aus, ohne daß der Zwang zu sehr gegenüber dem Konsens überwiegt [...]“ (GH: S. 1610). Gramscis Überlegungen stellen sich für Opratko als kompliziert und verwickelt dar, denn in der zitierten Passage „umfasst Hegemonie sowohl Konsens- als auch Zwangselemente und ist nicht bloß ‘kulturell’“ (Opratko 2012: S. 40).

Gramscis Methode ist das Gewinnen abstrakter Begriffe aus dem historisch Konkreten, er geht *philologisch* vor: „Die ‘Philologie’ erfordert die sorgfältige Beachtung des Einzelnen, sie versucht die Spezifik des Besonderen feststellen [sic!]. Genau das tun viele der Elemente, aus denen die Notizbücher bestehen – sie zeichnen die Geschichte in ihrer unendlichen Vielfalt und Mannigfaltigkeit auf. Gewiß werden zwischen diesen Einzelheiten komplexe Beziehungsnetze hergestellt, und sie lassen wiederum allgemeine Begriffe und Theorien entstehen [...]“ (Buttitieg 1991: S. 25). Dieses methodische Vorgehen Gramscis im Hinterkopf behaltend, könnten sich die Widersprüche in den Begriffen folglich aus den Widersprüchen der realen Entwicklung bürgerlicher Gesellschaften ergeben. Die Ambivalenz in der Begriffsbildung spiegelt die Ambivalenz der historischen Genese. Die Zivilgesellschaft kann so mit Gramsci als ein Ort gedacht werden, in dem Herrschaft ausgeübt wird, der aber zugleich auch Potentiale besitzt, welche über den Staat hinausweisen. Eine derartige Konzeption entspricht der Verschränktheit von Staat und Gesellschaft im entwickelten Kapitalismus. Erfolgreiche Ausübung von Hegemonie umfasst folglich beide Sphären: „‘Hegemonie’ bezeichnet demnach also eine Situation, in der eine Gruppe oder Klasse ihre Herrschaft gesamtgesellschaftlich organisiert und in den politischen, ideologischen und kulturellen Überbauten den Konsens

zu den ihre Machtposition sichernden Verhältnissen organisiert.“ (Opratko 2012: S. 42f.)

III.

Doch wie wird eine Hegemonie laut Gramsci erfolgreich organisiert und wer sind dabei die zentralen AkteurInnen? Zunächst muss ein Hegemonieprojekt in der Lage sein, *dem historischen Moment eine Sprache* zu verleihen. Hierfür muss die symbolische Ordnung² der Gesellschaft aktiv von TrägerInnen des Projekts gestaltet werden. Ziel eines Hegemonieprojekts ist es, die Partikularinteressen der es unterstützenden Klassen zu universalisieren und zu einem Allgemeininteresse werden zu lassen. Weiter oben wurde bereits das post-revolutionäre Bürgertum verhandelt, das hier zur Illustration dieses Mechanismus dienen soll: Ihm gelang es, die Interessen der *Bourgeoisie* als die (durch die natürliche Vernunft gegebenen) Interessen des *Homme* als solchem auszugeben. Eine derartige Bestimmung kommt dann an ihre Grenzen, wenn sich die bisher davon ausgeschlossenen gesellschaftlichen Gruppen auf die proklamierte Universalität tatsächlich berufen und so einen Bruch an der Nahtstelle zwischen Proklamation und realem Ausschluss erzeugen. Nun wird klar, dass *Homme* und *Bourgeois* nicht deckungsgleich sind. Die Ausgeschlossenen fordern unter Verweis auf die Universalität ihre Inklusion. In dem Moment konnte der Konsens zur Herrschaft nur durch das Mittel des Kompromisses aufrechterhalten werden. Der ArbeiterInnenklasse musste Teilhabe gewährt werden. „Die Tatsache der Hegemonie setzt zweifellos voraus, daß den Interessen und Tendenzen der Gruppierungen, über welche die Hegemonie ausgeübt werden soll, Rechnung getragen wird, daß sich ein gewisses Gleichgewicht des Kompromisses herausbildet, daß also die führende Gruppe Opfer korporativ-ökonomischer Art bringt [...]“ (GH: S. 1567). Freilich aber können solche Kompromisse nur so weit reichen, wie sie die Herrschaft der Klasse an der Macht nicht prinzipiell bedrohen. So heißt es weiter im Zi-

² Unter *symbolischer Ordnung* wird hier jenes Netz von Bedeutungen verstanden, welches einer gegebenen Gesellschaft Sinn verleiht. Es handelt sich folglich um einen Modus alltäglicher Ideologie; nicht bezogen auf „falsches Bewusstsein“, sondern gerade auf dessen Gegenteil: Die symbolische Ordnung ist in gewisser Weise das den gesellschaftlichen Verhältnissen *adäquate* Bewusstsein, insofern es den objektiv bestehenden sozialen Beziehungen Sinn verleiht.

tat: „[...] aber es besteht kein Zweifel, daß solche Opfer und ein solcher Kompromiß nicht das Wesentliche betreffen können“ (ebd.: S. 1567).

Die ProduzentInnen der Hegemonie sind nach Gramsci die Intellektuellen. Damit begründet er jedoch keine aristokratische Theorie, denn sein Begriff von Intellektualität unterscheidet sich in zweierlei Hinsicht von den gemeinhin bekannten Bedeutungen. Für ihn ist der/die Intellektuelle ein *Modus des sozialen Seins*, welcher eine gewisse Funktion innerhalb gesellschaftlicher Verhältnisse ausübt. Somit ist Intellektualität keine bloß individuelle Bestimmung, die durch persönliche Begabung und Bildung in die Welt käme. Dem Potential nach sind laut Gramsci alle Menschen Intellektuelle: „Das bedeutet, daß man zwar von Intellektuellen reden kann, aber nicht von Nicht-Intellektuellen, weil es Nicht-Intellektuelle nicht gibt. [...] Es gibt keine menschliche Tätigkeit, aus der man jeglichen intellektuellen Beitrag ausschließen kann“ (GH: 1531). Was den/die ArbeiterIn von einem/r Intellektuellen im konventionellen Sinne unterscheidet, ist nicht mangelnde Intelligenz und Bildung, sondern vielmehr seine/ihre soziale Position, welche den Erwerb intellektueller Insignien (höhere Bildung, Publizität usw.) behindert und/oder schlichtweg als nicht notwendig erscheinen lässt. Derart soziologisch bestimmt, kann Gramsci den Intellektuellen-Begriff erweitern. Er führt die Bezeichnung des „organischen Intellektuellen“ in den Diskurs ein:

„Jede gesellschaftliche Gruppe schafft sich, während sie auf dem originären Boden einer wesentlichen Funktion in der Welt der ökonomischen Produktion entsteht, zugleich organisch eine oder mehrere Schichten von Intellektuellen, die ihr Homogenität und Bewußtsein der eigenen Funktion nicht nur im ökonomischen, sondern auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich geben [Herv. J. Z.]“ (GH: S. 1497).

Organische Intellektuelle organisieren folglich die gesellschaftlichen Klassen, denen sie entspringen oder denen gegenüber sie sich verpflichtet fühlen und erzeugen damit erst, was zuvorderst unter *Hegemonie* verhandelt wurde: „Unter Intellektuellen muss man nicht nur die gemeinhin unter dieser Beziehung begriffenen Schichten verstehen, sondern im allgemeinen die ganze Gesellschaftsschicht, die organisierende Funktionen in weitem Sinne sowohl auf dem Gebiet der Produktion als auch auf dem der Kultur und auf politisch-administrativem Gebiet ausübt“ (GH: S. 1975).

Benjamin Opratko verweist deshalb auf ihre zentrale Bedeutung „in den Auseinandersetzungen um Hegemonie“, da sie „mit unterschiedlicher Reichweite und wechselndem Erfolg – letztlich den Alltagsverstand“ organisieren, „indem sie Weltauffassung, Selbstverständnisse, Normen und Werte zivilgesellschaftlich ausarbeiten und durchsetzen“ (Opratko 2012: S. 49). Erweitert ist der Begriff insofern, als dass er nicht nur den Bereich der Kultur umfasst, in dem klassischerweise Intellektuelle verortet werden, sondern auch den Bereich der Politik und Ökonomie. Daraus folgt, dass Intellektuelle nicht nur Personen öffentlicher Natur sind, welche als PhilosophInnen oder anderweitige *Opinion leader* gesellschaftliche Entwicklungen reflektieren und publizieren. Als solche haben sie auf die breiten Massen meist gar keinen direkten Einfluss. Es bedarf hierfür vielmehr der Vermittlung „kleiner Intellektueller“, welche als solche gemeinhin gar nicht zu dem Kreis der Intellektuellen gezählt werden: ManagerInnen, IngenieurInnen, MedizinerInnen, LehrerInnen, Pfarrer usw.:

„Es gibt die großen und die kleinen Intellektuellen. Die großen Intellektuellen sind konzeptiv tätig, sie überschauen die großen Entwicklungen und Traditionen, sie prägen die Begriffe des Konsens und arbeiten an der moralischen und intellektuellen Einheit der kollektiven Überzeugungen und Gewohnheiten. Die kleinen Intellektuellen haben auf den verschiedenen Hierarchiestufen die Funktion der Vermittlung und der Reproduktion des Konsens“ (Demirović zit. n. ebd.: S. 49).

Da etablierte Hegemonie ein gesamtgesellschaftliches Regime umfasst³, sind ihre AgentInnen nicht nur in Feuilletons, gelehrten Abhandlungen und politischen Diskussionssendungen anzutreffen, sondern auch in den Institutionen des Alltags.

Conclusio

An dieser Stelle soll die eingangs formulierte Kernthese – die Widersprüchlichkeit in Gramscis Begriffen spiegelt die Widersprüchlichkeit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft wider – aufgegriffen werden. Die

³ Sprich die Dimensionen der Kultur, der Ökonomie und der Politik bzw. die diesen entsprechenden Vehikel und Institute wie Normvorstellungen, Organisationsformen, Gesetzgebung, usw.

Vorstellung einer mehr oder weniger klaren Trennung zwischen dem Staat einerseits und der Gesellschaft andererseits entspringt der Zeit frühkapitalistischer Verhältnisse. Während dieser Periode befand sich der Staat meist noch fest in den Händen der alten Feudalstände, wohingegen die ökonomische Entwicklung in zunehmendem Maße vom erstarkenden Bürgertum bestimmt wurde. Den Bürgerlichen erschien der Staat – zu dessen Institutionen und Ressourcen sie nur bedingt Zugang hatten – als eine von ihrer ökonomischen Privatinitiative getrennte Sphäre. Der Prozess der Industrialisierung und der Ausbau der bürgerlichen Hegemonie erodierte diese Trennung zwischen Staat und Gesellschaft bzw. zwischen öffentlichem und privatem Raum zusehends. Durch die zunehmende Konzentration des Kapitals im Zuge von Produktivitätszuwachsen und Marktmechanismen steigerte sich auch der politische Einfluss einzelner Unternehmer. Dadurch politisierte sich die Gesellschaft, da der Ausgleich der Interessen sowohl horizontal zwischen den Einzelkapitalien, als auch vertikal zwischen den Klassen, nicht mehr den freien Marktkräften überlassen werden konnten. Gewerkschaften mobilisierten gegen die Ausbeutung des Faktors Arbeit, aber auch die Kapitaleseite verständigte sich auf erste Regulierungen des Wettbewerbs, um die negativen Auswirkungen der Monopolbildung auf die formale Gleichheit der Warenbesitzer_Innen einzuhegen. Zugleich vergesellschaftete sich der Staat, indem er im Zuge wachsender Steuereinnahmen begann, direkt in das Marktgeschehen zu intervenieren und in den zuvor von ihm 'gesonderten' Teil der Ökonomie immer mehr eingriff. Der staatliche Gestaltungsraum reichte von da an von der Regulierung ökonomischer Austauschbeziehungen (z.B. Kartellgesetze), über die Begrenzung der privaten Verfügungsgewalt über den Produktionsfaktor Arbeitskraft (Arbeitnehmer_Innenrechte), bis hin zur Etablierung öffentlicher Unternehmungen und Investitionen in Infrastruktur und Bildung. Durch diese historische Entwicklung wurde die aus der liberalen Tradition stammende Unterscheidung zwischen dem Staat als Kern der Öffentlichkeit und der Gesellschaft als Ort der privaten Austauschbeziehungen immer prekärer. Gramscis Theoriebildung trägt dem insofern Rechnung, als dass sie versucht, die sich daraus ergebenden Widersprüche auf den Punkt zu bringen. Mit ihm kann die Zivilgesellschaft weder als eine vom Staat gesonderte Sphäre angesehen werden, noch als ein per se emanzipatorischer Raum, der staatlicher Willkür als sein quasi strukturell antagonistisches Gegenüber Grenzen setzt. Im Gegenteil: Gramsci gewann seine Erkenntnisse

unter anderem durch die Erfahrungen mit der faschistischen Bewegung in Italien, welche sich sehr eindrucksvoll zivilgesellschaftlich organisiert hatte. Er konnte somit nicht umhin, die Zivilgesellschaft in ihrer dialektischen Gesamtheit, d.h. sowohl in ihrer Ermöglichung der Freiheit, als auch in ihrer Dimension als herrschaftsstabilisierender Faktor, zu begreifen.

Seine Begriffsbildung ist deshalb auch heute noch relevant, wenn wir populäre Bewegungen oder den Aufstieg rechtsextremer Parteien in aller Komplexität verstehen und erklären wollen. Das Instrumentarium Gramscis gibt uns hierfür Werkzeuge in die Hand, mit deren Hilfe wir die Dimensionen des Politischen, Kulturellen und Ökonomischen zusammenbringen können. Sein Konzept der Hegemonie und die Überlegungen zur Funktion der Intellektuellen verweist dabei auf die Notwendigkeit der Organisation kollektiver Überzeugungen und schärft den Blick zugleich für die historische Kontingenz gesellschaftlicher Entwicklung.

Daraus ergibt sich auch eine erfrischend andere Sichtweise auf Phänomene, welche in den Politikwissenschaften gerne unter dem *Topos* des „Populismus“ verhandelt werden. Der gramscianische Zugriff fokussiert nämlich auf der *Produktion* gesellschaftlicher Verhältnisse und erschöpft sich nicht in der Aufzählung vermeintlicher Charakteristika, welche populäre Bewegungen auszeichnen würden. Durch ein gramscianisches Verständnis der Zivilgesellschaft eröffnet sich uns so ein analytischer Horizont, der versucht gesellschaftliche Entwicklungen in ihrer Gesamtheit zu fassen und ihre Umkämpftheit auf den Begriff zu bringen. Jede politische Erscheinung entspricht demnach einem spezifischen Kräfteverhältnis.

Literatur

- Buttittieg, Joseph A. (1991): Gramscis Methode, in: Das Argument, Heft 185, Hamburg: Argument- Verlag
- Gramsci, Antonio (1991-2002): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, Bd. 1-10, Hamburg: Argument Verlag, (zitiert als GH)
- Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
- Oberndorfer, Lukas (2012): Hegemoniekrise in Europa – Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus?, in: Forschungsgruppe >Staatsprojekt Europa< (Hg.): Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 49-71

Opratko, Benjamin (2012): Hegemonie, Münster: Westfälisches Dampfboot

Syrien im internationalen Kräfteverhältnis – Das Dilemma der Humanitären Sicherheitspolitik

Manuela Jedinger

Einleitung

„Kollidiert die Souveränität von Staaten mit jener von Einzelpersonen, so müssen wir als internationale Staatengemeinschaft ernsthaft abwägen, wie weit wir gehen würden, um erstere vor letzterer zu schützen.“ (Kofi Annan, 2001)¹

DIE RESOLUTION „60/1. Ergebnis des Weltgipfels 2005“ wurde von der Generalversammlung der United Nations am 16. September 2005 verabschiedet. (UN, 2005). In Anlehnung an den richtungsweisenden ICISS Report „The Responsibility to Protect“ (ICISS, 2001), beinhaltet der UN Beschluss *Werte und Grundsätze*, welche fundamentale Menschenrechte souveräner Individuen determinieren. Zudem finden sich darin Bestimmungen hinsichtlich der Verantwortung und Autorität der internationalen Staatengemeinschaft wieder, sofern die Gewährleistung jener Grundrechte innerhalb eines Staates unzureichend ist. Edward C. Luck, ehemaliger Sonderberater des UN-Generalsekretärs für die Schutzverantwortung², pointiert in seiner Argumentation die Natur der Tätigkeit der Vereinten Nationen. Demnach sei die Verankerung normativer Handlungsmotive im internationalen Politikgeschehen „[...] am besten am Beispiel der Menschenrechte und der humanitären Angelegenheiten zu zeigen“. (Luck 2008:

¹ Aus: Luck (2008): „Der verantwortliche Souverän und die Schutzverantwortung“, S.52.

² Vgl.: UN Office of the Special Adviser on the Prevention of Genocide: Former Special Adviser Edward Luck.

51) In seinen Ausführungen deutet Luck die nuancierte Wirkung der *Responsibility to Protect* Doktrin sowohl auf die geopolitische Außenpolitik im internationalen System, als auch auf die Beziehungen zwischen den Akteuren und Völkern an. Der Syrien-Konflikt stellt für die internationale Staatengemeinschaft eine besondere Herausforderung hinsichtlich der Legitimierung und Umsetzung von R2P – Maßnahmen dar. Eine viel debattierte Auswirkung der Schutzverantwortung, und der ihr inhärenten Außenpolitik, ist jene auf das *Konzept staatlicher Souveränität* mit dem nach Luck „[...] einige konzeptionelle, institutionelle und politische Herausforderungen [...]“ einhergehen. (Luck 2008: 51)

Jene *Herausforderungen* zeichnen sich auch im aktuellen Syrien-Konflikt ab, infolge dessen die internationalen Normen der UN *Resolution 60/1* ins Wanken geraten. Bente Scheller, Leiterin des MENA-Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Beirut³, attestiert der syrischen Transformation das Potential, das gesamte internationale Institutionengefüge sowie die Staatengemeinschaft auf eine Bewährungsprobe zu stellen – wenn es einerseits um die diplomatische, humanitäre Annäherung an die Krise, andererseits um militärische und interventionelle Konfliktlösungsansätze geht. Die politische Handlungssohnmacht geht einher mit einer Pattstellung im UN-Sicherheitsrat. Das Zerwürfnis der *Arab League*, die Diskrepanzen zwischen der EU und den USA hinsichtlich möglicher Interventionskonzepte, sowie die grundlegend, oppositionellen Standpunkte von Ost (Russland, China, Iran) und West (Deutschland, Frankreich, USA), sind charakteristisch für die globalen Auswirkungen der Syrien-Krise. Derart paralysierte Strukturen wirken sich schließlich auch auf die humanitäre Lage vor Ort und auf die humanitäre Sicherheitspolitik aus. Scheller argumentiert weiter, dass „angesichts dessen, wie schwer Menschenrechte und das Völkerrecht in Syrien verletzt werden“, das Unvermögen der internationalen Akteure folglich drohe, „[...] allgemein anerkannte Normen zu unterminieren und die mit ihnen befassten Institutionen zu schwächen.“ (BMVG, Scheller 2014)

Erklärungsansätze für dieses blockierende Kräfteverhältnis im internationalen System lassen sich unter anderem in der Divergenz staatlicher Interessen, hinsichtlich der weiteren Entwicklung in Syrien, finden. Byman weist in seiner Analyse, „Explaining the Western Response to the Arab

³ Vrgl.: BMVG: „Die Erosion der internationalen Normen im Syrien-Konflikt“, unter „Autorin“.

Spring“, auf die Komplexität der akteurspezifischen Motive in der Annäherung an Syrien hin. Die Konsensbildung im Hinblick auf das *conflict management* wird dadurch, nicht nur innerstaatlich, sondern vor allem zwischenstaatlich, gehemmt. Traditionelle Interessen, wie Öl-Vorkommen, *counterterrorism*, *containing Iran*, oder sicherheitspolitische Motive zu Gunsten Israels, liefern nach Byman lediglich insuffiziente Erklärungen für das *engagement* der genannten Akteure. Basierend auf einer zweiten Erklärungsebene wird in Byman's Analysen davon ausgegangen, dass neben innenpolitischen Motiven, die humanitäre Handlungsverantwortung zwar eine ergänzende Sichtweise darstellen; im Gesamten bliebe die Motiv-Analyse damit jedoch unvollständig. Auf dritter Ebene setzt ein politikwissenschaftliches Erklärungsmodell den Fokus auf das neue Rollenverständnis der USA. Demzufolge wird ein *U.S.-leadership* als effektivste Strategie zur Konfliktlösung, sowohl seitens der USA als auch von der Staatengemeinschaft, ausgeschlossen. Byman schließt seine Argumentation in einem vierten Ansatzpunkt ab – „Western powers also recognized the limits of their power and desired to maintain alliances with conservative countries like Saudi Arabia.“ (Byman 2013: 289)

Zieht man an dieser Stelle das internationale Vorgehen im Falle Libyens heran, kristallisiert sich – entgegen komparativen Konflikt-Kontexten für Syrien und Libyen – eine, im Vergleich, differente Interventions- und *conflict management* – Dynamik der beiden Casus heraus. Im libyschen *conflict management* markierte, nach Byman, die im März 2011 beschlossene *Resolution 1973* einen Meilenstein. Die Staatengemeinschaft erzielte mit dieser Resolution eine Flugverbotszone und räumte sich zudem die Autorität ein „[to take] all necessary measures to protect civilians and civilian populated areas under threat of attack in Libya“. (Byman 2008: 1271) Demnach übertreten die United Nations mittels dieses Mandats erstmals offiziell eine Grenzlinie. Entgegen des ausdrücklichen Willens einer souveränen, staatlichen Regierung finden Anordnungen für eine militärische Intervention (in Libyen) statt. (Byman 2008: 1271)

Hinsichtlich der Handhabung des Syrien-Konflikts scheint die UN dagegen von Anfang an Schwierigkeiten gehabt zu haben, sich auf Maßnahmen im Sinne der *Responsibility to Protect* zu einigen – was in direktem Zusammenhang mit den Erfahrungen in Libyen steht. Im Bezug auf die mögliche Legitimation von *coercive diplomacy* und interventionellen Strategien anhand des R2P Ansatzes gibt Thakur beispielsweise zu bedenken,

dass mögliche Maßnahmen in Syrien nicht unabhängig von der Verflechtung der Krise mit den Beziehungen zu Russland, Iran und China bemessen werden können. „China and Russia remain resolutely opposed to any resolution which could set off a chain of events leading to a 1973-type authorization for outside military operations in Syria.“ (Thakur 2013: 71)

Die eben thematisierten, internationalen Strukturgegebenheiten hinsichtlich des Syrien-Konflikts stellen die Weichen für weiterführende Analysen im Bezug auf die Debatte, *ob, wann* und *wie* Gebrauch von der internationalen Schutzverantwortung gemacht werden soll. Denn nach Scheller wird die Legitimität des R2P-Ansatzes eben im Falle Syriens kritisch in Frage gestellt: „Die Internationale Koalition für die Schutzverantwortung betont, dass Schutzverantwortung kein unilaterales militärisches Handeln – oder das Handeln einer ‘Koalition der Willigen’ – autorisiere.“ (BMVG, Scheller 2014) Die hier angestrebte Debatte ist von dreidimensionalem Charakter. Zum einen wird auf der ersten Ebene der „Human Security“-Ansatz auf seine politikwissenschaftliche Anwendbarkeit als theoretischer Rahmen untersucht. Auf einer zweiten Ebene soll hinterfragt werden, inwiefern die *Responsibility to Protect*-Doktrin zu paradoxen Ansichten und Argumentationen innerhalb der United Nations beziehungsweise der Staatengemeinschaft führt. Einerseits dient die Schutzverantwortungsklausel als Legitimationsbasis für humanitäre Interventionen; andererseits kann eben diese Auslegung im internationalen System zu angespannten Beziehungen zwischen Befürwortern und Kontrahenten einer derartigen Interpretation der R2P führen. „The perennial question of the potential for RtoP to legitimize coercive interference and the lack of clarity about the triggers for armed intervention“ sei laut der General Assembly ein zentraler Diskussions- und Kritikpunkt. (Morris 2013: 1268)

Vor allem im Hinblick auf den *prohibition of the use of force* Grundsatz aus Artikel 2(4) der UN-Charter, sowie auf das *principle of non-intervention* in souveränen Staaten kommt die kontroverse Natur der R2P-Doktrin, und im weiteren Verlauf jene der humanitären Interventionen, zum Vorschein. (Morris 2013: 1274-1276) Die zentrale Fragestellung der vorliegenden Arbeit greift eben diese Kontroversen auf:

„Inwiefern ergeben sich durch das internationale Kräfteverhältnis hinsichtlich des Syrien-Konflikts Schwierigkeiten in der Umsetzung der humanitären Sicherheitspolitik vor Ort und

wie kann die Responsibility to Protect-Doktrin im Bezug auf dieses Spannungsverhältnis ausgelegt werden?“

Die Diskussion der zentralen Fragestellung erfolgt in Anlehnung an die Leithypothese, dass je nach den Interessen eines Akteurs im internationalen Kräfteverhältnis, die Möglichkeiten für R2P-Interventionen – und damit für die Ausprägung der Humanitären Sicherheitspolitik in Syrien – eher positiv oder negativ interpretiert werden.

Um die Komplexität der Zusammenhänge und einer Annäherung an den Krisenherd Syrien zu demonstrieren, wird an dieser Stelle der Fokus auf die *Syria foreign-policy* unter Obama gerichtet.

Konkretisiert wird das attestierte Dilemma der humanitären Sicherheitspolitik in Syrien anhand eines eingehenden Diskurses über die internationale Schutzverantwortung, Responsibility to Protect. Es soll hier Raum geschaffen werden für Grundsatzfragen sowie dem, der R2P inhärenten, Paradox zwischen nationalstaatlicher Souveränität und der Gewährleistung von Menschenrechten. In einem nächsten Schritt wird die zentrale Rolle der United Nations, deren Relevanz für die Formulierung von Leitsätzen hinsichtlich Autorität und Verantwortlichkeit in kritischen, menschenrechtswidrigen Strategie-Debatten beleuchtet.

Die Veranschaulichung der humanitären Situation in Syrien und des internationalen Kräfteverhältnisses in diesem besonderen Rahmen, verfolgt die Absicht das thematisierte Spannungsverhältnis – zwischen akteur-spezifischer *balance of power and interests*, *nicht-Interventionsbestimmungen* und *Staats-Souveränität*, *Schutzverantwortung* und *Individual-Souveränität* – darzustellen.

Human Security: Ein theoretischer Rahmen

Das Konzept „Human Security“ lässt sich in den politikwissenschaftlichen Bereich der *Security Studies* einordnen. Nach Kerr findet die Bezeichnung „Human Security“ Mitte der 1990er Jahre ihren Ursprung. Im Bezug auf Internationale Beziehungen und Staatenlehre erfüllte, unter anderen, der „Human Security“-Ansatz eine maßgebende Funktion in der Bekundung von *intra-state political violence*. (Kerr 2010: 121) Im Rahmen des *state-centric* Paradigmas, welches den sicherheitspolitischen Diskurs lange Zeit dominierte, fanden innerstaatliche Gewaltfaktoren, und deren direkte Auswir-

kung auf die Souveränität von Einzelpersonen, kaum Berücksichtigung. Kerr argumentiert weiter, dass das Konzept der „Human Security“ nicht etwa die Relevanz der Staats-zentrierten Argumentationsbasis anfechte, wenn es um die Sicherheitspolitik und die Verteidigung eines Staates vor äußeren, militärischen Bedrohungen im Sinne der *Realpolitik* gehe; vielmehr zielt „Human Security“ darauf ab, auf die Unvollkommenheit des staats-zentrischen Realismus hinzuweisen. „Realism therefore does not deserve to be the dominant understanding of security.“ (Kerr 2010: 121) Wie auch die Agenda der United Nations zeigt, entwickelt sich das Konzept „Human Security“, in der Bekundung interner Konflikte, langsam aber stetig, zu einem festen Bestandteil des diplomatischen Argumentationsspektrums.

Nach einer Definition des *United Nations Development Programme* meint „Human Security“ zunächst die Sicherheit vor chronischen Bedrohungen durch Hunger, Krankheiten oder Unterdrückung. Des Weiteren sei der Schutz vor plötzlichen und schädlichen *disruptions*, also „Unterbrechungen“, hinsichtlich grundlegender Bestandteile des Alltags (wie das Zuhause, die Arbeit oder Gemeinschaften) in die Definition miteinzubeziehen. (UNDP 1994: 23) In Anlehnung an die allumfassende, integrative Interpretation von „Human Security“ des UNDP kritisiert Paris jedoch das Fehlen von „definitional boundaries“, wodurch es schwierig sei zu determinieren, welche Umstände und Faktoren nicht in diesen spezifischen Bereich fallen. (Paris 2011: 72)

Der „Human Security“-Ansatz gewann insbesondere seit dem Wandel der Konfliktnatur an Wichtigkeit. Demnach findet Konflikt im heutigen Internationalen System vielmehr innerhalb der Grenzen von sich transformierenden oder developing Staaten statt. Diese Grenzen umgeben oftmals jene Länder, die auch *disrupted states* genannt werden. Meist handle es sich hier um Staaten „[...] where governance is inadequate often because there is conflict among armed groups – sometimes between the government and rebels, and sometimes between competing rebel or social groups.“ (Kerr 2010: 123) Die Rolle des souveränen Staates als Quelle von „Human Security“ sei demnach infrage zu stellen – *failing states* sind oftmals viel mehr der Ursprung von struktureller Gewalt. Akteure wie *institutions of global governance*, *non state actors*, die Zivilgesellschaft oder eben Staaten an sich, stehen vor der Herausforderung jene Konfliktsituationen unmittelbar zu adressieren, zu managen und parallel dazu strukturelle Transformationen auf lange Sicht zu erzielen. (Kerr 2010: 125)

In der Annäherung von Institutionen oder Akteuren an das Konzept und die Gewährleistung von „Human Security“ unterscheidet man grundsätzlich zwischen *narrow and broad school*⁴. Ersterer ist nach Alkire als die *provision of human security* zu klassifizieren, wonach Regierungen die Verantwortung und die Autorität der Bereitstellung tragen. „For example, national governments may have a responsibility to invest adequately in their primary health care sector; the United States may undertake a responsibility to protect civilians during violent conflict.“ (Alkire 2003: 30) Der zweite Ausgangspunkt meine hingegen, im weiten Sinne, lediglich *respect* gegenüber „Human Security“. Unabhängig von dem politischen, strategischen Hauptziel, richten sich demnach Akteure, ob institutionelle oder individuelle, in ihren Handlungen nach dem Grundsatz, nicht absehbar (wenngleich unabsichtlich) die Sicherheit der Individuen⁵, zu gefährden. (Alkire 2003: 30)

Humanitäre Interventionen

Uneinigkeit herrscht in der internationalen Entscheidungsfindung, wenn es um die Umsetzung und Gewährleistung von „Human Security“ eben in Situationen geht, in denen systematische Gewalt der Grund für *human insecurity* ist. Besonders Strategien für humanitäre Interventionen, unter Einsatz von militärischen Mitteln, führen immer wieder zu Kontroversen. Die Kernfrage besteht darin, ob Interventionen zugunsten der Gewährleistung individueller Souveränität und Sicherheit nach der „Human Security“ als legitim zu betrachten sind. Es gilt an dieser Stelle die Argumente für militärische Interventionen in souveränen Staaten jenen Argumenten gegenüberzustellen, die jegliche militärische Maßnahmen ablehnen. Im Falle einer Entscheidung für eine Intervention stellt sich zudem die Frage danach wer, also welche Akteure oder Staaten, beziehungsweise staatenübergreifende Organisationen, jene Initiative ergreifen sollen.

Definition

Nach einer Definition von Bellamy, Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Queensland, bezieht sich der Begriff „Humanitäre

⁴ Nach: Paris 2011, Kerr 2010, Thakur 2004, etc.

⁵ Nach der eben diskutierten Definition des „Human Security“-Ansatzes.

Intervention“ auf den Gebrauch von militärischer *hard power* zu humanitären Zwecken. Diese Maßnahmen gehen von äußeren Akteuren aus und werden entgegen dem Willen der betroffenen Regierung durchgeführt. (Bellamy 2010: 360)

Rummel veröffentlicht diesbezüglich 1994 eine Untersuchung, aus der hervorgeht, dass im 20. Jahrhundert ca. 40 Millionen Zivilisten in zwischenstaatlichen Konflikten ums Leben kamen; während ca. sechs mal so viele Menschen, aufgrund von Verbrechen gegen die Menschlichkeit der eigenen Regierung, beispielsweise Genozid in Rwanda, Kosovo, Georgien, etc., im eigenen Land starben. (Rummel 1994: 21) Nach Pattison dient die humanitäre Intervention dazu, die Bevölkerung vor Genozid, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. (Pattison 2007: 302)

International rechtliche Grundlagen und Motive

Das Prinzip des *Westfälischen Friedens* basiert auf einem internationalen System, in dem davon ausgegangen wird, dass Staaten den besten Schutz für Individuen bieten können. Vergleicht man diese Werte mit den Untersuchungsergebnissen von Rummel, kommen Zweifel nach der Gültigkeit der westfälischen Anschauung auf. Hier wird das Augenmerk speziell auf jene juristischen Sonderrechte gerichtet, die, entgegen der westfälischen Tradition, ein Aufheben von Artikel 2 (4) der UN Charter ermöglichen. (Bellamy 2010: 362)

Wie aber sollen, so John Stuart Mill (1984: 116) und Alex J. Bellamy (2011: 362), mittels militärischen Einsätzen in einem Staat – der seine Pflichten hinsichtlich der Schutzverantwortung zwar nicht erfüllen mag – Leben gerettet werden? Das stellt einen Widerspruch in sich dar. Als Beispiele für die Ineffektivität von humanitären Interventionen, mit dem Ziel Leben zu retten, nennt Pattison das Scheitern der UN und US Interventionen 1991 in Somalia als auch die UN Maßnahmen in Bosnien. (Pattison 2011: 399). In weiterer Folge wird die Argumentation gegen humanitäre Interventionen durch die geringe Wahrscheinlichkeit, anhand dieses Vorgehens Erfolge zu erzielen, gestützt.

Auch in Hinsicht auf die aktuelle Syrien-Krise wird das eben thematisierte Spannungsverhältnis deutlich, das in der internationalen Gemeinschaft zu einer Art Pattstellung führt. Das Prinzip und die konfliktträchtige

Dissonanz, welche humanitären Interventionen zugrunde liegen, will ab einem bestimmten Punkt, der mit dem syrischen Konflikt erreicht zu sein scheint, nicht weiter ausgedehnt werden, um die *balance of power* im internationalen System nicht weiter ins Schwanken zu bringen. Wie die Administration unter Präsident Obama mit einer derart komplexen Situation umgeht, soll im nachstehenden Abschnitt beispielhaft aufgezeigt werden.

Fokus: Syrien – Interventionskonzepte & *policy* unter Obama

Im Rahmen der Forschungsreihe Eder et al. (2014)⁶ wurde, unter anderem, die empirische Studie „Obamas Foreign Policy. Eine U.S.-Außenpolitikanalyse am Beispiel des Syrien-Konflikts.“ durchgeführt. Deren methodisches Fundament stützt sich zum einen auf das sogenannte *Verbs in Context System*⁷ und die *Operational Code Analysis*⁸; zum anderen wurde auch eine Diskursanalyse durchgeführt, um die empirischen Ergebnisse zu Obamas *operational code* Entscheidungsfindung in einen realpolitischen Kontext zu setzen und die Ergebnisse mit den historischen Ereignissen des Syrien-Konflikts zu vergleichen. Diese Studie gibt Einblick darüber, wie ein wichtiger Akteur im internationalen Kräfteverhältnis mit einem derart komplexen sujet, wie der außenpolitischen Handhabung des Syrien-Konflikts, basierend auf der persönlichen Einschätzung des *political universe*, umgeht. Als *tertia comparationis* der Studie sind I-1 (*direction of strategy*: Konflikt oder Kooperation), P-1 (Annahme und Interpretation der *nature of political universe*) und P-4 (*control over historical development*) zu identifizieren, aus deren Kombination sich der *operational code*, also die kognitive Grundlage für Obamas Entscheidungsfindung, ergibt. Für die vorliegende Arbeit ist jedoch weniger die Interpretation der einzelnen Werte wichtig, welche

⁶ Die Forschungsreihe Eder et al. fand im Rahmen des Seminars „*Internationale Politik Vertiefung: Einführung in die Außenpolitikanalyse. Operational Code Analysis*“ am Institut für Politikwissenschaft der Leopold-Franzens Universität in Innsbruck, im Sommersemester 2014, statt.

⁷ VICS: Analyseverfahren zur Kategorisierung von Einstellungen, Wahrnehmungen, Strategien etc. von Entscheidungsträgern und deren *Operational Codes* anhand quantitativer Inhaltsanalysen (Reden, Statements, Interviews des Akteurs). Vgl.: *Systematic Procedures for Operational Code Analysis*. (Walker / Schafer / Young 1998).

⁸ OCA will das *belief system* eines Akteurs in summa untersuchen. Vgl.: *Systematic Procedures for Operational Code Analysis*. (Walker / Schafer / Young 1998).

Obamas *operational code* determinieren. Viel mehr wird der Blick hier auf das kohärente Zusammenspiel der einzelnen Werte gerichtet, aus denen sich die ganzheitliche Außenpolitiklinie Obamas ergibt.

Nachstehend soll ein kurzer Überblick über die *main findings* der Studie „Obamas Foreign Policy. Eine U.S.-Außenpolitikanalyse am Beispiel des Syrien-Konflikts“⁹ Aufschluss über die eben thematisierten Faktoren geben. Basierend auf der Interpretation der Untersuchungsergebnisse kann hinsichtlich der außenpolitischen Linie Obamas im Syrien-Konflikt festgestellt werden, dass er nach außen hin eine, verhältnismäßig, passive Strategie an die Öffentlichkeit vermittelt – dies geht zumindest aus den für die Öffentlichkeit bestimmten, Reden, Interviews und Stellungnahmen hervor. (In die Untersuchung flossen alle *statements* und *speeches* im Zeitraum vom 01.01.2011 bis 30.06.2014 mit ein, welche die keywords *Syria, Egypt, Tunisia, Libya, arab spring, Assad* enthielten.) Obamas außenpolitische Linie im Syrien-Konflikt besteht in seinen Stellungnahmen folglich darin, sich generell nicht zu einer möglichen Intervention oder Beteiligung im Syrien-Konflikt zu äußern und der USA selbst kein *leadership* in Fragen Konflikt-Lösung zuzuschreiben. Die Analyse der P-4 Werte zeigt im *U.S. leaders Vergleich*⁹ jedoch, dass Obama seine Chancen, Einfluss auf den weiteren Verlauf der Ereignisse in Syrien zu nehmen, relativ hoch einschätzt. Zieht man die *Theory of Moves*¹⁰ Ergebnisse aus jener Untersuchung für die weitere Analyse heran, wird deutlich, dass Obama sich in der TOM Grafik¹¹, für das zweite Halbjahr 2012, im Quadranten *Type B* einordnen lässt. Durch diese Zuordnung kann angenommen werden, dass Obamas Einstellung gegenüber *Alter Syrien* eher negativ ist. Nach den empirischen Daten bedeutet das, der U.S. Präsident müsste in seiner Außenpolitik gegenüber Syrien eine eher feindliche Strategielinie führen. In Kombination mit den Resultaten aus der Diskursanalyse kam man in der Untersuchung zu dem Schluss, dass er diese konfliktträchtige Strategielinie zwar in seinen Reden verbal realisiert (*red line, cannot tolerate chemical weapons, brutal regime, to sanction, etc.*), es kommt jedoch – offiziell – nie zu einer realpolitisch, aktiven Umsetzung oder zu militärischen Maßnahmen gegen Syrien. In seinen Reden stellt Obama die Rolle der USA im internationalen *conflict*

⁹ Siehe Anhang.

¹⁰ Vgl.: Brahms 1993: „Theory of Moves“ zur weiteren Lektüre.

¹¹ Siehe Anhang: Theory of Moves Grafik aus der Untersuchung „Obamas Foreign Policy. Eine U.S.-Außenpolitikanalyse am Beispiel des Syrien-Konflikts“.

management als „zweitrangig“ dar. Des Weiteren nimmt Obama gegenüber strategischen Maßnahmen, welche die Bereitstellung von Waffen für syrische Rebellen beinhalten, eine deutlich passive Haltung ein. In der weiteren Interpretation von Obamas operational code wird jedoch angenommen, dass Obamas *not-mentioning* einer U.S.-Strategie im Syrien-Konflikt an sich bereits eine *Strategie sui generis* ist. Laut einem Bericht des *Institute for Policy Studies* im Februar 2013, spielen sich, parallel zur Öffentlichen Darstellung der *foreign policy*, im Hintergrund nämlich andere Debatten hinsichtlich einer möglichen U.S. Intervention in Syrien ab. Demnach gäbe es auf Ebene der obersten *national security advisors* Obamas einheitliche Zustimmung für „greater military intervention [in Syria]“. Sowohl die Ministerin Hillary Clinton, als auch CIA Direktor David Petraeus sollen eine direkte Einbeziehung der USA, in Form von Waffenlieferungen an syrische Rebellen, befürwortet haben – „[...] in order to have a more direct influence on the course of events in the war-torn country.“ (Institute for Policy Studies, 2013) Der ehemalige Verteidigungsminister Leon Panetta, als auch Martin Dempsey, Vorsitzender der *Joint Chiefs of Staff*, hätten sich zudem infolge der Anschläge auf die amerikanische Botschaft in Benghazi 2012, für eine derartige Strategie ausgesprochen. Die Haltung der Administration unter Obama zeugt demnach – zumindest im Hintergrund – von einer, vergleichsweise, pro-interventionellen Strategieplanung in der weiteren Handhabung des Syrien-Konflikts. (Institute for Policy Studies, 2013) Die Intervention mittels Waffenlieferungen an die syrischen Rebellen, bleibt – obwohl im administrativen Hintergrund eingehend diskutiert – letztendlich *offiziell* stark umstritten. Gegen eine derartige Einflussnahme sprach unter anderem eine Reihe von *black box* Variablen. Zum einen setzt sich die syrische Opposition zu einem großen Teil aus Al-Qaida Repräsentanten zusammen. Zum anderen bleibt unklar, ob eine Waffenlieferung im Endeffekt auch an die, von der U.S. Regierung, erwählten Oppositionellen gelangen würde. Ein weiterer Faktor, der gegen das Vorgehen spricht, wäre die gezielte Zusammenarbeit der USA mit den Vereinigten Nationen. Ein, von Seiten der USA kooperatives Agieren auf internationaler Ebene, ermöglicht es Obama, sich nicht in einen Krieg mit Syrien, und folglich mit dem Iran – wenn man diesen Ansatz weiter verfolgt, auch mit Russland und China – zu manövrieren. „It’s also important, from a political perspective, to, as much as possible, maintain the strong international coalition that we have right now.“ (Obama 2011b) Er betont stets, dass der Schlüssel

zur Lösung der Probleme in Syrien nur in einer starken Zusammenarbeit mit den internationalen Partnern liegen kann. (Obama 2011b) Aufbauend auf dieser Annahme müssten sich natürlich auch Russland und China weiterhin kooperativ gegenüber der Staatengemeinschaft verhalten; was keine kooperativen Beziehungen mit Syrien einschließt, sondern eher ausschließen sollte. Man könnte argumentieren, dass den USA wegen ihrer militärischen Vormachtstellung eine Art Initiativrecht zukommt, wenn es um die strategische Annäherung an Krisen-Herde geht. Im Syrien-Konflikt wird gleichwohl deutlich, dass sich die USA aktuell in eine stark passive Rolle einfinden. Mögliche Gründe dafür sind, dass die Obama Administration mit wirtschaftlichen Kapazitätsengpässen umgehen muss. Darüber hinaus ist Obama aktuell mit maßgebenden, innenpolitischen Reformen, wie beispielsweise *ObamaCare*, befasst. Diese Faktoren tragen dazu bei, dass außenpolitisch nicht wie gewohnt zielstrebig und dynamisch agiert werden kann. Im Rahmen der 69. *Capitol Hill Conference*, einberufen durch das *Middle East Policy Council*, argumentiert *senior analyst* Hadar¹², dass die Obama Administration mit ihrer Syria foreign-policy versuchen würde, eine Außenpolitik zu führen, die eine Reduzierung der strategischen und ökonomischen Kosten erlaube. Denn die USA sehen sich ohnedies, angesichts der rückläufigen Beziehungen mit Langzeit-Alliierten und der zunehmenden Destabilisierung im Osten, mit außenpolitischen Herausforderungen konfrontiert. Hadar schlussfolgert: „The United States doesn't have either the will or the power to deploy U.S. troops in Syria [...] and has to consider the interests of allies like Turkey and Saudi Arabia, as well as global competitors like Russia and China.“ (Ziadeh / Hadar / Katz 2012, 6)

Demgegenüber steht die Interpretation der Autoren Blanchard, Humud und Nikitin (2014), die in ihrem Report „Armed Conflict in Syria“, in Obamas Syrien Politik sehr wohl Züge von *nonlethal* und *lethal* Unterstützungsmaßnahmen erkennen wollen, welche dem strategischen *support* von ausgewählten, regimegegnerischen Gruppen dienen sollen. Dieser Report entstand im Auftrag des *Congressional Research Service* und betont die Bemühungen „[...] to establish a negotiated transition, and provision of humanitarian assistance in Syria and neighboring countries“. (Blanchard

¹² Vgl.: Crisis in Syria. (Ziadeh / Hadar / Katz 2012, 6): Transkript der 69. Capitol Hill Conference. Hadar spricht als Experte vor. Video aufzurufen unter: <http://mepc.org/hill-forums/crisis-syria>.

/ Humud / Nikitin 2014: 17) Auch in dieser Analyse wird letztlich der Schluss gezogen, dass das Ressentiment der Obama Administration in punkto militärische Maßnahmen und large-scale assistance in Syrien, auf die Gefahr der Gewalteskalation vor Ort zurückzuführen sei. Der Konflikt könne sich zudem verstärkt auf die Nachbarregionen ausweiten. Schlügen militärische Maßnahmen oder Interventionen, welche die aktuelle *balance of power* vor Ort verschieben, fehl, könne sich daraus außerdem die Erzeugung eines Machtvakuumms ergeben. Der Nährboden für eine derartige Entwicklung dürfe unter keinen Umständen geschaffen werden, da Extremisten diesen zu ihren Gunsten nutzen könnten. (Blanchard / Humud / Nikitin 2014: 16)

Nähert man sich der Handhabung des Syrien-Konflikts weiter von einer realistischen Position aus an, wird es schwierig, Interventionen auf humanistische Argumentationsbasis zu rechtfertigen. Nach Atlas habe im *realism* das nationale Interesse und die nationale Sicherheit bei der Entscheidungsfindung in der außenpolitischen Sphäre immer Vorrang vor moralischen Argumenten oder Zwecken (humanitäre Interventionen). Ausgenommen sei hier natürlich jene Strategie, die sich moralischen Argumenten bedient, um eine militärische Intervention zu legitimieren. Demnach steht, ganz in der Tradition des Realismus, die humanitäre Hilfeleistung an zweiter Stelle – nach dem eigentlichen Zweck der (humanitären) Intervention die Transitionen im Krisengebiet nach den Vorstellungen des eingreifenden Akteurs zu lenken. Zur Umsetzung der nationalstaatlichen Interessen in einem anderen, souveränen Staat, konzentriert sich die *realism policy* auf die Entwicklung, Festigung und Ausweitung von Machtkapital, insbesondere in militärischer Hinsicht. Moralische, humanitäre oder *counter terrorism* Gründe dienen, aus Sicht der Realismus-Schule, demnach lediglich zur Legitimierung *to put foot on the ground*. Die tatsächliche Integration von moralischen Faktoren in die Entscheidungsfindung sieht die Realismus-basierte Lehre im Bereich der Internationalen Beziehungen jedoch als riskant, und den nationalstaatlichen Interessen an sich wenig dienlich an. (Atlas 2012: 3-6). Ein sogenannter game changer in den langwierigen Debatten über eine mögliche U.S. Intervention in Syrien war definitiv der Chemiewaffen-Anschlag im zweiten Halbjahr 2013. Syrische Kräfte, die dem Präsidenten Bashar al-Assad gegenüber loyal eingestellt sind, haben Berichten zufolge am 21. August 2013 Gebiete attackiert, die im Vorfeld unter die Gewalt von Oppositionellen gebracht worden sind. (Blanchard /

Sharp 2013: 1.) Präsident Obama und senior members seiner Administration haben argumentiert, dass die USA hinsichtlich ihrer *national security interests* sicherstellen will, dass jedes Land, welches die internationalen Normen bezüglich Chemiewaffen ignoriere, zur Rechenschaft gezogen werden müsse. Gleichzeitig betont Obama verstärkt, keine weitreichenden und anhaltenden Interventionen, zur Lenkung der syrischen Transition zu beabsichtigen. Der *United Nations Security Council* beruft infolge der Chemiewaffen-Anschläge am 27.09.2013 eine Sondersitzung ein. Die *Resolution 2118*, auch als Chemiewaffen-Resolution bezeichnet, wird einstimmig verabschiedet. (Die Welt Online, 28.09.2013)

Aktuelle diplomatische Bemühungen der USA, sowie anderer Mitglieder des UN Sicherheitsrates, streben eine langfristige Kooperation mit der syrischen Regierung an, um das Chemiewaffen-Arsenal Schritt für Schritt zu eliminieren und um Hilfe in humanitären Bereichen zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren werden im UNSC Prinzipien für eine diplomatische Übereinkunft zur Konfliktschlichtung erarbeitet, mittels derer auch bisherige Mitglieder der syrischen Regierung, als Akteure einer Übergangsregierung, an der Macht bleiben könnten. Das U.S. amerikanische *FY2014 Consolidated Appropriations Act (H.R. 3547, P.L. 113-76)*¹³ erlaubt es der Administration unter Obama „to provide nonlethal assistance in Syria for certain proposes notwithstanding other provisions of law that had restricted such assistance previously.“ (Blanchard / Humud / Nikitin 2014: 1) Aufgrund der komplexen, internationalen Interessenskonstellation im Syrien-Konflikt werde der U.S. Kongress weitere Finanzierungen für sicherheitspolitische und humanitäre Unterstützung in Syrien einplanen, um auf die weitreichenden Auswirkungen, auch in den kommenden Jahren, zu reagieren. (Blanchard / Humud / Nikitin 2014: 1)

Responsibility to Protect – Schutzverantwortung

Das syrische Regime hat, nach Angaben des *Bundesministeriums für Verteidigung*, „bis zur vollständigen Auslieferung des Chemiewaffen-Arsenals eine Daseinsberechtigung“, was unter anderem aus den Verhandlungen zwischen Russland und den USA hervorgegangen ist. (BMVG 2014²) Hinsichtlich des Weiteren Verlaufs im *crisis management* steht die internationale

¹³ Vgl.: Blanchard / Humud / Nikitin 2014: Summary.

Staatengemeinschaft vor der Herausforderung, zum einen die Absetzung des syrischen Regimes einzuleiten, während eben die Kooperation jenes Regimes noch für den Abtransport „der chemischen Komponenten von Giftgasen“ benötigt wird. Im Hinblick auf die UNSC *Resolution 2118* dränge sich, nach Scheller, des weiteren die Frage auf, „wie innerhalb weniger Tage der Zugang für Chemiewaffeninspektoren ausgehandelt werden konnte“. (BMVG 2014²)

Nach einer Definition von Bellamy will das Konzept der R2P den Fokus nicht daran ausrichten, was *intervener* zu Tun berechtigt sind („a right of intervention“). Viel mehr soll festgelegt werden, was getan werden muss, um Zivilisten vor Genozid oder Kriegsverbrechen zu schützen. (Bellamy 2010: 369)

Grundsatzfragen, Souveränität und Menschenrechte

Grundsätzlich ruht die R2P, bei Brühl und Rosert (2014) als „selektive Intervention“ umschrieben, auf drei Säulen. Die erste Säule beinhaltet eben die Verantwortung des Staates, seine eigene Bevölkerung vor Genozid, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. Die zweite Säule bezieht sich auf das *Commitment* der internationalen Gesellschaft, die Staaten in diesen Obligationen zu unterstützen. Die dritte Säule spricht schließlich die internationale Verantwortlichkeit an, zeitig und auf resolute Art und Weise zu reagieren, sofern ein Staat in der Bereitstellung der individual-Souveränität versagt. Dabei kann zurückgegriffen werden auf „[...] Chapters VI (peaceful means), VII (coercive means authorized by the UN Security Council) and VIII (regional arrangements).“ (Bellamy 2010: 372)

Brunnee und Toope (2006) entwerfen in ihrer Analyse zu R2P-Grundsatzfragen den Begriff „Verantwortungskontinuum“. Dieses Kontinuum wird als dreistufige Konzeption dargestellt, auf deren erster Stufe die *responsibility to prevent* zu verorten sei. Dabei wird vermerkt, dass Verantwortung frühest möglich, eben schon in der Prävention von Konflikten, übernommen werden soll. Die zweite Stufe des Kontinuums bezieht sich, aufbauend, auf die sogenannte *responsibility to react*. Dabei wird der Bezug zur Pflicht hergestellt, wenn nötig militärisch auf die Verstöße zu reagieren. Auf dritter Stufe befindet sich das Konzept der *responsibility to rebuild*, welches

*Friedenskonsolidierungs- und Wiederaufbaumaßnahmen*¹⁴ anspricht. (Brunnee / Toope 2006: 8)

An dieser Stelle sei festzuhalten, dass die USA die Idee bindender R2P Prinzipien, welche den interventionellen Zuständigkeitsbereich der internationalen Staatengemeinschaft bei Menschenrechtsverletzungen regulieren, ablehnten. Die Begründung dafür war, dass sich die USA nicht dazu verpflichten wollten, in Fällen zu intervenieren, an denen sie kein nationales Interesse haben. (Bellamy 2010: 372)

Die Stellung der Vereinten Nationen

Die United Nations Organisation nimmt in der Generierung von Normen sowie in der Legitimierung hinsichtlich der R2P in der Realität eine maßgebende Stellung ein. Dabei sind die UN ein Teil jener internationalen Struktur, welche nach der *systemischen Theorie* des Neorealismus die Bewegungen und Entscheidungen der einzelnen Akteure – nach Kenneth Waltz (1979), oder John Mearsheimer (2001) sind damit die Staaten gemeint – beeinflusst. Gleichzeitig werden dem internationalen System anarchische Charakteristika attestiert. Das heißt, der Einfluss übergeordneter Autoritäten ist stark begrenzt; das System kann nur durch die *balance of power* stabilisiert werden. Die United Nations integrieren einen Großteil der, im internationalen System agierenden, Akteure in gemeinschaftliche Strukturen, wodurch diplomatische Bestrebungen erweitert werden können – auch wenn die Staaten in ihren kooperativen Handlungen meist einen individuellen Vorteil erzielen wollen. Diese Annahmen unterstreichen wiederum das Argument, dass Staaten hauptsächlich dann humanitäre Interventionen befürworten und umsetzen, wenn nach dem jeweiligen Kosten-Nutzen Kalkül dadurch nationalstaatliche Interessen effektiv vertreten und gefestigt werden können. Aufgrund der extremen humanitären Krise in Syrien hätten jedoch schon lange R2P-Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Die UN Charter: Autorität und Verantwortlichkeit

Militärische Interventionen sind selbst in der ICISS als extreme Maßnahmen klassifiziert, um die humanitäre Situation von Individuen in einem Krisengebiet zu verbessern. Denn eine militärische Intervention beinhaltet

¹⁴ Aus: Brühl / Rosert (2014): 150.

nicht nur das Eingreifen in einen souveränen Staat; ein derartiges Vorgehen bringt vor allem auch „the use of deadly force, on a potentially massive scale“ mit sich. (ICISS 2001: 47)

Der UN Sicherheitsrat trage, nach den Ausführungen der ICISS, die primäre, wenngleich nicht die einzige oder exklusive Verantwortung in potentiellen R2P Situationen. In den Ausführungen des ICISS Reports wird deutlich formuliert, dass, entgegen aller Argumente hinsichtlich der Bedeutung und Auslegung von den Charter-Inhalten, die UN allein die unhinterfragt, primäre Institution „for building, consolidating and using the authority of the international community“ sein könne. (ICISS 2001: 48) Schließlich wurde die UN zu dem Zweck ins Leben gerufen, Ordnung und Stabilität im internationalen System zu generieren. In diesem Rahmen sollen letztendlich auch Übereinkommen über die Verhaltensregeln und über den normativen Grundstock des Systems ausgehandelt werden.

Die Autorität der Vereinten Nationen wird folglich nicht durch die Ausübung von *coercive power* untermauert, sondern durch ihre Rolle als Mediator von Legitimität. Humanitäre Interventionen, die durch die Vereinten Nationen unterstützt werden, sind, ausgehend von dieser Argumentationsbasis, an sich bereits legitim. Nationalstaatliche, unilaterale Interventionen werden in der internationalen Gemeinschaft hingegen als wenig berechtigt empfunden, weil die Entscheidung hin zu einer derartigen Intervention oftmals eben stark auf nationalstaatlichen Interessen beruht. (ICISS 2001: 49)

Als alternative Autorität zur Umsetzung von Interventionen soll an dieser Stelle die NATO berücksichtigt werden. Der Nachteil der UN ist, dass sie keine sofort abrufbaren Truppen haben, sondern auf die Beteiligung und die Verfügbarkeit des nationalstaatlichen Militärkapitals angewiesen sind. Die NATO hingegen verfügt über eine außerordentliche, militärische Infrastruktur. Des Weiteren spricht dafür, dass die Strategie der NATO bei einer Intervention meist auf eine rasche Konfliktlösung ausgelegt ist. Die Effektivität einer Intervention wird generell durch die Expertise und die waffenstarke rapid reaction force gestützt. (Pattison 2011: 408)

Pattstellung in der Internationalen Gemeinschaft

In einem Fall wie der syrischen Revolte spielen facettenreiche Interessenvertretungen in die internationale Entscheidungsfindung zum Umgang

mit der Krise mit ein. Die Konsensbestimmtheit der United Nations Organisation ist im *conflict management* nicht immer eine leichte Bürde und aufgrund der Komplexität der weiterführenden Zusammenhänge, die mit einer derartigen Krise verbunden sind, ist das Festlegen einer gemeinsamen Linie eine Herausforderung sofern es nicht einzelne Akteure darauf anlegen (wie beispielsweise Bush im Irak-Krieg) im Alleingang zu agieren.

Dass, sich im Vordergrund für die Öffentlichkeit erkenntliche Bild zeichnet hinsichtlich des Syrien-Konflikts größtenteils eine Blockade in der Staatengemeinschaft ab – eine Pattstellung, welche ein, nach den Grundsätzen der R2P und Individual-Souveränität, schnelles Eingreifen und aktives Vorgehen vor Ort verhindert. Seither fanden eben, *öffentlich*, hauptsächlich nonlethal Hilfestellungen in Form von Mobilisierungen finanzieller Ressourcen statt. Inwiefern sich Waffenlieferungen der unterschiedlichen Interessenvertreter – Russland – Iran – USA – an die jeweils erwählte *Partei / Gruppe* in Syrien im Hintergrund abspielen, ist nur schwer nachvollziehbar. Die „Chemiewaffen-Resolution“ sei ferner, laut Gerhard Mangott, Professor für Internationale Politik und Russlandexperte, lediglich die „Unterbindung der chemischen Kriegsführung“ – eine Lösung des Konflikts in Syrien rücke weiterhin in die Ferne. (Mangott 2013)

Auch die verbal bekräftigten Sieben-Punkte-Empfehlungen, die das IRC in Kooperation mit der UN ausarbeitete, fanden realpolitisch bisher noch keine effektive Umsetzung. (International Rescue Committee 2013: 17-20) Ein weiterer Vorstoß sind die Genf II Verhandlungen, die das Ziel verfolgen zwischen den syrischen Konfliktakteuren eine Übergangsregierung zu bilden.

Die Diskrepanzen zwischen den Mitgliedern des Sicherheitsrats beruhen auf *übergeordneten Interessen*. Russland verbindet mit Syrien eine lange, strategische Geschichte, die zwar zwischen 1990 und 2005 etwas abkühlte; seit 2011 jedoch bekundet der Kreml wieder stärkeres Interesse an der Region und der Partnerschaft mit Syrien. Damit einher geht die Angewiesenheit des syrischen Regimes auf russische Unterstützung, zum einen für Waffenlieferungen und zum anderen, um die Aufstände unter Kontrolle zu bringen. Die U.S. Strategielinie in Syrien ist demgegenüber von ganz anderen Charakter.¹⁵ (BMVG 2014²)

¹⁵ Vrgl. Kapitel 3.3. Fokus: Syrien-Interventionskonzepte & policy unter Obama.

Der ICISS nennt als mögliche Alternativen für die Aushandlung, Durchsetzung und moralische Untermauerung von Strategien unter anderem auch die General Assembly. Der Fokus wird an dieser Stelle aber auch auf regionale Organisationen gerichtet, welche innerhalb ihres Aufgabenspektrums durchaus Handlungs- und Reaktionsverantwortungen im Sinne der R2P auf humanitärer Basis übernehmen sollen. Derartige regionale Arrangements sind in der UN Charter VIII geregelt. Wobei „the letter of the Charter“ vorsieht, dass Maßnahmen ausgehend von regionalen Organisationen primär auf einer Bewilligung des UNSC beruhen sollten. (ICISS 2001: 53-59)

UN Security Council Resolution 2139

Die UNSC *Resolution 2139*¹⁶ dient als Positivbeispiel für die internationalen Bestrebungen die humanitäre Lage in Krisengebieten möglichst in den Griff zu bekommen, um das Fundament der Menschenrechte nicht weiter zu erschüttern. Am 22. Februar 2014 wird die *Resolution 2139* anonym im UNSC angenommen. Es werden damit alle Syrischen Parteien, ob regimetreue oder oppositionelle, aufgerufen, die menschenrechtswidrigen Attacken gegen die Zivilbevölkerung einzustellen, die Belagerung und militärische Handlungen in bewohnten Gebieten aufzugeben, den Zugang für humanitäre Hilfestellungen zu ermöglichen, den Zugang zu Lebensmitteln und Medikamenten wiederherzustellen, die Evakuierung von Personen, die Zuflucht suchen, zuzulassen, das Prinzip der *medical neutrality* zu respektieren, und schließlich die sofortige Erlaubnis für den humanitären Zugang von UN Vertretern und deren Partnern zu erteilen.

Fazit

Die aktuelle Lage in Syrien zeichnet entgegen allen Bestrebungen ein drastisch anderes Bild. Seit 2013 hat die Vereinigung „Islamischer Staat“ weite Teile des Landes, unter anderem die nord-syrische Provinz Raqqah und das östlich gelegene Gebiet Dayr az Zawr, unter ihre Kontrolle gebracht. Die Bevölkerung der besetzten Zonen unterliegt harten Repressionen. So werden durch die IS Steuern und Anteile an den humanitären Fonds eingefordert. Die fortschreitenden Erfolge der IS vor Ort können auch als Motivation für

¹⁶ Siehe Anhang.

eine stärkere Zusammenarbeit zwischen syrischen Oppositionskräften und dem Irak im Kampf gegen die Gruppe dienen. Syrische Truppen führten im Juni 2014 in Zusammenarbeit mit dem Irak Luftangriffe gegen die IS-besetzten Gebiete Raqqah und Hasakah durch. Ein Dilemma, das sich aus den U.S. und irakischen Bestrebungen, die IS *supply lines* zwischen Dayr az Zwar und Mosul zu unterbinden, ergibt, ist, dass das syrische Militär von derartigen Eingriffen profitieren könnte – wodurch das oppositionelle Lager in Syrien weiter geschwächt würde. Auch syrisch-kurdische Kämpfer der YPG liefern sich entlang der türkisch-syrischen Grenze weiter Kämpfe mit dem IS. Dabei fiel die strategisch wichtige Stadt Kobane im September und Oktober 2014 dem Lager der IS zu. Dieses Ereignis zieht enorme regionale und internationale Aufmerksamkeit nach sich. Seit dem 23. September verfolgt die USA mit deren Alliierten verstärkt eine *containment strategy*, in deren Rahmen auch Luftangriffe gegen die IS geflogen werden. „[Ho- wever], U.S. and coalition strikes against IS forces near and inside Kobane [...] had not fully reversed the group’s gains or broken the siege of the town as of October 22.“ (Katzman, Kenneth / Blanchard, Christopher M. / u.a. 2014: 7) Am letzten NATO Gipfel in Wales, der vom zweiten bis vierten September 2014 stattfand, diskutierte die U.S. Administration gemeinsam mit den Alliierten eine breite Strategie, um dem Vormarsch der IS in Syrien entgegenzutreten. Demnach wollen die USA eine multinationale Koalition ins Leben rufen „[...] to try to degrade and ultimately destroy the Islamic State Organisation [...]“. (Katzman, Kenneth / Blanchard, Christopher M. / u.a. 2014: 7) Die angestrebten Maßnahmen würden *direct military action*, Unterstützung für alliierte Bodentruppen im Irak und in Syrien, *Intelligence* Ressourcen, sowie finanzielle Mittel inkludieren. (Katzman, Kenneth / Blanchard, Christopher M. / u.a. 2014: 5-8)

In der Realpolitik finden militärische Interventionen, auch jene ausgehend von humanitären Sonderanforderungen im Rahmen der Individualsouveränität, hauptsächlich dann statt, wenn nach dem Kosten-Nutzen Kalkül der involvierten Akteure, die Mobilisierung von finanziellen, militärischen und logistischen Ressourcen sinnvoll ist. Die Blockade des UNSC, welche aus den divergenten Interessen der einzelnen Staaten sowie aus der tief verwurzelten *east-west discrepancy* entspringt, steht bis auf Weiteres einem Konsens zur Lösung des Konflikts in Syrien entgegen. Obwohl in Syrien klare Verstöße gegen das Völker- und Menschenrecht vorliegen, verhindert die Komplexität der internationalen Beziehungen, der akteur-

spezifischen Interessen sowie der unvorhersehbaren Auswirkungen von Eingriffen, einen aktiven und effektiven Einsatz der internationalen Schutzverantwortung, R2P, im Rahmen der UNSC. Kleine Erfolge zeigen die *Resolution 2118* als auch die *Resolution 2139*. Sicher ist, dass zur Stabilisierung der Region, und hinsichtlich der „Human Security“ Verpflichtungen – die von der syrischen Regierung bis aufs Äußerste vernachlässigt werden – eine potente, politische Lösung ausgehandelt werden muss.

Literatur

Primär-Quellen:

Government of the Syrian Arab Republic (2012): Humanitarian Assistance Response Plan. January 1st – June 30th 2013.

International Rescue Committee (2013): Syria. A Regional Crisis. The IRC Commission on Syrian Refugees. January 2013.

Luck, C. Edward (2009): Remarks to the General Assembly on the Responsibility to Protect. United Nations. New York, 23. Juli 2009.

Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen für Westeuropa: Charta der Vereinten Nationen. <http://www.unric.org/de/charta>

United Nations (2005): Resolution 60/1. Ergebnis des Weltgipfels 2005. Resolution ohne Überweisung an einen Hauptausschuss. <http://www.un.org/depts/german/gv-60/band1/ar60001.pdf>

United Nations High Commissioner for Refugees (2013): Syria Regional Response Plan. January to June 2013.

United Nations High Commissioner for Refugees (2012): Syria Regional Response Plan. March 2012.

United Nations Security Council (2014): Resolution 2139. Adopted by the Security Council at its 7116th meeting, on 22 February 2014. (http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/s_res_2139.pdf)

United Nations Security Council (2013): Resolution 2118. Adopted by the Security Council at its 7038th meeting, on 27 September 2013. (http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/s_res_2118.pdf)

Sekundärliteratur / Artikel / Reporte:

- Addis, Casey L. / Blanchard, Christopher / Zanotti, Jim / u.a.* (2011): The Middle East. Selected Key Issues and Options for the 112th Congress. Congressional Research Service Report. 1-14.
- Allison, Roy* (2013): Russia and Syria. Explaining alignment with a Regime in Crisis. International Affairs. 89/4. 795-823.
- Alkire, Sabina* (2003): A Conceptual Framework for Human Security. CRISE Working Paper. Centre for Research on Inequality, Human Security and Ethnicity, CRISE. Queen Elizabeth House. University of Oxford.
- Arief, Alexis / Danon, Zoe / Katzman, Kenneth / u.a.* (2012): Change in the Middle East. Implications for U.S. Policy. Congressional Research Service Report. 1-19.
- Atlas, Pierre M.* (2012): U.S. Foreign Policy and the Arab Spring. Balancing Values and Interests. Indianapolis: Wiley Periodicals Inc. Digest of Middle East Studies: 21/2. 353-385.
- Bellamy, Alex J.* (2010): Humanitarian Intervention. In: Collins, Alan (2010²): Contemporary Security Studies. New York: Oxford University Press. 359-377.
- Blanchard, Christopher M. / Humud, Carla E. / Nikitin, Mary Beth D.* (2014): Armed Conflict in Syria. Overview and U.S. Response. Congressional Research Service Report. 1-21.
- Blanchard, Christopher M. / Sharp, Jeremy M.* (2013): Possible U.S. Intervention in Syria. Issues for Congress. Congressional Research Service Report. 1-49.
- Brams, Steven J.* (1993): Theory of Moves. American Scientist, 81/6. 562-570.
- Brühl, Tanja / Rosert, Elvira* (2014): Die UNO und Global Governance. Wiesbaden: Springer VS. Grundwissen Politik.
- Brunnee, Jutta / Toope, Stephen J.* (2006): Norms, Institutions and UN Reform. The Responsibility to Protect. Behind the Headlines. 63/3. 1-20.
- Byman, Daniel* (2013): Explaining the Western Response to the Arab Spring. Journal of Strategic Studies. 36/2. 289-320.
- Byman, Daniel* (2012): Regime Change in the Middle East. Problems and Prospects. Political Science Quarterly. 127/1.
- Charap, Samuel* (2013): Russia, Syria and the Doctrine of Intervention. Survival. Global Politics and Strategy. 55/1. 35-41.
- Chesser, Susan G. / Margesson, Rhoda* (2014): Syria. Overview of the Humanitarian Response. Congressional Research Service Report. 1-16.

- Collins, Alan* (2010²): *Contemporary Security Studies*. New York: Oxford University Press.
- Coutts, Adam / Fouad, M. Fouad* (2013): Response to Syria's Health Crisis – Poor and Uncoordinated. *The Lancet. World Report*. Vol. 381.
- Coutts, Adam / McKee, Martin / Stuckler, David* (2013): The Emerging Syrian Health Crisis. *The Lancet*. Vol. 381.
- Echevarria, Antulio J.* (2014): *American Power in Transition*. Pennsylvania: The US Army War College. *Quarterly Parameters. Contermporary Strategy & Landpower*. 43/4.
- Freeman, Chas W. / Quandt, William B. / Anthony, Jhon Duke* (2013): U.S. Grand Strategy in the Middle East. Is there One? *Middle East Policy*. 20/1. 1-29.
- Haddad, Bassam* (2012): Syria's State Bourgeoisie. An Organic Backbone for the Regime. *Middle East Critique*. 21/3. 231-257.
- Hanau Santini, Rauth / Hassan, Oz* (2012): Transatlantic Democracy Promotion and the Arab Spring. *The International Spectator. Italian Journal of International Affairs*: 47/2. 65-82.
- Harrigan, Jane / Wang, Chengang* (2011): A New Approach to the Allocation of Aid Among Developing Countries. Is the USA Different from the Rest? Elsevier: *World Development*. 30/8. 1281.1293.
- Hopkins, Rebecca A.* (2012): Lebanon and the Uprising in Syria. Issue for Congress. Congressional Research Service Report. 1-16.
- Hughes, Christopher / Meng, Lai Yew* (eds. 2011): *Security Studies. A Reader*. Oxon: Routledge.
- Jünemann, Annette / Zorob, Anja* (Hrsg.) (2013): *Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika*. Springer VS: Wiesbaden. DOI: 10.1007/978-3-531-19273-4.
- Katzman, Kenneth / Blanchard, Christopher M. / u.a.* (2014): The "Islamic State" Crisis and U.S. Policy. Congressional Research Service. 2-8.
- Karakoc, Jülide* (2013): US Policy Towards Syria Since the Early 2000s. Critique. *Journal of Socialist Theory*. 41/2. 223-243. DOI: 10.1080/03017605.2013.805005.
- Kazemzadeh, Masoud* (2010): The Emerging Obama Doctrine. *American Foreign Policy Interests. The Journal of National Committee on American Foreign Policy*. 32/2. 194.195.
- Kerr, Pauline* (2010): Human Security. In: *Collins, Alan* (2010²): *Contemporary Security Studies*. New York: Oxford University Press. 121-135.
- Krause, Joachim / Ronzitti, Natalino* (2012): *The EU, the UN and Collective Security. Making multilateralism effective*. London / New York: Routledge Taylor & Francis Group.

- Kriner, Douglas* (2014): The Contemporary presidency. Obama's Authorization Paradox. Syria and the Congress's Continued Relevance in Military Affairs. *Presidential Studies Quarterly*. 44/2. 309-327.
- Lesch, W. David* (2012): The Arab Spring – and winter – in Syria. *Global Change, Peace & Security*. Formerly *Pacifica Review*. *Peace, Security & Global Change*. 23/3. 421-426.
- Luck, Edward C.* (2008): Der verantwortliche Souverän und die Schutzverantwortung. Auf dem Weg von einem Konzept zur Norm. In: Müller, Joachim / Sauvart, Karl P. (2008): *Annual Review of United Nations Affairs 2006/2007*. 51-58.
- Major, Solomon* (2012): Timing is Everything. Economic Sanctions, Regime Type, and Domestic Instability. *International Interactions*. Empirical and Theoretical Research in International Relations. 38/1. 79-110.
- Matiya, Jarvis* (2013): Can there be a Human Rights Approach to International Intervention? *Commonwealth Law Bulletin*. 39/1. 105-118.
- Mearsheimer, John J.* (1995): *The Tragedy of Great Power Politics*. New York: Norton.
- Mill, John Stuart* (1984): A few Words on Non-Intervention. In: Tobson, John M.: *Collected Works of John Stuart Mill*. Volume XI: Essays on Equality, Law and Education. Toronto: University of Toronto Press. 111-124.
- Morgenthau, H.* (2010): The mainsprings of American foreign policy. In: Jentleson, B.W. (2010): *American foreign policy. The dynamics of choice in the 21st century*. New York: W.W. Norton. 198-201.
- Morris, Justing* (2013): Libya and Syria. R2P and the spectre of the swinging pendulum. *International Affairs*. 89/5. 1265-1283.
- Murray, Donette* (2013): Military Action but not as we know it. Libya, Syria and the making of an Obama Doctrine. *Contemporary Politics*, 19/2. 146-166. DOI: 10.1080/13569775.2013.785827.
- Nerurkar, Neelesh / Ratner, Michael* (2011): Middle East and North Africa Unrest. Implications for Oil and Natural Gas Markets. *Congressional Research Service Report*. 1-10.
- Newman, Michael* (2011): Humanitarian Intervention and the Responsibility to Protect. Who Should Intervene? *Civil Wars*. 13/3. 339-340.
- Nye, Joseph* (1977): *Power and Interdependence*. World Politics in Transition. Boston: Little Brown.
- Paris, Roland* (2011): Human Security. In: Hughes, Christopher / Meng, Lai Yew (eds. 2011): *Security Studies. A Reader*. Oxon: Routledge. 71-79.
- Paris, Roland* (2001): Human Security. Paradigm Shift or Hot Air? *International Security*. 26/2. 87-102.

- Pattison, James* (2013): Is There a Duty to Intervene? Intervention and the Responsibility to Protect. *Philosophy Compass*. 8/6. 570-579.
- Pattison, James* (2008): Legitimacy and Humanitarian Intervention. Who should intervene? *The International Journal of Human Rights*. 12/3. 395-413.
- Pattison, James* (2007): Humanitarian Intervention and International Law: The Moral Importance of an Intervener's Legal Status. *Critical Review of International Social and Political Philosophy*. 10/3. 301-319.
- Philips, Christopher* (2012): Syria's Torment. *Survival: Global Politics and Strategy*. 54/4. 67-82.
- Rummel, R.J.* (1994): *Death by Government*. London: Transaction Press.
- Salama, Vivian* (2012): Covering Syria. *The International Journal of Press/Politics*. 2012/17. 516.
- Thakur, Ramesh* (2013): R2P after Libya and Syria: Engaging Emerging Powers. *The Washington Quarterly*. 36/2. 61-76.
- Thakur, Ramesh* (2004): A Political Worldview. *Security Dialogue*. 35/3. 347.
- Thakur, Ramesh* (2002): Outlook. Intervention, Sovereignty and the Responsibility to Protect: Experiences for ICISS. *Security Dialogue*. 33/3. 323-340.
- Tudoroiu, Theodor* (2013): The Arab Spring: Last Episode of the Cold War. *Contemporary Politics*. 19/3. 304-320.
- UNDP* (1994): *Human Development Report 1994*. New York: Oxford University Press.
- Ziadeh, Radwan / Hadar, Leon / Katz, Mark N.* (2012): Crisis in Syria. What are the U.S. Options? *Middle East Policy*: 19/3. 1-24.
- Walker, Stephen G.* (2000): *Forecasting the Political Behavior of Leaders with the Verbs in Context System of Operational Code Analysis*. Hilliard, Ohio: Social Science Automation.
- Walker, Stephen G. / Schafer, Mark / Young, Michael D.* (1998): Systematic Procedures for Operational Code Analysis. Measuring and Modeling Jimmy Carter's Operational Code. *International Studies Quarterly*, 42/1. 175-190.
- Waltz, Kenneth* (1979): *Theory of International Politics*. Reading: Addison Wesley.
- Welsh, Jennifer* (2010): Implementing the Responsibility to Protect. Where Expectations Meet Reality. *Ethics and International Affairs*. 24/4. 415-430.

Internetquellen:

- Annan, Kofi* (1999): Annual Report to General Assembly. UN Press Release. 20. September 1999. SG/SM7136 GA/9569. <http://www.un.org/News/Press/docs/1999/19990920.sgsm7136.html>.
- Atlantic Council* (2014): Hof, Frederic C.: Syria. Resolution 2139 (2014). <http://www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/syria-resolution-2139-2014> (zuletzt geprüft, am 23.07.2014).
- BMVG Bundesministerium der Verteidigung* (2014²): Der Reader Sicherheitspolitik – Transformation im 21. Jahrhundert. <http://www.bmvg.de/> (zuletzt geprüft, am 16.07.2014).
- BMVG Bundesministerium der Verteidigung* (2014²): Die Erosion der Internationalen Normen im Syrien-Konflikt. <http://www.bmvg.de/> (zuletzt geprüft, am 16.07.2014).
- BPB* (2013). Bundeszentrale für Politische Bildung: Syrien. Zwei Jahre Bürgerkrieg. <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/156632/buergerkrieg-in-syrien> (zuletzt geprüft, am 17.06.2014).
- Federation of American Scientists*. Congressional Research Service Reports: Middle East and the Arab World. <http://www.fas.org/sqp/crs/mideast/> (zuletzt geprüft, am 13.06.2014).
- Die Welt Online* (28.09.2013): UN-Sicherheitsrat verabschiedet Syrien Resolution. <http://www.welt.de/politik/ausland/article120472544/UN-Sicherheitsrat-verabschiedet-Syrien-Resolution.html> (zuletzt geprüft, am 21.07.2014).
- European External Action Service* (2011): Frequently asked questions on EU restrictive measures against the Syrian regime. 13. September. http://eeas.europa.eu/syria/docs/faq_en.pdf (zuletzt geprüft, am 17.06.2014).
- Friends of Syria*: <http://friendsofsyria.co/> (zuletzt geprüft, am 16.06.2014).
- ICISS* (2001): The International Commission on Intervention and State Sovereignty: The Responsibility to Protect. Ottawa: International Development Research Centre. <http://responsibilitytoprotect.org/ICISS%20Report.pdf> (zuletzt geprüft, am 16.07.2014).
- Institute for Policy Studies* (2013): Obama Administration Reveals Deep Divisions on Syria Policy. 20. Februar 2013. http://www.ips-dc.org/obama_administration_reveals_deep_divisions_on_syria_policy/. (zuletzt geprüft, am 11.07.2014).
- Mangott, Gerhard* (23.09.2013): Russlands Haltung in der Syrien-Krise. <http://www.gerhard-mangott.at/?p=2847> (zuletzt geprüft, am 23.07.2013).
- MEO. Middle East Online* (2012): Rasmussen: NATO has 'no intention' to intervene in Syria. <http://www.middle-east-online.com/english/?id=52360> (zuletzt geprüft, am 17.06.2014).

- Middle East Policy Council: Crisis in Syria. What are the U.S. Options?* <http://mepc.org/hill-forums/crisis-syria> (zuletzt geprüft, am 16.06.2014).
- National Coalition for the Responsibility to Protect: Crisis Syria.* <http://responsibilitytoprotect.org/index.php/crises/crisis-in-syria> (zuletzt geprüft, am 18.07.2014).
- Obama, Barack (2011a):* Präsident Obama spricht über den Aufstand in Libyen. 23. Februar 2011. <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2011/02/23/remarks-president-libya> (zuletzt geprüft, am 14.06.2014).
- Obama, Barack (2011b):* Pressekonferenz des Präsidenten. <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2011/03/11/news-conference-president> (zuletzt geprüft, am 16.06.2014).
- Obama, Barack (2012a):* Ansprache des Präsidenten zu Syrien. 04. Februar 2012. <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2012/02/04/statement-president-syria> (zuletzt geprüft, am 14.06.2014).
- Obama, Barack (2012b):* Remarks by the President to the White House Press Corps. 20. August 2012. (<http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2012/08/20/remarks-president-white-house-press-corps>) (zuletzt geprüft, am 01.07.2014).
- Profiler Plus:* <https://profilerplus.org/> (zuletzt geprüft, am 18.06.2014).
- R:* <http://www.r-project.org/> (zuletzt geprüft, am 18.06.2014).
- Security Council Report: UN Documents for Syria.* <http://www.securitycouncilreport.org/un-documents/syria/> (zuletzt geprüft, am 13.06.2014).
- Spiegel Online: Fischer, Sebastian (2014):* Obama in der Syrien-Krise. Präsident Tatenlos. (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/us-praesident-obama-ist-in-syrien-krise-und-nahost-sehr-zoegerlich-a-945056.html>). (zuletzt geprüft, am 01.07.2014).
- The American Presidency Project:* <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php> (zuletzt geprüft, am 13.06.2014).
- The Guardian: Arab Spring. An interactive timeline of Middle East protests.* <http://www.theguardian.com/world/interactive/2011/mar/22/middle-east-protest-interactive-timeline> (zuletzt geprüft, am 13.06.2014).
- The White House Blog:* <http://www.whitehouse.gov/issues/foreign-policy/syria> (zuletzt geprüft, am 13.06.2014).
- The White House Blog: Government Assessment of the Syrian Government's Use of Chemical Weapons on August 1, 2013.* <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2013/08/30/government-assessment-syrian-government-s-use-chemical-weapons-august-21> (zuletzt geprüft, am 01.07.2014).

United Nations: The Responsibility to Protect. Office of the Special Advisor on the Prevention of Genocide. <http://www.un.org/en/preventgenocide/adviser/responsibility.shtml> (zuletzt geprüft, am 14.06.2014).

UN News Centre (22. Mai 2014): Russia, China block Security Council Referral of Syria to International Criminal Court. http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=47860#.U8kpYv1_ubM (zuletzt geprüft, am 18.07.2014).

UN Office of the Special Adviser on the Prevention of Genocide: Former Special Adviser Edward Luck. <http://www.un.org/en/preventgenocide/adviser/edwardluck.shtml> (Zuletzt geprüft, am 17.07.2014).

UN Regional Information Centre for Western Europe: Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs. http://www.un.org/depts/german/un_charta/charta.pdf (zuletzt überprüft, am 20.07.2014).

UN Senior Management Group: Jan Eliasson. Deputy Secretary-General of the United Nations. http://www.un.org/sg/management/senstaff_details.asp?smgID=163 (zuletzt geprüft am, 18.07.2014).

Wiley Online Library: Syria Intervention Obama <http://onlinelibrary.wiley.com/advanced/search/results> (zuletzt geprüft, am 13.06.2014).

Zeit Online: Schweizer, Eva (2013): Die verschenkten Chancen einer kriegsmüden Nation. (<http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-10/new-yorker-usa-aussenpolitik-syrien-iran>). (zuletzt geprüft, am 05.07.2014).

Die Konstruktion *des Anderen*: *Das* koloniale Subjekt und *die* Migrantin

Sieglinde Fulterer

Einleitung

IN DER vorliegenden Arbeit¹ wird aufgezeigt, dass es historisch tradierte Prozesse und Dynamiken gibt, die bestimmte Subjekte in der gesellschaftlichen Hierarchie stets weiter unten verorten und sie marginalisieren und wie dies der Aufrechterhaltung hegemonialer Strukturen dient. Es ist ein komplexes Netzwerk, in welchem auch wissens-generierende Instanzen, wie die Universität mit ihren Intellektuellen, eine Position der Komplizenschaft zum jeweiligen Herrschaftssystem potenziell eingehen und somit die hegemonialen Ordnungsstrukturen erhalten können. Daher sei an dieser Stelle lediglich angemerkt, dass es unabdingbar ist sich der eigenen Position(en) bewusst zu sein und diese ständig aufs Neue zu hinterfragen. Das Nachzeichnen der Verschränkungen der Diskursstränge² in der Konstruktion *des*³ Anderen als koloniales Subjekt oder Migrantin ist ein erster Schritt, um dann die daraus resultierenden Folgen der (Un-)Möglichkeit zur „Selbst-Repräsentation“ *des* kolonialen Subjekts und *der* Migrantin zu analysieren. Dementsprechend wurde eine prozessorientierte

¹ Leicht veränderte Auszüge aus der Diplomarbeit Fulterer 2010 mit Ergänzungen

² Siehe dazu Jäger 1996

³ Kursiv markierte Artikel, sind als kontrapunktische Verweise zu lesen, die gegen eine homogenisierende Lesart sprechen. Der Begriff „Migrantin“ schließt, wenn nicht anders aus dem Kontext ersichtlich, die weibliche und männliche Sprachform ein. Wenngleich die weibliche Sprachform eine gewisse Präferenz, im Sinne eines proportional häufigeren Gebrauchs als die männliche genießt, können diese auch alternierend auftreten. Dies ist ein wohl mehr als bescheidener Versuch die vorherrschenden patriarchalen Strukturen, die sich in der Subsumierung des weiblichen Subjektes unter den immer noch gängigen männlichen Sprachgebrauch ausdrücken, anhand einer verschobenen Perzeptionsweise sichtbar zu machen. (Zweck: Gegen die Regeln des „Common Sense“ zu verstoßen)

Herangehensweise an das Thema gewählt, die aufzeigt, dass es bestimmte Aussagen gibt, die nach und nach erscheinen, sich aufeinander beziehen, eine Position im gemeinsamen Raum einnehmen, eine Wechselwirkung haben, sprich sich auch gegenseitig legitimieren, und in ihrer Hierarchie eine Transformation erleben können.⁴ Werden sodann die Aussagen, welche sich miteinander verketteten lassen, betrachtet, entsteht eine Art zusammenhängender „Text“. Beim „Lesen“ dieses „Textes“ wird ersichtlich, dass Diskurse eine bestimmte Ordnungsfunktion innehaben, die „Wahrheiten“ und „Wissen“ produzieren. Dieses „Wissen“ und die „Wahrheitsregime“ üben Macht über die Subjekte aus und positionieren diese im Raum.⁵

Der Blick auf den Produktionsprozess von „Wahrheiten“ und „Wissen“ über *den* Anderen als koloniales Subjekt oder Migrantin macht die Positionierungen an den Rändern nachvollziehbar. In dieser Konstruktion bleibt das heterogene, flexible, eben nicht monolithische Subjekt im Schatten der Repräsentation durch die Dominanzgesellschaft. Dies verunmöglicht letztlich eine „Selbst-Repräsentation“ *der* Anderen. Diese Arbeit kann als Versuch gewertet werden, die Perspektiven jener, die an den gesellschaftlichen Rand gedrängt werden, in einem sehr bescheidenen Rahmen zu verstehen und vor allem Bewusstsein für die Komplizenschaft und Aufrechterhaltung hegemonialer Strukturen *des* Westens zu erlangen.

Daher werden nun als Erstes der koloniale Blick *des* Westens und dessen Folgen für *das* koloniale Subjekt unter die Lupe genommen. Der Auszug aus einer Originalquelle dient als Diskursfragment der Konstruktion *des* Anderen als koloniales Subjekt. Dies ist eine typische Textpassage des untersuchten Datenkorpus.⁶ Dieser Auszug wird in einem historischen Kontext gestellt, anhand welchem dann der vorherrschende Diskurs nachgezeichnet werden kann. Dadurch werden die Konstruktionsmechanismen ersichtlich.

Der koloniale Blick und seine Auswirkungen

„Am nächsten Tag, es war der 8. August [1444], begannen sie sehr früh am Morgen[...] die Gefangenen aus dem Schiff zu holen, um sie zu jenem Ort zu bringen, wie ihnen befohlen

⁴ Foucault 1990, S. 49, 57-58

⁵ Bublitz, Bührmann, Hanke, et al. 1999, S. 12-13

⁶ Siehe dazu Keller 2009, S.61

worden war [...]. Die Gefangenen, die dort zusammenstanden, waren ein wunderbarer Anblick; unter ihnen gab es einige mäßig weiße, schön und wohlgestalt; andere weniger weiß, die wie *pardos*⁷ aussahen; andere so schwarz wie die Äthiopier, von unförmigen Zügen und Gestalt, dass sie den Betrachter wie Bilder aus der unteren Hemisphäre erschienen“.⁸

Dies ist die Darstellung der ersten Eindrücke des Chronisten des portugiesischen Hofes Gomes Eanes de Zurara über die 235 Afrikaner, die Lançarote 1444 in Lagos ausschiffte⁹. Die Jahre von 1430 bis 1498 waren jene der portugiesischen Entdeckungsreisen an der afrikanischen Küste¹⁰. Chronisten oder Autoren der Entdeckungsliteratur waren jedoch nicht immer vor Ort, sondern übernahmen die Informationen auch aus zweiter oder gar dritter Hand. So waren die Repräsentationen und Darstellungen *des Anderen* an *ihre* abendländischen Vorstellungen geknüpft. *Der Anderen* wurden tierische Eigenschaften zugesprochen, wie es den früheren mythischen Denkvorstellungen in Bezug auf unbekannte Sachverhalte eigen war. So erzählten auch Männer angeblich dem Kosmographen und Seefahrer Duarte Pacheco Pereira, wie seiner Reisebeschreibung und seinem gleichzeitigen kosmographischen Lehrbuch „Esmeraldo de Situ Orbis“ (1505-1507) entnommen werden kann, es solle an der Guineaküste Bewohner_innen, die Kannibal_innen und hybride¹¹ Wesen mit „Hundegesicht, Zähnen und Schwänzen wie die von Hunden, die schwarz (*negros*) und Kontaktscheu sind“¹², geben. Später wurden phänotypische Unterschiede, wie die Hautfarbe, Umwelteinflüssen wie der Sonneneinstrahlung zugeschrieben. Sobald erkannt wurde, dass koloniale Subjekte genauso Menschen sind, wurde daran gezweifelt, ob alle derselben Menschengruppe angehören. Mit

⁷ Der Begriff bezieht sich auf das gefleckte Fell des Leoparden und ist eine Farbbezeichnung „zwischen weiß und schwarz“ (Gomes 2008, S. 33).

⁸ Gomes 2008, S. 27 zitiert nach Zurara, Gomes Eanes de 1989 [1448]: *Crónica do Descobrimento e Conquista da Guiné*. De Gomes Eanes Azurara. Introdução, Atualização de Texto e Notas de Reis Brasil, S.97f

⁹ ebd.

¹⁰ Hall 1994, S. 143

¹¹ Der Begriff der Hybridität hat einen historischen Wandel erlebt. Siehe dazu Hà 1999, S. 11-21

¹² Gomes 2008, S. 29 zitiert nach Pacheco Pereira, Duarte (1992 [1505-1506]): *Esmeraldo de Situ Orbis*. In: Peres, Dimiã (Hg.): *Os mais antigos roteiros da Guiné*. Academia Portuguesa de História, S. 70-144

zunehmender Kenntnis entfernter Regionen wurde zwar die Vorstellung der Existenz von Fabelwesen allmählich aufgegeben, dennoch blieb die Konstruktion anderer sozialer Kollektive als *die* Anderen durch Differenzsetzungen aufrecht. Mittels Farbvorstellungen – für den iberischen Sprachraum war die Unterscheidung durch Farbbezeichnungen charakteristisch – wurden Machtverhältnisse implementiert, da darüber Status verliehen und soziale Diskriminierung betrieben wurde. Zu Beginn des transatlantischen Sklavenhandels wurden außerdem über die Herkunft und Farbe „rassische“ Konnotationen, Bewertungen und Legitimationen in Bezug auf die Sklaverei konstituiert.¹³ In der Entdeckungsliteratur fanden sich aber auch Autoren wie Alonso de Sandoval (1627), die sich im Vergleich zu anderen „Kolonialgeschichtsschreibern“ etwas näher mit der Sprache, Kultur und Geschichte des afrikanischen Kontinents auseinandersetzen und zugaben, dass sie deren Sprache nicht sprechen und es so aussieht, als wären sie, die Kolonialherren, die Unwissenden. Gleichzeitig hielt er allerdings fest, „diese *negros* sind keine Bestien, wie manche meinen, die sie für unfähig zum Christentum halten möchten [...], da die Fähigkeiten nicht so groß ist wie die der Spanier sind, haben die Priester die Pflicht, sie zu lehren[...], da auch wir nicht gelehrt geboren werden [...].“¹⁴ Hier wird die Legitimation für die Unterdrückung und Unterwerfung in der Missionierung (Religion als Legitimationsstrategie) der als unzivilisiert Konstruierten ersichtlich. Die Zuschreibungen anhand der Hautfarbe blieben erhalten und durch den zunehmenden Kontakt und die enger gestalteten Beziehungen, unter anderem zwischen „Europa“ und „Afrika“, resultierten Vorstellungen von Differenz und Grenzen kultureller und biologischer Natur. So setzten sich Begriffe durch, die der politischen und sozioökonomischen Ausgrenzung dienen und Strategien gegen eine „Verbreitung“ beinhalten. Beispielsweise werden sozial diskriminierende Konstruktionen durch Begriffe wie *mestizos*, *mulatos*, *pardos*, *crioulo*¹⁵ deutlich. Die hier aufgezeig-

¹³ ebd., S. 29-31

¹⁴ ebd., S.31 zitiert nach Alonso de Sandoval (1627): *De instauranda Aethiopia salut.* Lib. 3 cap2, S.242

¹⁵ Der Begriff *mestizos* kannte unterschiedliche Auffassungen, unter anderem wurde darunter in Europa ein Konzept des „Mischlings“ verstanden, womit biologische Unterschiede zum „Reinen“ verbunden wurden. Der Begriff *mulatos* wurde zu einem Beständigen, um Nachkommen von Weißen und Schwarzen zu bezeichnen. In der Geschichte war oft von einem weißen Mann und einer schwarzen Frau die Rede. Etymologisch geht er auf den Maulesel zurück, wo die Analogie zum Tier hervortritt. Zum Begriff *pardos* siehe oben FN

ten Essentialisierungen biologischer Merkmale, wie der Hautfarbe und Phänomene der „Vermischung“, wurden als Marginalisierungsstrategien eingesetzt. Die religiös-kulturalistischen und biologischen Denkkonzepte dienten der Abgrenzung zu außereuropäischen bzw. außerchristlichen Bevölkerungen. Das weist darauf hin, dass bereits bevor der Begriff der „Rasse“ zum ersten Mal von François Bernier in seiner „Nouvelle Division de la Terre par les différentes espèces ou races d’homme qui l’habitent“ im Jahre 1684 verwendet wurde, rassistische Ausgrenzungspraxen und Ideologien vorhanden waren. Erst in der Mitte des 18ten Jahrhunderts wurden durch Carl von Linnés („Systema Naturae“ 1758) die Menschen in vier „Rassen“ unterschieden.¹⁶ Diese Differenzsetzungen gehen dann auch unreflektiert in den philosophischen Sprachgebrauch beispielsweise von Immanuel Kant¹⁷ und Georg Wilhelm Friedrich Hegel¹⁸ über und hierin kann auch ein Indiz für die unbewusste Komplizenschaft mit dem jeweiligen Herrschaftssystem gesehen werden, wodurch die hegemonialen Ordnungsstrukturen erhalten bleiben. Anhand der rassistischen Rhetorik will Herrschaft begründet, legitimiert und umgesetzt werden. Dabei kann Rassismus einerseits von der Warte der unterschiedlichen sozialen Wirk-

7. *Crioulo* bezieht sich auf das Verb *criar*, sprich „züchten, erschaffen und aufziehen“, und bezeichnet diejenigen, die eine „Mischung zweierlei Blutes haben“, wobei damit verbunden ist, dass sich das Bessere selten durchsetzt. (ebd., S. 32-37).

¹⁶ ebd., S. 38-40

¹⁷ „In den heißen Ländern reift der Mensch in allen Stücken früher, erreicht aber nicht die Vollkommenheit der temperierten Zonen. Die Menschheit ist in ihrer größten Vollkommenheit in der Race (sic!) der Weißen. Die gelben Indianer [die Inder, SF], haben schon ein geringeres Talent. Die [N-Wort, abgeändert durch SF] sind weit tiefer, und am tiefsten steht der Theil [sic!] der amerikanischen Völkerschaft.“ (Tautz, Birgit 2004, S. 58 zitiert nach Kant, Immanuel (1802): *Physische Geographie*, S. 316). Wenngleich das N-Wort zum Teil ausgeschrieben wird, entschied ich mich, um es zu dekonstruieren (Siehe dazu Kilomba Ferreira 2009), jedoch dagegen. Kant führte das französische Wort „Race“ in den deutschen Sprachgebrauch ein. (Cremer (ohne Jahr)).

¹⁸ „Jenes eigentliche Afrika ist, soweit die Geschichte zurückgeht, für den Zusammenhang mit der übrigen Welt verschlossen geblieben; es ist das in sich gedrungene Goldland, das Kinderland, das jenseits des Tages der selbstbewußten [sic!] Geschichte in die schwarze Farbe der Nacht gehüllt ist. . . Der [N-Wort, SF] stellt, wie schon gesagt worden ist, den natürlichen Menschen in seiner ganzen Wildheit und Unbändigkeit dar; von aller Ehrfurcht und Sittlichkeit, von dem, was Gefühl heißt, muß [sic!] man abstrahieren, wenn man ihn richtig auffassen will; es ist nichts an das Menschliche [sic!] Anklingende in diesem Charakter zu finden.“ (Melber 1992, S. 29 zitiert nach Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1971/[1840]): *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte.*)

lichkeiten aus betrachtet werden, wo die Unterschiede in den jeweiligen Gesellschaften gesehen werden. Andererseits aus einer soziokulturellen Perspektive, wo es Devianzen in den unterschiedlichen Kulturen in ihrer Gestaltung und der darin enthaltenen Legitimations- oder Rationalisierungsstrategien gibt. Die wissenschaftlich reflexive Perspektive, in welcher Resultate vorgebracht werden können, die theoretisch kulturunabhängige Aussagekraft haben, bildet eine weitere Dimension. Eine Interdependenz dieser verschiedenen Dimensionen ist zwar vorhanden, aber das Auseinanderhalten der einzelnen Aspekte ist der besseren Analyse dienlich.¹⁹ So gibt es unterschiedliche Formen von Rassismus, die je nach historischen Bedingungen anders ausgedrückt werden. „Letztlich aber zielt jede rassistische Ideologie auf die Hierarchisierung von Menschen ab, indem ihnen mehr oder weniger Fähigkeiten zugeschrieben werden, bestimmte kulturelle, politische oder soziale Standards zu erreichen.“²⁰

Mittels einer gröbsten Skizzierung eines Teiles europäischer Geschichte, wird im Folgenden und auch noch an späterer Stelle aufgezeigt, wie sich diese rassistischen Vorurteilsstrukturen anhand der Repräsentation weiter erhielten, entwickelten und welche Auswirkungen der koloniale Blick auch gegenwärtig für *die* Migrantin hat(te).

Als das Mittelalter sein Ende fand und das Zeitalter der Moderne begann, löste sich der Feudalismus in Westeuropa langsam auf und der Markt, der Handel und das Finanzwesen expandierten. Mit der allmählichen Säkularisierung und den damit einhergehenden Prozessen kam auch ein Produktionsschub. Die Wissenschaft, die Kunst, das Bildungswesen und der generelle Lebensstandard erlebten eine Veränderung. 1519-22 umschiffte eine portugiesische Expedition mit Magellan die Welt und die ehemaligen Entdeckungsreisen ebneten den Konquistadoren die Bahn für die Kolonisation, wodurch unter anderem Zentral- und Südamerika erobert, das Inkareich zerstört (1531-34) und Unmengen Gold und Reichtümer nach Europa gebracht wurden. Ausbeutung, Unterdrückung und die Vormachtstellung in der Welt waren zu zentralen Anliegen geworden. Portugal, Spanien, England, Frankreich und Holland waren die wichtigsten europäischen Mächte im 18ten Jahrhundert. Im Zuge der Entdeckungen und Eroberungen verschärften sich die Konflikte innerhalb Europas mit der außereuropäischen Welt und ein neues Identitätsbewusstsein, jenes *des*

¹⁹ Sondereggera ,2008 S.10

²⁰ Miles, Robert (1999): Geschichte des Rassismus, S.10 In: Sondereggera 2008., S. 11

Westens, wurde geschaffen.²¹ Aufgrund von Veränderungen der ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Verhältnisse, transformierte sich die Gesellschaftsform in eine, in der sich vermehrt folgende dichotome Sichtweisen einstellten: „westlich“, sprich städtisch und entwickelt, und „nicht-westlich“, eben nicht-industrialisiert, sprich ländlich, landwirtschaftlich und „unterentwickelt“. Dies produzierte ein gewisses „Wissen“ über *den Anderen* und auch eine bestimmte Haltung diesem gegenüber. Somit wurde eine Ideologie implementiert, die *den Anderen* stets als Vergleichsmodell heranziehen kann, womit *dieser* messbar und repräsentierbar wurde.²² Besonders in der Zeit der Aufklärung kam diese binäre Sichtweise *des Westens* und des „Rests“, wie Stuart Hall²³ sie nennt, zum Tragen und ist auch gegenwärtig in Diskursen sichtbar. Im Namen des Fortschritts- und Entwicklungsgedanken sowie der Vernunft galt die „Bürde des Weißen Mannes“ als Vorwand, um hierarchisierende Zivilisationsmodelle in die Praxis umzusetzen und diese ideologisch zu untermauern, um eine ökonomische, politische und kulturelle Vormachtstellung in der Welt zu erlangen und zu erhalten. Diese Zivilisationsprozesse richteten sich jedoch, wengleich in anderer Form, auch auf die europäische Erziehung der Menschen zu Bürgern (Bürgerinnen), die ihre Produktivkräfte entfalten und sich der neuen ökonomischen, politischen und sozialen Ordnung fügen sollten.²⁴ „Das instrumentelle Denken [...] stellte in den Augen des Bürgertums den weltweiten Durchbruch des Lichts dar, demgegenüber alle früheren Kulturen nur obskure Vorstufen blieben [...]. So gaben Kolonialismus und Industrialismus diesem Denken und seiner Ideologie die ökonomischen und politischen Flügel. Alle vorindustriellen und insbesondere alle außereuropäischen Kulturen, ihre Vorstellungswelt und ihre Praktiken erschienen nur noch als Hemmnisse für die universelle Entwicklung und Entfaltung aller Völker.“²⁵ Durch die Idee *des Westens* wurde ein System weltweiter Machtbeziehungen und ein „Repräsentationssystem“ produziert, in welchem das Konzept *des Westens* und des „Rests“ im Zentrum stand. „Mit „Westen“ meinen wir²⁶ einen Gesellschaftstyp, der

²¹ Hall 1994, 143-149

²² ebd., S. 138-139

²³ ebd.

²⁴ Melber 1992, S. 27,30

²⁵ ebd., S. 33

²⁶ Wer ist dieses „wir“?

als entwickelt, industrialisiert, städtisch, kapitalistisch, säkularisiert und modern beschrieben wird.²⁷ Die Errungenschaften *des* Westens erhielten über die Differenz zu den anderen Gesellschaften und Kulturen ihre Bedeutung, genauso wie anhand dieser Konstruktion „binärer Oppositionen“ der Differenz und ein anderes Identitätsbewusstsein geschaffen wurde.²⁸

An dieser Stelle erscheint es wichtig anzumerken, dass zwar stets vom „Westen“ die Rede ist, dies aber, wie Stuart Hall (1994) selbst anmerkt, eine äußerst vereinfachte homogene Darstellung aufzeigt, da es innerhalb dieser Begriffskonstruktion sehr viele variierende Haltungen gegenüber anderen, auch „internen Anderen“, Kulturen gab und gibt. So lässt der Begriff „des Rests“ auch kulturelle, ökonomische und historische Verschiedenheiten außen vor. Der Begriff *des* Westens bezieht sich außerdem nicht nur auf den geographischen Ort. Die dahinter liegende Repräsentation ist um einiges komplexer. Er ist ein historisches Konstrukt. Infolgedessen gehören Gebiete, die sich aus geographischer Sicht im westlich europäischen Raum befinden, nicht unbedingt *dem* Westen an und außerhalb Europas liegende Gebiete werden zum „Westen“ gezählt. Nichts desto trotz ist eben diese homogenisierte, dichotome Darstellung eine diesem Diskurs²⁹ immanente. „Das ist es, was den Diskurs des „Westens und des Rests“ so zerstörerisch macht – er trifft grobe und vereinfachte Unterscheidungen und konstruiert eine absolut vereinfachte Konzeption von „Differenz“.³⁰ So ist hier auch der sozialpsychologische Mechanismus des „Ethnozentrismus“ relevant, der in jeder gesellschaftlichen Gruppierung gefunden werden kann. Die eigenen Kultur- und Produktionsweisen wollen erhalten bleiben und es gibt eine „unbewusste Grundhaltung“, welche vorgibt, dass die eigene Lebensweise allen anderen vorzuziehen sei.³¹ In diesem Sinne ist auch der Weg offen für Rassismen, da anderen Gruppierungen Fähigkeiten abgesprochen und

²⁷ Hall 1994, S. 138

²⁸ ebd., S. 139-141

²⁹ Diskursbegriff nach Foucault. „Diskurse definieren den Bereich des Wahren und üben damit gesellschaftliche Macht aus. Diese Definitionsmacht von Diskursen ist umkämpft. Diskursereignisse sind nicht Diskurse über wirkliche Ereignisse, sondern Problematisierungsweisen des bis dahin als unproblematisch geltenden Wahren, deren Ausgangspunkt reale Probleme sind, die zum Ort sozialer und symbolischer Auseinandersetzungen werden und soziale Wirklichkeit verändern.“ (Bublitz 1999, S. 25).

³⁰ Hall 1994, S. 142-143

³¹ Melber 1992, S. 11/ Sonderegger 2008a, S. 19 zitiert nach Herskovitz, Melville J. (1964): Cultural Dynamics. Knopf Verlag: New York

(vernunftmäßig deklarierte) Handlungspraxen implementiert werden, die gegen das Wohlergehen anderer Gruppierungen sind, da der eigene Ethnozentrismus, im Sinne eines „kulturellen Zentrismus“, als absolut gesetzt gilt³². Das „Wir-Gruppenbewusstsein“ des Ethnozentrismus (im antagonistischen Verhältnis zu der oder den „Gruppen der Anderen“), erfuhr seit der „Neuzeit“ respektive der europäischen Expansion, eine mit dem Begriff verbundene und bestimmte Form, den „Eurozentrismus“. Die kulturelle Differenz wird durch Dichotomien und anhand eines Vergleiches mit den anderen Gruppierungen in ihrer Eigenheit bestätigt. Charakteristisch dafür ist ein unbedingter Glaube an die Höherwertigkeit des „Eigenen“.

Im kolonialen Diskurs wird *der* Andere als untergeordnet konstruiert (Rassismus), die Pflicht zur Erziehung, „Zivilisierung“ und Bevormundung propagiert (Missionseifer³³) und den anderen Gruppierungen eine Ahistorizität unterstellt (Universalismus). Das äußert sich im „*Sprechen für Andere*“ und im Glauben die Berechtigung zu haben *den* Anderen repräsentieren zu dürfen. Die Legitimation dieser Handlungen entzieht der Eurozentrismus der Geschichte, indem Begriffe wie „Moderne“, „Globalisierung“, „Zivilisation“, „Fortschritt“ und „Entwicklung“ usw. oft in essentialistischer und unkritischer Weise verwendet werden. Damit gehen Anschauungsformen einher, welche die eigene Weltanschauung als allgemeingültig, beispielhaft, zentral und höherwertig sehen und die Vergangenheit einer anderen Gruppierung, deren „Geschichte“, leugnen (Ahistorizität). Die Idee der „Völker

³² Sonderegger 2008a, S. 20

³³ Dazu muss angemerkt werden, dass die katholische Kirche im iberischen Bereich von Anfang an ein integraler Bestandteil des Expansionsprojekts war, vom 16ten Jahrhundert bis zur Mitte des 19ten Jahrhunderts jedoch an Durchbruchkraft einbüßte, zudem im Kolonisationsbereich der frühprotestantischen Mächte die Christianisierung und „Zivilisierung“ nicht vorangetrieben wurde. Es wurde eher auf die Kolonisten und deren Glaubensfestigkeit ein Augenmerk gelegt. So galt dies für das holländische Imperium und auch für die englische East India Company (Osterhammel 1995, S. 101), welche erst 1858 aufgelöst und von der englischen Krone übernommen wurde (ebd., S. 69). Bei der East India Company galt bis 1813 das strikte Gebot sich nicht in die religiösen Fragen einzumischen, die Bevölkerung wurde ohnehin als nicht missionierungswürdig betrachtet. Abgesehen davon unterstützten aber die Missionare aller Konfessionen und Nationalitäten die Mächenschaften des kolonialen Systems und deren kulturellen Überlegenheitsglauben, wengleich es immer wieder Vertreter einer missionarischen „Linken“ gab, die sich dagegenstellten. (ebd., S. 101-102).

ohne Geschichte“ war seit dem 18ten Jahrhundert in der europäischen Geistesgeschichte sehr verbreitet und diente oft als Legitimationsstrategie.³⁴

Wie bereits darzustellen versucht wurde, ist der koloniale Diskurs im Wesentlichen von einem Konzept abhängig, in welchem die ethnische, kulturelle und historische Differenz zum einen als eine starre und unveränderliche Ordnung und zum anderen völlig gegensätzlich als eine „Unordnung, Degeneriertheit und dämonische Wiederholung“³⁵ repräsentiert wird. Somit wird „Anders-Sein“ ideologisch konstruiert. In diesem Diskurs wird sich, nach Homi Bhabha, strategisch vor allem eines Stereotyps³⁶ bedient.³⁷ Der koloniale Diskurs fungiert dabei als ein Machtapparat, durch welchen ethnische, kulturelle und historische Differenzen entweder anerkannt oder gelehnt werden. Die angeblichen Erkenntnisse produzieren Wissensbestände über *den* Kolonialherren und *das* koloniale Subjekt, die in sich stereotypisch sind, um die Verhaltensweisen *des* Kolonialherren gegenüber der als degeneriert dargestellten Kolonisierten, zu legitimieren. Zudem dient es der Realisierung administrativer Systeme und jener der Belehrung.³⁸ Anhand Edward D. Saids (1978) Begriffsverwendung des „Orientalismus“ wird aufgezeigt, wie der „Westen“ den „Orient“ produzierte.³⁹ Wenn über den Orientalismus gesprochen wird, so bezieht sich dies in Saids Werk vorwiegend auf ein französisches und englisches kulturelles Unternehmen, wenngleich der amerikanische Einfluss nach dem Zweiten Weltkrieg zunahm und auch europäische und atlantische Mächte daran beteiligt waren. Der Orientalismus korrespondiert nicht mit dem „realen“ Orient, es ist kein wahrheitsgemäßer Diskurs. Er wurde durch sehr umfangreiche Theorien und Praxen konstruiert und es wurde ein Wissenssystem integriert, welches *die* europäische Identität als überlegene zeichnet. Seit dem 18ten Jahrhundert wird „Wissen“ über den „Orient“ geschaffen, welches in den unterschiedlichen westlichen

³⁴ Sonderegger 2008b, S. 45-49

³⁵ Bhabha 2007. S. 97

³⁶ „[...] vorläufige These, dass es sich bei Stereotyp um eine komplexe, ambivalente, widersprüchliche Form der Repräsentation handelt, die ängstlich und assertorisch zugleich ist und von uns nicht nur verlangt, dass wir unsere kritischen und politischen Zielsetzungen erweitern, sondern auch, dass wir das Objekt der Analyse selbst wechseln.“ (Bhabha 2007, S. 103). Wer ist dieses „wir“, / „uns“?

³⁷ ebd.

³⁸ ebd., S. 104

³⁹ Said 1981/[1978], S. 10

Institutionen, wie den Akademien, Museen usw. dargestellt wurde und teilweise auch heute noch wird. Dabei entsprang dieses „Wissen“ zum Großteil dem souveränen westlichen Bewusstsein und folgte einer Logik, die Wünsche, Repressionen, Investitionen und Projektionen beinhaltet und nicht lediglich durch eine empirische Realität geleitet wurde.⁴⁰ So sind die Wissenschaftler_innen, die Wissen produzieren oder reproduzieren selbst in Machtverhältnisse eingebettet und können sich nicht von ihrer – sei sie bewusst oder unbewusst – Zugehörigkeit zu einer Klasse, Glaubensrichtung, sozialen Position und dergleichen trennen. „Ich glaube nicht, daß [sic!] Autoren unvermittelt durch Ideologie, Klasse oder Wissenschaftsverhältnisse geprägt werden, doch auch sie sind, wovon ich fest überzeugt bin, tief in die Geschichte ihrer Gesellschaften verstrickt, sind von dieser Geschichte und dem sozialen Austausch in unterschiedlichem Grade geformt, den sie ihrerseits formen.“⁴¹ So ist es auch nicht unerheblich, von welcher Position aus gesprochen wird und ebenso wenig ist es unbedeutend, ob es eine Zugehörigkeit zu einer Macht gibt, die eine Geschichte des jahrhundertjährigen Eindringens, wie jene *des Westens* hat.⁴² Said bezieht sich auf den Blick *der* Kolonialherren und weniger *der* kolonialen Subjekte. Er zieht dazu die Machttheorien von Marx sowie die politischen Philosophien von Antonio Gramsci und Michel Foucault heran. Er veranschaulicht die Wege, anhand welcher institutionelle Strukturen implementiert wurden, und zeigt auf, wo Meinungen, Blickwinkel und Thesen über den Orient hervorgebracht wurden, die als *objektives* Wissen und messbare *Wahrheiten* gelten. So wurden dadurch binäre Oppositionen konstruiert, westliche Fantasien reproduziert, unterschiedliche Arten des Schreibens hervorgebracht, die von Strukturen, Annahmen und Stereotypen des „Orientalismus“ geprägt sind. Des Weiteren diente die Art der Repräsentation in den Gebieten, wo westlich koloniale Regeln in den östlichen Ländern Verbreitung fanden einerseits der Rechtfertigung des Besitzes und andererseits diente sie der Legitimation von Herrschaft. Die wurde durch politische und juristische Strukturen anhand von physischem Zwang durchgesetzt, da diese der Erhaltung der kolonialen Regeln und der kolonialen Ordnung zuträglich waren. Die den „Orient“ betreffenden Stereotype umfassen Gedanken der Zeitlosigkeit des „Orients“. Wird *der*

⁴⁰ ebd., S. 11-15

⁴¹ Said 1994 [1993], S. 26

⁴² Said 1981 / [1978], S. 19

Westen als ein Ort historischen Fortschritts und wissenschaftlicher Entwicklung gesehen, so ist der „Orient“ die Negativfolie, das Gegenteil. Somit wird er als unveränderlich, sprich zeitlos, betrachtet. Die Reisen der „Orientalist(inn)en“ sind somit nicht nur eine lokale Bewegung im Raum, sondern auch in der Zeit. Da der „Orient“ als „primitiv“ und „rückschrittlich“ gilt, wird eine Bewegung in die „frühere Welt“ getan. Der „Orient“ gilt als „fremd“, da er nicht nur verschieden ist, sondern „seltsam“ (oddly), im Sinne eines ungewöhnlichen, auch fantastischen wie bizarren Ortes. Schriftsteller(innen) und Künstler(innen) beschrieben *ihn* oft ebenso als Ort der Fröhlichkeit, Wunder und Kuriosität. Diese Seltsamkeit (oddness) ist ein Grund *diese* Anderen, laut westlichen Blick, als untergeordnet zu betrachten. Im „Orientalismus“ gibt es spezifische Annahmen über „race“. Diese Annahmen gehen oft in die Richtung einer „rassischen“ Charakterisierung *des* Orientalen, die undifferenziert homogene Kollektive darstellen beispielsweise als „mörderischer“ und „aggressiver“ Araber, „fauler“ Indier, „unergründlicher“ Chinese; wobei ausnahmslos alle ohne Unterschied in das Repräsentationssystem *des* Westens über den „Orient“ fallen. Damit zeichnet sich *der* Westen als überlegen und zivilisiert und rechtfertigt die Machtverhältnisse. Hinzu kommen bestimmte Annahmen über „gender“ (Geschlechtsidentität). So gilt der „Orient“ als „feminin“. Die Zuschreibungen als „verweiblicht“, „passiv“, „unterwürfig“, „exotisch“ „sexuell mysteriös“ usw. zeichnen *den* Westen dabei hingegen als „männlich“, „aktiv“, „dominant“, „heroisch“, „rational“, „selbst-beherrscht“ u.v.m.⁴³ „(...) Orientalism posite the notion that Oriental peoples needed to be civilised and made to conform to the perceived higher moral standards upheld in the West. (...) [I]n creating these stereotypes, Orientalism justified the propriety of colonialism by claiming that Oriental peoples needed saving from themselves.“⁴⁴ Der rassistische Blick, der für die epistemische Gewalt und den kolonialen Diskurs relevant ist, bedient sich dabei nicht überwindbarer symbolischer Grenzen, anhand von Kategorien, die „rassisch“ konstruiert wurden. Hier findet sich ein binäres Repräsentationssystem, welches fortwährend Differenz zwischen Zugehörigkeit und „Anderssein“ markiert, fixiert und naturalisiert.⁴⁵ „Entlang dieser Grenzen entsteht das, was Gayatri Spivak (1987) die ‚epistemische Gewalt‘ der Diskurse

⁴³ McLeod 2000, S. 40-45

⁴⁴ ebd., S.46

⁴⁵ Hall 1994, S. 20

über den Anderen nennt – die imperialistischen, orientalistischen, exotischen, anthropologischen und folkloristischen Diskurse, und die über die Kolonisierten und die Primitiven.“⁴⁶

Dabei hatte *das* koloniale Subjekt im kolonialen Diskurs eine Reihe sich widersprechender Positionen einzunehmen. So zeigt Frantz Fanon, ein 1925 auf den französischen Antillen geborener Psychoanalytiker, in seinen Werken „Peau noire, masques blancs“ (1952) und „Les damnés de la terre“ (1961)⁴⁷, wie es ihm nicht gestattet ist, seine eigene Identität als Subjekt zu definieren, sondern wie dies von *den* Franzosen gemacht wird. In dem gewaltvollen Akt wird seine Identität im Sinne des „Selbst“ gespalten. Fanon zeigt auf, dass die epistemische Gewalt nach außen und innen, sprich als Aufsplitterungsprozess, funktioniert. Das Innere, das Selbst, wird als ein „Anderes“ internalisiert.⁴⁸ „If the internalisation of colonial sets of values was to a degree, (...) an effective way of disempowering people, it was also the source of trauma for colonised peoples who were taught to look negatively upon their people, their culture and themselves.“⁴⁹ *Das* Schwarze Subjekt wird vom Rassismus als ein Doppeltes konstruiert, das ist diesbezüglich das ideologische Hauptelement des Rassismus. Die Gesellschaft wird dichotomisiert und ein binäres Bewertungsschema wird implementiert.⁵⁰ Dabei macht der Psychoanalytiker deutlich, dass *das* koloniale Subjekt nicht so werden will wie *der* Kolonialherr, sondern seinen Platz einnehmen will.⁵¹ Er kritisiert in diesem Zusammenhang auch Intellektuelle, die eine Komplizenschaft mit *dem* Westen eingehen, sich vereinzelt als frei betrachten können und dafür kämpfen, dass es „eine Klasse von individuell befreiten Sklaven, von Freigelassenen“⁵² gibt, damit mit *den* Kolonialherren in einem Wettkampf um Deutungshoheit getreten werden kann.⁵³ Für Fanon ist die koloniale Welt eine manichäische, nämlich eine zweigeteilte. Er bezieht sich insbesondere auf die koloniale Gesellschaft des französischen und unter anderem auch portugiesischen Kolonialsystems in Afrika, welches anders als das britische Empire, das in

⁴⁶ ebd.

⁴⁷ „Schwarze Haut, weiße Masken“ und „Die Verdammten dieser Erde“

⁴⁸ McLeod 2000, S. 20

⁴⁹ ebd., S.19

⁵⁰ Broden 2009, S. 121

⁵¹ Fanon 2008, S. 40

⁵² ebd., S. 46

⁵³ ebd., S. 48

Indien mehr auf indirekter Herrschaft, vor allem auf Waffengewalt beruhte.⁵⁴ Ein wichtiger Punkt, den er aufzeigt, ist jener, dass *die* Kolonialherren nicht nur physisch Gewalt über *die* kolonisierten Subjekte ausübten, sondern ihnen jegliche Ethik, Moral, Ästhetik oder sonstige Werte absprachen und die eigenen Wertvorstellungen durch den Kontakt mit *den* kolonialen Subjekten als gefährdet ansahen. Somit wird auch die Position der Kirche (des Glaubens) kritisiert, die dazu verwendet wurde, *das* koloniale Subjekt auf den Weg *der* Kolonialherren, der „weißen Unterdrücker“, zu bringen.

Was hat der koloniale Blick mit der Konstruktion der Anderen als Migrantin zu tun?

„Seine [jene des Rassismus, SF] Geschichte reicht weit zurück und ist nicht auf Europa begrenzt. [...] Die Verbindung rassistischer Diskriminierung mit der Kategorie Rasse umfaßt [sic!] zwar eine sehr wirkungsmächtige, aber vergleichsweise kurze Phase der Geschichte des Rassismus. Die überwiegende Zeit seiner Umsetzung wurde er mit Hilfe kultureller Konzepte begründet und vermittelt. Das ist auch heute wieder der Fall. Nach der Diskreditierung des Rassenbegriffs bedient sich die rassistische Rhetorik verstärkt kultureller Elemente“.⁵⁵

Der Andere (der „Migrationsandere“) ist ebenso, wie *das* koloniale Subjekt, ein Konstruierter und zwar einer, der anhand bestimmter Prozesse und Dominanzverhältnisse nur in Relation zu dem „Nicht-Anderen“ in Erscheinung tritt. Das verweist auf den homogenisierenden und essentialistischen Blick der Mehrheitsgesellschaft, welche die Heterogenität jener als „Andere geltenden Personen“ verleugnet und versucht eine Einheitlichkeit künstlich zu produzieren.⁵⁶ Wird zudem die Kultur bzw. „kulturelle Zugehörigkeit“ als nicht veränderliche und identitätsstiftende Instanz betrachtet, kann sie mit dem Konstrukt einer homogenen Nationalkultur gleichgesetzt werden. Dieser homogenisierende Blick ist durch seine essen-

⁵⁴ Wienold 2001, S. 150

⁵⁵ Sonderegger 2008a S. 12 zitiert nach Hund, Wulf D. (2006): Negative Vergesellschaftung. Dimensionen der Rassismusanalyse. Westfälisches Dampfboot: Münster, S. 119

⁵⁶ Mecheril 2010, S. 17

tialistische, naturalisierende, stereotypenhafte Zuschreibung menschlicher bzw. kultureller Eigenschaften rassistisch.⁵⁷

„People always asked me where do I come from: „Where do you come from?“ And that was the thing. . . they asked me again and again and again. . . since I was a child, just like that! They see you and the first thing that crosses their mind is to check: “Where is she from?“ They just walk in your direction and ask, without even knowing you. It does not matter where you are at: in a bus, at a party, on the street, a dinner or even at the supermarket (. . .) That is so racist, because they know there are Black people who are German and who speak German better than them.“⁵⁸

Das sind die von der Universitätsdozentin Kilomba Ferreira wiedergegebenen Worte einer jungen Afro-Deutschen Frau Namens Alicia. Hier wird die dichotome Konstruktion von Seiten der Dominanzgesellschaft sichtbar. Die unaufhörlich gestellten Fragen beziehen sich auf den Körper und verbinden diesen mit der Vorstellung eines nationalen Territoriums, in welchem dieser Körper durch eine anscheinend natürliche Ordnung platziert gehört. Hier wird auch eine koloniale Fantasie sichtbar, dass „Deutsch-Sein“ angeblich gleich „Weiß-Sein“ bedeutet. Dabei kann die Nation auch ausgetauscht werden, sprich „Österreichisch-Sein“ bedeutet „Weiß-Sein“, „Europäisch-Sein“ bedeutet „Weiß-Sein“ und es gibt noch unzählige andere Nationen und Konstruktionen, die hier jedoch nicht alle aufgezählt werden. In dieser Verortungslogik steht jedenfalls „Weiß-Sein“ für das der Mehrheitsgesellschaft Zugehörige und *das* weibliche Schwarze Subjekt ist somit die „Nicht-Zugehörige“, „Fremde“, „Ausländerin“. Dieser dichotomen Logik ist ein Gemeinsames von „Schwarz“ und „Deutsch“ undenkbar. Das macht die Frage nach der Herkunft rassistisch. An dieser Stelle wird die neue Form des Rassismus sichtbar. Es sind keine offensichtlichen biologischen Bezüge auf die Hautfarbe, welche Inferiorität vermitteln wollen,

⁵⁷ Baquero Torres 2008, S. 239-240

⁵⁸ Kilomba Ferreira 2008, S. 64

sondern es sind nun „kulturelle“, „religiöse“ (auch „lokale“) Bezüge sowie die angebliche Unvereinbarkeit mit der⁵⁹ Nationalkultur.⁶⁰

„Angeschaut zu werden und nach dem Hintergrund gefragt zu werden, ist eine Form der Kontrolle, die Macht verkörpert. [...] Bedürfnis uns als koloniales Objekt zu positionieren, die jedermann besetzen (ansprechen), ausforschen (fragen) und besitzen kann. Die Fragenden üben Macht aus, die Alicias Präsenz als Fremde und das Territorium als ihr eigenes definiert. Dabei ziehen sie eine klare Grenze zwischen Ihr– der Anderen, die befragt und sich erklären muss– und Uns– den Weißen, die fragen und kontrollieren. Das ist eine übliche Machtasymmetrie zwischen Weißen und Schwarzen, die mich an ein altes und schmerzhaftes Herr-Sklave-Verhältnis erinnert [...] Diese Fragen [Herkunft verbunden mit exotischen Fantasien, SF] sind Erinnerungen daran, dass die Schwarze Frau sich nicht an ihrem eigenen, sondern an deren Ort befindet, und das führt zu einer Selbstwahrnehmung als Andere. [...] Ihre Anwesenheit zeigt Ihnen den Verlust einer kolonialen Ordnung. In dem Moment, als Alicia auf ihrem Heimweg in Berlin angehalten wird, wird sie an ihre Position erinnert, auf ihren Platz verwiesen und dort erneut situiert. Diesen Akt des ins Gedächtnisrufens nenne ich die *Kolonisierung des Selbst* (*Colonising the Self*), um die Vorstellung eines Angriffs (Invasion) und einer Beherrschung (Besetzung), die Rassismus charakterisieren, zu verstärken, und speziell die Tatsache, dass eine Person im System von Rassismus immer eine Erfindung des Weißen ist, niemals des eigenen Selbst.“⁶¹

Durch eine derartige Positionierung von Seiten der Mehrheitsgesellschaft *des* weiblichen Schwarzen Subjekts, werden in dem rassistischen Diskurs eingeschriebene Machtverhältnisse deutlich. Das angesprochene Herr-Sklave-Verhältnis, wo, etwas überspitzt formuliert, *der* Kolonialherr, als männliches weißes Subjekt, die Fragen stellt und *das* koloniale Subjekt

⁵⁹ Hier wird das Kursive vermieden, um auf den homogenisierenden Blick zu verweisen.

⁶⁰ Auch der gegenwärtig in nicht nur wissenschaftlichen Diskussionen sehr beliebte Begriff der „Differenz“ ersetzt jenen der „Hierarchie“ (ebd., S. 64-65).

⁶¹ Kilomba Ferreira 2003, S. 146-148

lediglich diesen Fragen Antwort leisten soll. Dabei werden nur bestimmte Antworten akzeptiert, die dem Bild des/der Fragenden über die/den Befragten entsprechen. Die Hautfarbe wird dabei beispielsweise als Marker benutzt, um die Frage nach der „ursprünglichen“ Herkunft zu legitimieren. Dabei wird deutlich, dass es eine Vorstellung in der Mehrheitsgesellschaft gibt, die immer noch mit dem Abstammungsprinzip des *Ius Sanguis* („Recht des Blutes“) oder den *Ius Soli* („Recht des Bodens“, Geburtsortprinzip) operiert. Das bedeutet in Folge auch, dass *das* Schwarze Subjekt, laut dieser Logik, unmöglich, wie in diesem Beispiel, Deutsche sein kann. Dies zeigt eine koloniale Ordnung auf, in welcher es Subjekte gibt, die anscheinend mehr Rechte (auf Mobilität, an Boden, der Selbst-Repräsentation, des Fragenstellens...) haben als andere. Das Territorium, in der Gegenwart die Nation, wird als Eigentum der Mehrheitsgesellschaft gewertet, so wie die Kolonialherren bei zunehmender Kolonisierung, die Kolonialterritorien als ihr Eigentum betrachteten. Die „Spuren“ bleiben demnach sichtbar und koloniale Ordnungen werden Re-inszenierung. Doch die Präsenz von Alicia, diese alltägliche und normale Handlung des „nach Hause“ Gehens, bricht die koloniale Ordnung auf. Daher wird versucht sie auf ihren Platz, der sich im „Außen“ zu befinden hat, zu verweisen. Der Körper wird begutachtet und das Subjekt vergegenständlicht. Zuschreibung von übermäßiger sexueller Aktivität, Aggressivität und „Wildheit“ finden sich in Alltagsgesprächen immer wieder, wie auch in solchen Praktiken „Weiß-Sein“ als modern, zivilisiert gezeichnet wird und dabei die „eigenen“ brutalen Praktiken verharmlost, verleugnet oder schlichtweg übersehen werden. Die abendländische Vorstellung von Gut und Böse verweist *das* Schwarze Subjekt, welches von der konstruierten „Norm“ der Dominanzgesellschaft abweicht, auf den Platz des Gegenteiligen und konstruiert sich selbst als „normal“, „gut“ und „intelligent“.⁶²

An dieser Stelle will nun eine der unzähligen vielschichtigen und je nach Denktradition unterschiedlich ausgelegten wissenschaftlichen Definitionen des Begriffes „Migration“ gegeben werden. „Der Ausdruck *Migration* (...) [ist, SF] eine allgemeine Perspektive, mit der Phänomene erfasst werden, die für eine Migrationsgesellschaft kennzeichnend sind: Übersetzung oder Vermischung als Folge von Wanderungen, Entstehung von Zwischenwelten und hybriden Identitäten, Phänomene der Zurechnung

⁶² ebd.

auf Fremdheit, Strukturen oder Prozesse des Rassismus, Konstruktionen des und der Fremden oder auch die Erschaffung neuer Formen von Ethnizität.“⁶³

Eine Person, welche über einen längeren Zeitraum ihren geopolitischen und geografischen Raum verlässt, muss nicht als Migrantin betrachtet werden. Wie in dieser Arbeit verständlich gemacht werden will, zeigt sich vielmehr, dass die dahinterliegenden Diskurse und Konzepte in der Konstruktion *des* Anderen für die Zuschreibung einer Zugehörigkeit zur „Wir-Gruppe“ ausschlaggebend sind. So sind diese auch in der Frage, wer von der Mehrheitsgesellschaft als Migrantin gesehen wird, relevant. Dabei spielt die Mehrheitsgesellschaft und deren Normalitätsverständnis eine zentrale Rolle. Referenzpunkte bietet das Ensemble an Differenzen, aus welchen Zugehörigkeit und respektive Nicht-Zugehörigkeit konstruiert werden. Entgegen der klassischen Migrationstheorien sind hier „Push-“ und „Pull“- Faktoren⁶⁴, also Faktoren, die kausalistische Begründungen liefern sollen, warum es zu einer auf eine einzige Richtung hin weisende Migration, fort aus einem Ausgangsstaat hin zu einem Zielstaat, kam, nicht vordergründig. Es wird die Auffassung vertreten, dass Migration weder linear noch unidirektional verläuft, noch nur politische und ökonomische Gründe hat, sondern auch eng an imaginären Erwartungen und subjektiven Motivationen geknüpft ist. Es geht also nicht um eine einfache Bewegung (auswandern) von den als unzureichend empfundenen Lebensumständen in besser scheinende Konditionen (einwandern⁶⁵). So ist *die* Migrantin ein Resultat kontextspezifischer und lokaler Praxen. Diese

⁶³ Mecheril 2004, S.18

⁶⁴ Fehlende Arbeitsplätze werden in dem „Push-pull-Modell“ beispielsweise in den Abwanderungsregionen als Abstoßungsfaktor betrachtet und als Aspekt, der die Aufnahme-regionen anziehend macht. Doch die Ursachefaktoren für Migration sind weitläufiger, individueller gesetzt. Persönliche Beziehungen spielen ebenso eine Rolle, wie Neues zu erfahren. (Varela Castro, Mecheril. 2010, S. 45) „Die „Gründe“ für Migrationen erschließen sich nur bedingt durch Identifikation einzelner „Faktoren“ (z. B. Armut), wenn nicht auch berücksichtigt wird, welche Bedeutung die Subjekte den "Faktoren" im Rahmen ihrer Lebensgeschichte zusprechen.“ (ebd.)

⁶⁵ „Einwanderung ist ein Prozess, der aus dem Willen und dem Handeln von Menschen mit weit vielfältigeren Identitäten und Lebensentwürfen entsteht, als die den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zwecken der Zielländer dienende Kategorie „Immigrant“ fassen kann“ (Varela Castro/ Mecheril 2010, S.42-43 zitiert nach Sassen (2000): MigrantInnen, Siedler, Flüchtlinge. Von der Massenauswanderung zur Festung Europa. Fischer Verlag: Frankfurt am Main, S. 153).

sind nicht monolithisch, sondern flexibel. Die vorherrschenden Diskurse wirken in der Konstruktion *des Anderen*, in diesem Sinne *des Migrant*, ebenfalls formierend. In dieser binären Opposition von „Migrantin“ und „Nicht-Migrantin“ findet sich eine von der Mehrheitsgesellschaft imaginierte Norm, von welcher *die Migrantin* angeblich abweicht. In dieser Abweichung von der Vorstellung dessen, was die Norm ist, wird *die Migrantin* konstruiert.⁶⁶ Also ist die Wanderungserfahrung im Eigentlichen nicht ausschlaggebend für die Bezeichnung „Migrantin“, „sondern eher eine vermutete und zugeschriebene *Abweichung von Normalitätsvorstellungen im Hinblick auf Biografie, Identität und Habitus*“⁶⁷. „Migrant/in ist eine Bezeichnung, die von Diskursen um Identität, Fremdheit, ethnische und kulturelle Differenz hervorgebracht wird und in die unterschiedlichen Unterscheidungsweisen eingehen. Deshalb ist „Migrant/in“ eine mehrwertige Bezeichnung. Sie ist diffus und kann mit unterschiedlichen Akzentuierungen und Bedeutungen benutzt werden.“⁶⁸ Somit muss der Blick *der* passiven Rolle *der Migrantin*, nämlich derjenigen, die politische und ökonomische Situationen erdulden musste, sich zwar bewegt, aber keine eigene Geschichte hat, verändert werden.

In der Betonung der imaginären Erwartungen und subjektiven Motivationen liegt ein nicht mehr homogenisierbares Moment. In diesem nicht mehr homogenisierbarem Moment besteht die Möglichkeit *des* Subjektes sich Gehör zu verschaffen. *Die Migrantin* kann sich anhand ihrer individuellen Biographie, falls diese Gehör findet, zumindest ein Stück weit, aus dem Schatten der Zuschreibungen auf ihren Körper und ihr angeblich gesamtes Sein herauswinden.

Insbesondere der Körper *des* weiblichen Subjektes ist in der Mehrheitsgesellschaft nicht selten Kampfplatz kultureller und hegemonialer Dominanzverhältnissicherungen.⁶⁹ Es geht darum, dass *die Migrantin* die Möglichkeit hat sich selbst in Geschichte einzuschreiben, indem sie sich selbst repräsentiert. Dabei soll nicht geleugnet werden, dass politische und ökonomische Gründe nicht auch eine Triebfeder für eine Migration darstellen können, aber es würde der Komplexität des wohl kaum noch als

⁶⁶ Varela Castro/ Mecheril 2010, S.37-38

⁶⁷ ebd., S. 38

⁶⁸ ebd.

⁶⁹ Siehe dazu Castro Varela/Dhawan 2005, S.65-66, 75

Phänomen, im Sinne eines seltenen Ereignisses, zu bezeichnenden, gerecht, da die Migrationsgesellschaft⁷⁰ eine nicht zu leugnende Realität ist.

Dabei ist es nicht so, dass die klassische Migrationsforschung den „actor's point of view“, also Bewertungsprozesse, welche in Relation mit der Migrantin stehen, ignoriert hätte. Dennoch liegt diesen eine Idee von Konstanz und gleichförmiger Linienbewegung zu Grunde, in denen Imaginationen durchwegs ihren Raum⁷¹ finden und das Zeitliche im Vordergrund steht.⁷² Raum als komplexes Produkt zu betrachten, macht deutlich, dass der Raum auch ein symbolisch konstruierter sein kann und die Grenzen, welche dem Ausschluss von bestimmten Gruppen dienen, ebenso durch den Raum symbolisch getrennt werden und sich Räume überlagern können. Das sich im Raum Befindliche gilt in der abendländischen Denktradition als etwas a priori Gegebenes. In dieser „Naturalisierung“ werden die Machtstrukturen als unveränderliche und bereits gegebene gesehen, ohne kulturelle Praktiken und mediale Verfahren der Raumkonstitution zu beachten, somit wird Raum als ein immer schon so vorhandener und unveränderlicher dargestellt.⁷³ Es muss hier nochmals klar in den Vordergrund gerückt werden, dass die herrschende in der abendländischen Denktraditionen zu verortende Ideologie, welche auch den Raum als einen Gegebenen scheinen lässt, gemeinsame Handlungsregeln vermitteln will, anhand welcher eine ideologische Welt konzipiert werden kann, die allen Individuen in Gesellschaft gemein ist.⁷⁴

Die Migrantinnen wie auch die Zugehörigen zur Mehrheitsgesellschaft – man/frau verkenne hier nicht das Konstruieren von Oppositionen im Sprachgebrauch - also jegliche Subjekte, sind in Machtstrukturen eingebettet. In diesen Strukturen werden zur Erhaltung der Dominanzverhältnisse Bilder und Zuschreibungsordnungen sichtbar. Diese Bilder und Zuschreibungen folgen oft einer binären Logik. In dieser oppositionellen

⁷⁰ Migration ist eine gesellschaftsprägende Realität, welche dem Begriff Migrationsgesellschaft inhärent ist. (Mecheril 2004, S.8).

⁷¹ „Es geht grundsätzlicher noch um eine Kritik daran, den „Raum“ als das vorgängig gegebene unproblematisch vorauszusetzen; Raum als Behältnis zu denken, in dem geschichtsmächtiges Handeln (in der Zeit) sich ereignet, ohne von ihm bedingt zu sein; oder den Raum als Index zu theoretisieren, der den Dingen unabhängig von aller Erfahrung zukommt.“ (ebd., S. 16).

⁷² Müller-Richter/Uritescu-Lombard 2007, S.15-16

⁷³ ebd., S. 25

⁷⁴ vgl. Balibar/Wallerstein 1990, S. 9

Denkweise besteht eine Trennlinie zwischen dem „Wir“ (die sich als Nicht-Migrantin verstehende Mehrheitsgesellschaft) und dem „Nicht-Wir“ (die⁷⁵ Migrantin). In diesem Nicht kann die Konstruktion des Eigenen anhand der Definition des angeblich Nicht-Eigenen gesehen werden. Dies impliziert wiederum, dass *der* Andere negiert und über ihn anhand der Repräsentationsmacht verfügt werden will. Dies ist in der vorliegenden Arbeit jedoch kein neuer Gedanke und zeigt, dass es gewisse „Spuren“ (Derrida⁷⁶) gibt, die auch hier sichtbar werden. Bereits beim postkolonialen Theoretiker Said wurde deutlich, dass *der* Westen als Ort des historischen Fortschritts und wissenschaftlicher Entwicklung gesehen wird und sich in dieser binären Opposition zum konstruierten „Orient“ selbst in seinem Identitätsbewusstsein hervorbrachte. Was dabei der koloniale Diskurs ist, findet sich, meines Erachtens, auch im nationalen Diskurs in Bezug auf *die* Migrantin wieder, da es im nationalen Diskurs zwei zentrale Strategien, zum einen die Homogenisierung und zum anderen die Grenzziehung, gibt.⁷⁷ Dabei werden nur allzu oft interne Differenzen, Macht- und Gewaltgeschichten verkannt, so wie nicht bedacht wird, dass Nationen relativ junge Konstruktionen sind.⁷⁸

In „*der*“ Geschichtsschreibung der Migration gab es deutliche Tendenzen der Homogenisierung, in welcher ethnische Homogenität und Gemeinsamkeiten (auch als Widerstandspraxis) sozial konstruiert wurden. Diese totalisierende und essentialistische Praxis gilt es zu hinterfragen. „Denn die bisher ausgeblendeten geschlechtsspezifischen, kulturellen, sozialen, politischen, religiösen, sexuellen, generationsbedingten und auch biographischen Differenzen sind eben *nicht* als unerhebliche Ergänzungen anzusehen. Vielmehr bestimmen sie bei der Frage nach der Bedeutung des Lebens in der Migration wesentliche Inhalte der vielschichtigen Antwort mit, die für die facettenreichen Identitäten dieser *Wanderer*⁷⁹ *zwischen den Welten* bedeutungsvoll sind.“⁸⁰ Ausgegangen wird davon, dass jegliche ethnische Homogenität fiktiv ist und Differenz anerkannt werden muss. Denn

⁷⁵ Der nicht kursiv geschriebene Artikel weist darauf hin, dass die dominante Mehrheitsgesellschaft die Migrantinnen als homogene, undifferenzierte Gruppierung betrachtet.

⁷⁶ Siehe dazu Currie 2004, S. 131

⁷⁷ Çelik 2005, S. 82

⁷⁸ Mecheril 2004, S. 12

⁷⁹ „Wanderung ist ein umfassendes Phänomen, das im Spannungsfeld politischer, administrativer, ökonomischer, kultureller und rechtlicher Systeme auf globaler, nationaler und lokaler Ebene stattfindet.“ (Mecheril 2010, S. 19).

⁸⁰ Hå 1999, S. 22

wenn von einer homogenen Erfahrung ethnisch Marginalisierter ausgegangen wird, kann dies ebenso eine hegemoniale Praxis sein. Die innere Differenz, die jeder sozialen Gruppe, jedem menschlichem Kollektiv oder selbst einem Subjekt innewohnt,⁸¹ wird dabei von jenen, die Definitionsmacht besitzen, geleugnet. Daraus resultiert die Propagierung eines Dominanz- und Inferioritätsverhältnisses, welches Marginalisierung weiter vorantreibt. Um diesem entgegenzuwirken, gilt es sich gedanklich, laut Hà, in anderen Kategorien der Differenz, Selbstkonstruktion und Unbestimmtheit zu bewegen, ohne dabei die Geschichte des Rassismus und seine daraus hervorgegangene Opferrolle der Unterdrückten auszublenden. So muss zum einen die historisch entstandene Opferrolle anerkannt, zum anderen auch eine neue politische Landschaft im Sinne einer selbstbestimmten Selbstdefinition ermöglicht und zudem von homogenisierten Zuschreibungen befreite Identitäten und neue autonome Handlungsspielräume geschaffen werden. Dies verlangt nach einem dekonstruktivistischen Ethnizitätsbegriff und einer anderen, sprich vielschichtigeren und widersprüchlicheren Perspektive von Kultur.⁸² Eine solche Perspektive von Kultur bietet das Konzept der kulturellen Differenz von Homi K. Bhabha. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass „[d]er Ausdruck „kulturelle Differenz“ zu- meist benutzt [wird], um zwischen »uns« und jenen Personen(gruppen) zu unterscheiden, die gewöhnlich als kulturell Differenten imaginiert werden: „Die Fremden“, „die Zuwanderer“, „die Anderen“, „die Ausländer“, „die Migrant/innen“, „Menschen mit Migrationshintergrund“ etc.“⁸³

Der postkoloniale Theoretiker Homi K. Bhabha trifft hier bewusste Unterscheidungen zwischen kultureller Vielfalt (cultural diversity) und kultureller Differenz (cultural difference). Ersteres betrifft die Differenz, die auf der Logik einer Identität basiert und der zweite Differenz Terminus steht mit dem poststrukturalistischen *différance*-Begriff (Derrida⁸⁴) in Zusammenhang. Dem Konzept der „cultural diversity“ (kulturelle Vielfalt) liegt ein homogenisierender Kulturbegriff zugrunde, in dem Vorstellungen von Kulturen als nebeneinander angeordnete und klar abgegrenzte Elemente propagiert wird. Gedanken solcher klar umrissenen kulturellen Felder liegen Gedanken ganzheitlicher Identitäten zugrunde, die einen wahren

⁸¹ Siehe Fanons beschriebenen Aufsplitterungsprozess

⁸² ebd., S. 35-37

⁸³ Mecheril 2010, S. 65

⁸⁴ Siehe dazu Derrida 1974/ [1967], S. 109

Ursprung haben, oder eine angemessene, weil sie klar demarkierbar sind, Zusammensetzung verschiedener Traditionen darstellen. Dieses statische, komplexitäts-reduktionistische Identitätskonzept ist jedoch durch den gegenwärtig voranschreitenden sozialen Wandel schlichtweg unpassend. Es lässt Kämpfe um sozialpolitische Autorität und begrenzte ökonomische Ressourcen außer Acht, denn eben diese Kämpfe sind in den Kulturformationsprozessen enthalten. Hier herrschen identitätspolitische Vorstellungen ursprünglicher sexueller, ethnischer oder klassenspezifische Merkmale vor, die monokulturalistische Paradigmen reproduzieren, wohingegen durch die kulturelle Differenz die Vielschichtigkeit und auch Widersprüchlichkeit sich überschneidender Differenzen Berücksichtigung finden. Somit wird im Konzept der kulturellen Differenz, in Bhabhas Sinne, gegen eine monolithische Vorstellung von nationaler Kultur und (nationalen) Abgrenzungen durch eine „natürliche“ Macht der Geburt und den darin enthaltenen Konzepten von „Rasse“ argumentiert, da diese, wie gezeigt wurde, unter anderem ethnozentrische Denk- und Argumentationsstrategien unterstützen. Die Pluralisierungstendenzen innerhalb dieses Konzeptes verlangen jedoch eine permanente Auseinandersetzung mit unterschiedlichen kulturellen Codes und bleiben ein fortwährender Prozess. Diese miteinander vernetzten, in unterschiedlichem Grad prinzipiellen heterogenen, hybriden, hoch differenzierten, nicht monolithischen und nicht abgeschlossenen Kulturen und die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen kulturellen Codes verlangen nach Vermittlungs- und Sinnstiftungsleistungen, die nicht nur außerhalb dominanter (Leit-)Kulturen Amerikas und Europas, sondern auch innerhalb dieser, stattfinden.⁸⁵ Es muss, so Bhabha, ein „darüber Hinausgehen“ (beyond) des Denkens in Bezug auf den Ursprung der Geschichte *der* Subjektivität geben. Der Fokus muss auf der Produktion der kulturellen Differenzen liegen, genauer gesagt, auf den Prozessen und Momenten, die durch diese Produktion kultureller Differenzen zum Vorschein kommen. Das sind sogenannte „Zwischen“- Räume. Diese markieren einen bestimmten Bereich. Aus diesem können Strategien entwickelt werden, welche auf das Individuum, wie auch auf die Gemeinschaft bezogen sein können. In einem aktiven Prozess können diese Strategien dann dazu führen, dass neue Zeichen der Identität entstehen, wie auch neue Orte der Zusammenarbeit und des Widerstreits. Durch das sich Überlappen oder

⁸⁵ Kley 2002, S. 55-58

De-platzieren solcher Differenzbereiche entstehen Zwischenräume, die ebenso der Ort sind, in denen Verhandlungen in Bezug auf das „nationale Sein“ (nationness) (gemeinschaftliche Interessen, kulturelle Werte, etc. durch intersubjektive und kollektive Erfahrungen) stattfinden.⁸⁶

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass im Zusammenhang mit den gegenwärtig neu entstehenden Identitäten und durch das Anerkennen „kultureller Differenz“ auch die „kulturelle Identität“ an Bedeutung gewinnt. Dies betrifft den Wandel der gesamten Gesellschaftsstruktur. Die „kulturelle Identität“ hängt mit Entscheidungsprozessen zusammen, welche konkurrierende Möglichkeiten beinhalten, aus denen ein heteronomes Subjekt wählen muss und sich somit entweder selbst positioniert oder positioniert wird. Dabei gibt es unzählige Faktoren, die den Entscheidungsprozess beeinflussen und deren Konsequenzen das heteronome Subjekt zu tragen hat. *Das* Subjekt befindet sich daher in einer verunsicherten Position, im sogenannten „third space“ („Dritten Raum“). Es gibt außerdem unterschiedliche Geschichten, die alle mit dem Subjekt verbunden sind, weil jedes Subjekt in Machtverhältnisse verstrickt ist.⁸⁷ Diese haben zwar keinen hierarchischen aber einen zeitlichen Ursprung. Dessen Spuren sind im Subjekt noch lesbar, reduzieren das Subjekt jedoch nicht darauf.⁸⁸ Hier wird ein weiterer Punkt der „kulturellen Identität“ sichtbar. Es wird zunehmend unmöglich nur von einer Identität zu sprechen, denn die Identität weist zunehmend Brüche und Diskontinuitäten auf, die anerkannt werden müssen. In der kulturellen Identität verbindet sich ein Ausgangspunkt mit einer Geschichte und unterliegt somit einem fortwährenden Wandel, ist in einer Triade von Geschichte, Kultur und Macht verstrickt, wodurch sie nicht mehr fixierbar ist. Somit stehen die Identitäten für Verhältnisse, die unterschiedlich sind, welche positionierend wirken und anhand welcher sich *das* Subjekt durch Erzählungen über die Vergangenheit positionieren kann.⁸⁹ So sind „kulturelle Identitäten“ nicht von „Natur“ aus gegeben, sondern konstruiert. Das kollektive Gedächtnis, kollektive Erinnerungen, wie auch kulturelle, politische und soziale Praxen und Formen prägen dieses Konstrukt. Damit sind „kulturelle Identität“ und „Kultur“

⁸⁶ Bhabha 2007, S. 1-2

⁸⁷ Foucault 1982, S.241

⁸⁸ Kley 2002, S. 63

⁸⁹ Hall 1994, S. 29

mit Herrschaft verbunden.⁹⁰ Es ist folglich „(…) auf einen Kulturbegriff zu verweisen, der seine differentiellen Anteile nicht ableugnet, sondern sie als das Zentrum seines Wesens, als das Wesentliche seiner Existenz betrachtet. Kultur ist demnach immer eine Kultur des Vermischens (gewesen), das Unreinheit, Unschärfe und Interferenz produziert: „Jede Kultur ist in sich selbst „multikulturell“, nicht nur, weil es immer eine vorgängige Akkulturation gegeben hat und es keine einfache und reine Herkunft gibt, sondern grundlegender deshalb, weil der Gestus der Kultur selbst einer des Vermischens ist: es gibt Wettbewerb und Vergleich, es wird umgewandelt und uminterpretiert, zerlegt und neu zusammengesetzt, kombiniert und gebastelt.“⁹¹

Zusammenfassend kann erkannt werden, dass die Begriffe „Migrantin“ und „Migration“ im Eigentlichen vielschichtiger sind, jedoch anhand der vorherrschenden Diskurse vereinfacht werden. *Die Migrantin* und deren Motivation zur Migration werden so konstruiert, als ob die Gründe für Migration lediglich ökonomischer Natur (z.B. Armut) sind oder in Missständen im Ausgangsstaat (z.B. Unterdrückung) liegen. Nach den Bedeutungen, welche *der Migrant* den „Faktoren“ für seine Migration gibt, wird nicht gefragt. Die Motivationen sind jedoch individuell und können beispielsweise auch mit dem sozialen Netzwerk oder dem Wunsch etwas Neues kennenzulernen verbunden sein. *Die Migrant_innen* werden dabei als homogene Gruppe gezeichnet und als „Nicht-Zugehörig“ zur Mehrheitsgesellschaft konstruiert. Rassistische Diskriminierungsstrukturen schreiben *den Anderen*, wie im kolonialen Diskurs, unter anderem „Faulheit“, „Rückständigkeit“, „Unreinheit“ und dergleichen zu und zeigen somit eine dichotome Sichtweise auf, anhand derer sich die „Wir-Gruppe“ (der Mehrheitsgesellschaft) von der „Ihr-Gruppe“ (*den Migrantinnen*) abhebt. Dabei wird *die Migrantin* im imaginären Raum, also diesem komplexen Produkt kultureller, sozialer und diskursiver Praktiken, anhand von Wahrheitsregimen, Normen, Werten, die durch Wissen aus den verschiedensten Bereichen des Alltags (Zeitung, Medien, Stammtischgesprächen, Plakaten usw.) wie auch wissenschaftlichen Bereichen (Schulbücher, Theorien der „cultural diversity“ usw.) angesammelt werden, als *die Andere* konstruiert. Die Subjektpositionierung *der Migrantin* in diesem Dominanzverhältnis

⁹⁰ Siehe dazu Said 2001, S. 41-42

⁹¹ Hà 1999, S. 37 zitiert nach Nancy, Jean-Luc (1993): Lob der Vermischung; in: Lettre Internationale, H. 21/1993, S. 5

fixiert das Subjekt auf ein „nationales Sein“ und eine einzige kulturelle Zugehörigkeit, die keinen Platz für eine real vorhandene Mehrfachzugehörigkeit lässt. Wenn also die Mehrheitsgesellschaft sich selbst als „gut“, „wohlwollend“, „aktiv“, „moralisch“, „fortschrittlich“ und dergleichen zeichnet, befindet sich das migrantische Subjekt, gleich *dem* kolonialen Subjekt, in einem Inferioritätsverhältnis, als Negativfolie, welche in sich rassistische Diskriminierungsstrukturen trägt. Sie besetzt diesbezüglich den imaginären Raum, den vormals *die* Kolonisierten innehatten.⁹²

Dementsprechend wurde hier versucht aufzuzeigen, dass Subjekte in sich heterogen, vielschichtig und widersprüchlich sind; dass Identität konstruiert ist und auch von den Entscheidungsprozessen von Subjekten abhängt,⁹³ die zwar in Machtbeziehungen verstrickt sind, diese jedoch beeinflussen können bzw. durch diese beeinflusst werden. Das hat Auswirkungen. So kann die ständige Repräsentation *der* Migrantin als Andere durch *die* Mehrheitsgesellschaft, dazu führen, dass sie, selbst wenn sie sich der Mehrheitsgesellschaft zugehörig fühlte, den Raum *der* Anderen einnimmt, da ihr fortwährend dieser Platz zugewiesen wird. Es kann zu Widerstand führen, indem *die* Migrantin sich gegen die Zuschreibungen zu ihrer Person zur Wehr setzt, das legitime Recht haben will sich selbst zu repräsentieren und zu positionieren. Die selbstmächtige Positionierung hat aber Grenzen.

Jedes Subjekt bewegt sich innerhalb eines Machtverhältnisses und hat eine bestimmte und begrenzte Anzahl an Kollektivsymbolen und diskursiven Bildern zur Auswahl. Das Subjekt ist dem Zwang der Wahl ausgesetzt. Es muss sich also positionieren. Dieser Zwang wird umso stärker, wenn in einem Diskurs spezifische Themen immer wieder Gehör finden, da in Folge dessen die respektiven diskursiven Inhalte auch für das Individuum bedeutungsvoller und präsenter werden. Dies kommt daher, dass die kollektiven Symbole das Individuum verstärkt interpellieren (Althusser⁹⁴). Mit den Kollektivsymbolen und diskursiven Bildern sind jedoch auch Identitäts- und Handlungsvorgaben verbunden, die mit dem „Wir“ einhergehen, welchem sich das Subjekt durch seine „Entscheidung“ für dieses „Wir“ anschließt. Dabei variieren die diskursiven Angebote an die unterschiedlichen Individuen. Es gibt Angebote, welche für alle gleich

⁹² Castro Varela/ Dhawan, 2007, S. 33

⁹³ *Die* Migrantin kann auch aktiv entscheiden.

⁹⁴ Siehe dazu Althusser 1977, S.148

gelten und offen stehen und solche, für welche bestimmte Erfordernisse zu erfüllen sind.⁹⁵ Wenn also davon gesprochen wird, dass durch „die getroffene Entscheidung [...] sich das Individuum im Diskurs [platziert] und im selben Akt [...] sich einem „Wir“ an[schließt], da die Angebote nicht für einzelne Subjekte gelten,“⁹⁶ dann wird aus dem eben gesagten deutlich, dass ein Subjekt Entscheidungen treffen kann, sich aber immer einem Kollektiv anschließen muss, da diese Angebote nicht an dem einzelnen Individuum gebunden sind. Somit wirken diese Angebote, welche die darin enthaltenen Regeln und Bilder bestimmen, wieder homogenisierend. Zudem sagen sie etwas darüber aus, wem Zugang gewährt oder untersagt wird. Dies zeigt komplexe Wechselwirkungen auf, die „Selbst-Repräsentationen“ erschweren.

Schlussbetrachtungen

Im Vorliegenden wurden anhand historischer Verweise und unter anderen postkolonialen Theorien Verortungslogiken diskursiv nachgezeichnet. Dabei wurde deutlich, dass rassistische Diskriminierungsstrukturen eine der tragenden Elemente zur Aufrechterhaltung hegemonialer Ordnungsstrukturen sind. Die Konstruktion *der Anderen* als Negativfolie diente dabei der Identitätskonstruktion eines „Wir“ der Dominanzgesellschaft im sogenannten Westen. Daher sind *die* Geschichte des Rassismus und die darin enthaltenen Opferrollen wichtig und dürfen nicht ausgeblendet werden. Doch dies bedeutet nicht, dass *die* Migrantin oder *das* koloniale Subjekt stets ein Opfer sein müssen, stets marginalisiert werden und wurden. Diese Logik würde das vorherrschende Dominanzverhältnis aufrechterhalten. Es geht vielmehr darum, dass Subjekte mit ihren individuellen Biografien, Erfahrungen und ihren Vorstellungen von Welt einzeln wahrgenommen werden, das Recht auf einen Raum der „Selbst-Repräsentation“ haben, Handlungsspielräume autonom gestalten und die Möglichkeit einer mehrfachzugehörigen Identität leben können. Dies kennt durch die Verstrickung in Machtverhältnisse Grenzen, doch gibt es trotz dieser Verstrickungen Kollektive und Subjekte, die mehr oder weniger Handlungsspielräume und Zugänge zu Ressourcen haben. Es ist daher, meines Erachtens auch unerlässlich die eigene Position kritisch zu hinterfragen, mein eigenes Weiß-Sein

⁹⁵ Çelik, 2005, S. 83-84

⁹⁶ ebd.

beim (Re-) Produzieren von Wissen mitzudenken, sich der Gefahr der (unbewussten) Komplizenschaft und Reproduktion von „Wahrheitsregimen“ und „Wissen“ bewusst zu sein und immer wieder die Frage danach, wer spricht und wer mit dem auch hier dargelegten potenziell zum Schweigen gebracht wird, zu stellen.

Abschließend sei also angemerkt, dass die Voraussetzungen für Handlungsspielräume und Räume der „Selbst-Repräsentation“ an verschiedene Bedingungen geknüpft sind. 1. Kultur in ihren vielschichtigen und widersprüchlichen Perspektiven zu verstehen. 2. Bewusstsein darüber zu erlangen, dass die Repräsentation ein Instrument der Macht ist, die es zu hinterfragen und zu verändern gilt. 3. Die (unbewusste) Komplizenschaft der Intellektuellen, welche ein essentialistisches Bild der Migrantin zeigen und sich nicht selten in einer paternalistischen Geste üben, kritisch zu durchleuchten. 4. Das Erkennen dessen, dass jedes Subjekt in Machtverhältnisse verstrickt ist und es somit kein einfaches (binäres) Unterfangen darstellt die Stimmen der an den gesellschaftlichen Rändern gedrängten, vernehmbar zu machen. Ein erster Schritt könnte dabei sein, sich der Grenzen der eigenen Subjektpositionen und des zugänglichen Wissens bewusst zu werden.

Letztlich stellt sich dann aber immer noch die Frage: Wenn *die* Andere ein Konstrukt ist, wer steht dann hinter diesem Konstrukt? Vielleicht sogar: Wenn *der* Andere ein Konstrukt ist, kann dann überhaupt wer dahinter stehen? Und angenommen es würde unter anderem von *der* Mehrheitsgesellschaft anerkannt, dass Identität durchzogen ist mit Brüchen und Diskontinuitäten, wie können dann Handlungsspielräume zur „Selbst-Repräsentation“ geschaffen werden?

Literatur

Althusser, Louis: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Anmerkungen für eine Untersuchung In: Althusser, Louis (Hg.) (1977): Ideologie und ideologische Staatsapparate: Aufsätze zur marxistischen Theorie. VSA: Hamburg und Berlin, S 108-153

Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel (1990): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Argument Verlag: Hamburg und Berlin

Baquero Torres, Patricia (2008): Kultur und Geschlecht in der Interkulturellen Pädagogik. Eine postkoloniale Re-Lektüre. Peter Lang Verlag: Frankfurt am Main

Bhabha, Homi K. (2007): Die Verortung der Kultur. Stauffenburg Verlag: Tübingen

- Brodén, Anne*: Verstehen der Anderen? Rassismuskritische Anmerkungen zu einem zentralen Topos interkultureller Bildung In: Scharathow, Wiebke/ Leiprecht, Rudolf (Hg.) (2009): Rassismuskritik. Band 2. Rassismuskritische Bildungsarbeit. Wochenschauverlag: Schwalbach, S. 119-134
- Bublitz, Hannelore*: Diskursanalyse als Gesellschafts-„Theorie“. „Diagnostik“ historischer Praktiken am Beispiel der „Kulturkrisen“-Semantik und der Geschlechterordnung um die Jahrhundertwende. In: Bublitz, Hannelore/Bührmann, Andrea D./Hanke, Christine/Seier, Andrea (Hg.) (1999): Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults. Campus Verlag: Frankfurt und New York, S. 22-48
- Bublitz, Hannelore / Bührmann, Andrea D. / Hanke, Christine / Seier, Andrea*: Diskursanalyse - (k)eine Methode? Eine Einleitung In: Bublitz, Hannelore / Bührmann, Andrea D. / Hanke, Christine / Seier, Andrea (Hg.) (1999): Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults. Campus Verlag: Frankfurt am Main und New York., S. 10-21
- Castro Varela, María do Mar/Mecheril, Paul*: Grenze und Bewegung. Migrationswissenschaftliche Klärungen In: Mecheril Paul/ Castro Varela, María do Mar/ Dirim, İnci/ Kalpaka, Annita/ Melter, Claus (2010): Migrationspädagogik. Beltz Verlag : Weinheim und Basel, S. 23-53
- Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita*: Migration und die Politik der Repräsentation In: Brodén, Anne/ Mecheril, Paul (Hg.) (2007): Re-Präsentationen. Dynamiken der Migrationsgesellschaft. IDA-NRW: Düsseldorf , S. 29-47
- Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita* (2005): Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. Transcript Verlag: Bielefeld.
- Çelik, Semra*: Diskursive Wege der Selbstethnisierung In: IFADE (Hg.) (2005): Insider-Outsider. Bilder, ethnisierte Räume und Partizipation im Migrationsprozess. transcript Verlag: Bielefeld, S. 80-98
- Cremer, Hendrik* (ohne Jahr): Zur Problematik des Begriffs „Rasse“ in der Gesetzgebung. Rassismus und Diskriminierung. Heinrich Böll Stiftung http://www.migration-boell.de/web/diversity/48_1971.asp#top [recherchiert am 2.11.2009 um 16:33]
- Currie, Mark* (2004): Difference. Routledge Taylor & Francis Group: London and New York
- Derrida, Jacques* (1974/ [1967]): Grammatologie. Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main
- Fanon, Frantz* (2008): Die Verdammten dieser Erde. Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main
- Foucault, Michel* (1990): Archäologie des Wissens. Suhrkamp: Frankfurt am Main
- Foucault, Michel* (1982): The Subject and Power In: Defert, Daniel/ Ewald, François (Hg.) (2005): Michel Foucault. Analytik der Macht. Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main, S. 240- 263

- Fulterer, Sieglinde* (2010): Die Konstruktion des Anderen: Das koloniale Subjekt und die Migrantin. Diplomarbeit an der Universität Innsbruck
- Gomes, Bea*: Rassistische Denkkonzepte im iberischen Entdeckungsdiskurs: 15.-17. Jahrhundert. In: Gomes, Bea/ Schicho, Walter/ Sonderegger, Arno (Hg.) (2008): Rassismus. Beiträge zu einem vielschichtigen Phänomen. Mandelbaum Verlag: Wien, 27-44
- Hall, Stuart* (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Argument Verlag: Hamburg
- Hà, Kiên Nghi* (1999): Ethnizität und Migration. Verlag Westfälisches Dampfboot: Münster
- Jäger, Margarete* (1996): Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs. DISS: Duisburg
- Keller, Reiner* (2009): Müll – Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen. Die öffentliche Diskussion über Abfall in Deutschland und Frankreich. 2. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Kilomba Ferreira, Grada* (3. Juni. 2009): Das N-Wort. http://www.bpb.de/themen/B89NS4,0,0,Das_NWort.html [recherchiert am 2.11.2009 um 16:19 Uhr]
- Kilomba Ferreira, Grada*: Die Kolonisierung des Selbst– der Platz des Schwarzen In: Steyerl, Hito/Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (Hg.) (2003): Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik. Unrast-Verlag: Münster, S. 146-165
- Kilomba Ferreira, Grada* (2008): Plantation Memories. Episodes of Everyday Racism. Unrast Verlag: Münster
- Kley, Antje*: Beyond control, but not beyond accommodation. Anmerkungen zu Homi K. Bhabhas Unterscheidung zwischen cultural diversity und cultural difference In: Hamann, Christof/ Sieber, Cornelia (Hg.) (2002): Räume der Hybridität. Postkoloniale Konzepte in Theorie und Literatur. Georg Olms Verlag: Hildesheim, Zürich und New York, S. 53-66
- McLeod, John* (2000): Beginning postcolonialism. Manchester University Press: Manchester and New York
- Mecheril, Paul* (2004): Einführung in die Migrationspädagogik. Beltz Verlag: Weinheim und Basel
- Mecheril, Paul*: Migrationspädagogik. Hinführung zu einer Perspektive In: Mecheril Paul/ Castro Varela, María do Mar/ Dirim, İnci/ Kalpaka, Annita/ Melter, Claus (2010): Migrationspädagogik. Beltz Verlag : Weinheim und Basel, S. 7-22
- Mecheril, Paul*: Die Ordnung des erziehungswissenschaftlichen Diskurses in der Migrationsgesellschaft In: Mecheril, Paul/ Castro Varela, María do Mar/ Dirim, İnci/ Kalpaka, Annita/ Melter, Claus (2010): Migrationspädagogik. Beltz Verlag: Weinheim und Basel, S. 54-76

- Melber, Henning* (1992): *Der Weißheit letzter Schluß. Rassismus und kolonialer Blick*. Brandes & Apsel Verlag: Frankfurt am Main
- Müller-Richter, Klaus/Uritescu-Lombard, Ramona* (2007) (Hg.): *Imaginäre Topografien: Migration und Verortung*. transcript Verlag: Bielefeld
- Osterhammel, Jürgen* (1995): *Kolonialismus. Geschichte-Formen-Folgen*. C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung: München
- Said, Edward W.* (1981/ [1978]): *Orientalismus*. Ullstein Verlag: Frankfurt am Main
- Said, Edward W.* (1994/ [1993]): *Kultur und Imperialismus*.
- Said, Edward W.*: *Kultur, Identität und Geschichte* In: Schröder, Gerhart/Breuninger, Helga (Hg.) (2001): *Kulturtheorien der Gegenwart. Ansätze und Positionen*. Campus Verlag: Frankfurt und New York, S. 39-58
- Sonderegger, Arno* : *Rasse und Rassismus im wissenschaftlichen Diskurs: Eine Skizze* In: Gomes, Bea/ Schicho, Walter/ Sonderegger, Arno (Hg.) (2008): *Rassismus. Beiträge zu einem vielschichtigen Phänomen*. Mandelbaum Verlag: Wien , S. 10-26
- Sonderegger, Arno* : *Geschichte und Gedenken im Banne des Eurozentrismus*. In: Gomes, Bea/ Schicho, Walter/ Sonderegger, Arno (Hg.) (2008): *Rassismus. Beiträge zu einem vielschichtigen Phänomen*. Mandelbaum Verlag: Wien , S. 45-72
- Tautz, Birgit* (Hg.) (2004): *Colors 1800/1900/2000. Signs of Ethnic Difference*. Amsterdamer Beiträge zur neuen Germanistik. Band 56. Rodopi Verlag: Amsterdam und New York, S. 58
- Wienold, Hanns*: *F.Fanon, Die Verdammten dieser Erde*. In: Papcke, Sven/ Oesterdiekhoff, Georg W. (Hg.) (2001): *Schlüsselwerke der Soziologie*. WDV: Wiesbaden, S. 149-151

The Political Consequences of the Gezi Park Protests

Simon Wöll

Introduction

THE LAST decade has been the politically most stable, economically most prosperous and the most secure – both in internal and external terms – for Turkey since becoming a democracy in 1946. This led to a similarly unprecedented speed of developments that changed Turkey from the highly volatile situation in the 1990s to the current state of affairs. Like any other state, Turkey has to deal with the structural problems it inherited, of which the most pressing one is the lack of democratic checks and balances (Öniş, 2014), which are rooted in the military's interest to keep a foot in the door. The assumption that by removing this tutelary regime the country would necessarily become more democratic is misleading and disregards the still existing lack of checks and balances. The incumbent government has a similarly strained democratic record as preceding governments, with the significant difference that the AKP was finally able, and willing for that matter, to integrate the demographically largest segment of Turkish society: rural and sub-urban, low- and low-middle income, culturally conservative and therefore most religious people. By doing so the government changed the very nature of the political landscape, making the system more majoritarian and moving it towards a dominant party system similar to that of Sweden or Japan. Combined with the increase of the popular vote for the Erdoğan government over the years, those trends led to an erosion of the early democratisation efforts of his cabinet and a growing number of people were excluded from the political process.

These developments cumulated in the Gezi Park protests, where a class of politically not represented young and well educated people demonstra-

ted for the preservation of the modest green space that is left in the centre of the mega city Istanbul and for more say in the planning of their city.¹ The hard police crackdown on the protests and the provocative rhetoric of the political establishment around Erdoğan transformed to protests first to a pro-democracy and soon later to an anti-government rally that had very little to do with environmental issues. Provocations on both sides led to an escalation of the events, which were to cost several people's lives and shook the country to its core. It was the biggest threat to Erdoğan and his party's power since taking office in 2002. Erdoğan's reaction to the protests was uncompromising and retrospectively seen very wide ranging. He tightened leadership structures in his party and got rid of unwanted allies that in a second significant event in 2013 seriously threatened his government, as corruption allegations against family members of his and high ranking cabinet ministers were raised by exactly those former allies. While he changed track towards even more authoritarianism the parliamentary opposition continued its opening process which it started in 2010 with the election of Kemal Kılıçdaroğlu as its leader, and tried to gain leverage from the protests, a scheme with very limited success so far. All the same the opposition reacted as strongly to the protests as Erdoğan did. The appointment of a knowingly religious man for the presidential office (see below) by the secular and nationalistic opposition, in an arguably hopeless race against Erdoğan himself is a clear sign of the opening of old barriers in the party landscape in Ankara.

Much has been written in the aftermath of the protests about the proceedings of Gezi Park, but literature on the political reverberations are sparse. Most literature argues that the consequences must be very limited as Erdoğan was able to change track and again dictates politics in Turkey. But these assumptions fall short as they do not describe the structural changes the protests might have caused and the long-term consequences that might grow out of those changes. This articles aim is to partially fill this gap by analysing preceding events, the protests themselves but most importantly how the political landscape has changed ever since.

¹ At least on that front the protesters seem to have won as the municipality announced a plebiscite on Gezi recently: <http://www.dailysabah.com/nation/2014/11/19/plebiscite-to-be-held-for-gezi-parks-future-says-istanbul-metro-politan-municipality> accessed on 1.12.2014

Preceding events

When the Justice and Development Party (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP) came to power in November 2002 in a landslide victory with 34.3 percent of the vote, Turkey had some rather difficult years behind it. In what later became known as a post-modern coup on 28 February 1997, the leadership of the Turkish military issued a memorandum that initiated a series of retreats, including that of Prime Minister Necmettin Erbakan in June that year and therefore causing the dissolution of the government (Pope, Pope, 312, 2011). After that Turkey underwent a period of minority governments, weak coalitions and ultimately in 2001 a devastating financial crisis in which the IMF had to bail out the country. Inflation during the 1990s was very high and although at times economic growth was substantial, the overall economy was shaped by structural weaknesses and massive fluctuations. In 2001/02 the economy overall contracted by about 9 percent, the Turkish lira losing half of its value in the same period (Zürcher, 313f, 2010). Although those events led to the collapse of the Ecevit government, the structural changes made in this period by the former World Bank vice president Kemal Derviş, that included important anti-corruption measures, led the economy out of its dire situation and formed a good foundation of the further liberalization programme that was to come under the next government.

Shortly before those events, Turkey's most important domestic security issue, the fight against the Kurdistan Workers Party (Partiya Karkerên Kurdistanê PKK) took a dramatic turn after its leader Abdullah Öcalan was captured in Kenya and brought to Turkey, where he was sentenced to death. The sentence, due to domestic, but more importantly external pressure, later was turned into life imprisonment on the historically important prison-island of Imralı.² Although far from being over, the Turkish government gained the upper hand in the conflict, which gave the following governments leeway to focus on other issues. Most importantly of course the economy, but other issues could finally be attended to as well, like

² On the very island, the former Prime Minister Adnan Menderes and two of his ministers were hanged a year after they got ousted by the Turkish military in 1960. The change of mind of the Turkish authorities in Öcalan's case is most likely caused by external pressure from the European Union, since Turkey was officially recognised as a membership candidate in 1999 at the Helsinki summit and the since 2002 incumbent AKP government pushed for EU membership.

foreign policy. Difficulties with the EU, Turkey's most important trading partner seemed to be fading after strong incentives on both sides by the end of the 90s and early 2000s. At the same time relations with the Middle East did not yet recover. Turkey, due to historical reasons, strongly opposed Iraq's Saddam Hussein and had brinkmanship relations with Syria in the 1990s as a consequence of Damascus' long time accommodation of Öcalan and the PKK. As of 2003 both issues were removed though.

When the AKP formed the government in 2002 it was in a promising starting position. While its leader, Recep Tayyip Erdoğan was still banned from politics due to his conviction in 1998 of "stirring up hatred and enmity with regard to... religion", the parties deputy, Abdullah Gül served as Prime Minister until the AKP majority in Parliament on 14 March 2003 amended the constitution allowing Erdoğan to become prime minister. The AKP from the very beginning put the focus of its policy on the economy, outlining a continuation of Tansu Çiller and Kemal Derviş style economic liberalism. This policy heavily relied on the boost of the long-time oppressed conservative, mostly religious entrepreneurs and industrialists that are known as Anatolian Tigers (Cağaptay, 34ff, 2014). And the plan did work out. Until 2007 Turkey underwent a period of rapid economic growth - on average 7.3 percent, marking it as the "party's golden age" (Öniş, 2014). Although modern Turkey obviously already experienced periods of growth, factions of society were able to take part in the journey under the AKP government that normally faced neglect and at times oppression, like religious/conservative people, often coming from smaller Anatolian cities.

During that time many democratic reforms were implemented, the foreign policy was adjusted towards more regional cooperation and the country was pushed towards EU membership. The key to Erdoğan's long term success was that the lives of most people improved. Health care was massively extended – especially for poor families, housing was provided, universities and schools built, streets and electronic infrastructure was expanded and the number of jobs soared (Cağaptay, 35f, 2014). At the same time Turkey applied what its architect, Ahmet Davutoğlu, later would call "zero problems with our neighbours" – an alternative foreign policy that focused on good relations, as the theme already suggests, in the immediate neighbourhood. This included improvements with literally every neighbour, from the Arab world, to the Balkans and from the eastern Mediterranean to Iran. By doing so Davutoğlu, at that time foreign policy

advisor to PM Erdoğan, put an emphasis on diplomacy, economic ties and soft power (Hale, 151, 2013). Proof for the success of the Davutoğlu doctrine is the enormous growth in trade with its neighbours³, the increasing positive perception of Turkey in the region⁴ (Akgün, Gündoğar, 2013) and the approximation with neighbours during the first years of the AKP rule. But the golden years were over in 2007 when economic growth slowed down to 3.4% (at constant 1998 \$ prices) and even contracted in 2008 and 2009. The developments were mainly caused by the global economic and financial environment and Turkey manoeuvred reasonably well through the crisis. Simultaneous with the economic slowdown came a political one, forming the second phase of the AKP government (Öniş, 2014). The overly active foreign policy collided with the intended mediator role, increasingly uncovering Turkey's strive for regional dominance. Negotiations with the EU were de facto halted since 2005 and much of the reformist momentum of the first years was lost. Although still pushing for democratic reform, Erdoğan became more self-assertive giving the reforms a more populist look as they largely helped him increase his share of the votes rather than expanding individual liberties.

These developments led to Erdoğan's historic victory in his party's third and so far last general elections on 12 June 2011, winning 49.8% of the votes and 327 out of 550 Seats in the Grand National Assembly. The elections display a caesura in Turkish domestic politics as it ultimately initiated a shift from the before mentioned individual liberalization towards a more autocratic pursue and initiated the third and last phase of the AKP era (Öktem, 2014, Öniş, 2014). There are numerous examples of the political reorientation during this period. Amongst those are increasingly stricter alcohol laws, a growing number of religious schools, a markedly intensifying rhetoric, especially towards political opponents, but since recently also towards everyone opposing Erdoğan's world view. Erdoğan tells people how to dress, how many children to bear and how not to behave in public.

³ For full tables of Turkey's foreign trade development see the official statistical institutes homepage: http://www.turkstat.gov.tr/PreTablo.do?alt_id=1046 accessed on 1.12.2014

⁴ Next to the in the literature cited improved relations with the Middle East Turkey also largely improved the admittedly still very fragile relations with Greece and Armenia. Relations with Azerbaijan and Russia also improved out of a need for stable energy imports and common interests in the region.

At the same time the government intensified pressure on journalists and news outlets⁵, impairing the already very dark press freedom record of the country.⁶ At the same time Turkey faced this economic and societal turndown, conflicts in Turkey's southern neighbourhood began to escalate, showing serious problems of adapting the zero problems strategy. While the Arab spring in Syria gradually developed into a fully fledged civil war, Turkey sided against the incumbent Syrian president Bashir al-Assad in hope he would suffer the same fate as Ben Ali in Tunisia or Hosni Mubarak in Egypt. As this turned out to be wrong, Turkey faced a serious foreign policy problem that had wide ranging domestic implications. Not only was Turkey directly affected by the exodus like waves of refugees and the dangers of terrorist attacks, as seen in the Turkish town of Reyhanlı in May 2013, leaving 51 people dead, but also the confessional war currently going on in the Middle East left a significant imprint on Turkish politics.⁷ An example of Erdoğan's new found religious self-esteem was the naming of the third Bosphorus Bridge, which was named Yavuz Sultan Selim, who was famous for killing tens of thousands of Alevis, a significant religious minority in Turkey. This happened just one day before the Gezi protests were to start and stirred anger among the 15-20 million Alevis⁸ in the country. The combination of all the above mentioned events led to the gradual erosion of the unholy alliance between cultural liberal forces and the governing AKP, creating a breeding ground for the events to take place starting with 28th May, 2013.

⁵ A recent investigation of the main opposition party CHP claims that 1863 Journalists were dismissed during the AKP rule. <http://www.hurriyetdailynews.com/1863-turkish-journalists-fired-during-akp-rule-opposition-report-says.aspx?pageID=238&nID=73547&NewsCatID=339> accessed on 1.12.2014

⁶ According to the World Press Freedom Index, Turkey currently holds the 154th position (out of 180 countries), just behind Iraq and before Gambia. <http://rsf.org/index2014/en-index2014.php> accessed on 1.12.2014

⁷ A vivid example of how Erdoğan jumped on that train was when he said his (since recently) arch-rival Fethullah Gülen was surpassing Shias in Taqiyya (apostasy), lying and slander.

⁸ <http://en.dunyatimes.com/article/controversy-over-bridges-naming-8796.html> (accessed on 1.12.2014) it is important to note that many Alevis are traditionally CHP voters.

Making sense of the protests

When a small group of environmentalists gathered on 28th May at the Gezi Park, located in a posh part of Istanbul not far from main tourist sites, no one paid much attention. Their aim was to simply prevent one of the few green spaces left in the centre of the city to be demolished. But when the police started to disperse the protesters with tear gas, destroying their tents and using inappropriate violence, the number of people offering resistance grew significantly, causing a nationwide outcry.⁹ By 31st May the number of protesters grew to several thousands, local politicians showed up and the media started to broadcast the developments. The Kurdish parliamentarian Sırrı Süreyya Önder along with at least 100 other protesters became injured in that night, putting police violence and the size of the demonstrations into the limelight. Although a wide part of Turkish media downplayed the events or not even broadcasted them¹⁰, by the night of 31st May and 1st June the protests spread across the country, with demonstrations in every major city – except in Kurdish areas in the south east. Violence on both sides massively escalated, pulling millions of people to the streets (Öztürkmen, 45ff, 2014). Over the following weeks the protests went on, with varying degrees of police brutality and numbers of Protesters, only calming down by the end of June. The events left several people killed, thousands wounded, dozens blind (due to the teargas) and significantly shaped Turkish politics ever since.

The Protests erupted as, what Kerem Öktem describes as a “response to the inciting rhetoric” and “unfettered police brutality” (Öktem, 2014). But the underlying structural causes go beyond Erdoğan’s remarks on protesters and violent police reactions. It was a combination of the before mentioned recent historic developments, the transformation of the political landscape into a dominant party system (Kardaş, 2013) and the ability of the biggest opposition party – the Republican People’s Party (Cumhuriyet Halk Partisi, CHP) – to mobilize parts of its constituents, especially in the bigger cities. Paradoxically it was also the CHP’s inability to integrate those

⁹ <http://www.hurriyetdailynews.com/raid-on-occupy-taksim-park-demonstrators-triggers-outcry.aspx?pageID=238&nID=47870&NewsCatID=341> accessed on 1.12.2014

¹⁰ For more on how Turkish mainstream media is increasingly controlled by the ruling AKP, take a look at: <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2013/07/turkish-media-under-erdogan.html#> accessed on 1.12.2014

parts of society that started the protests in the first place that contributed to the protests (see below).

By those who started the protests, I refer to the small group of environmentalists and the group of people that declared solidarity with them. These, mostly young, urban, well situated and educated people constitute a small but due to their situation significant group. They can hardly be counted as being part of the environment of any party, but rather represent post-modernist values rather than a certain political orientation and are a very diverse, creative group with a genuinely democratic understanding (Ete, 19f, 2013). They profited from the anti-tutelary course of the last decade as it gave them political leeway and allowed them to conduct their liberal worldviews. That first group mainly opposed the government for its increasingly authoritarian style, but might as well have voted for them during the last couple of elections, for its above mentioned initially cultural liberal course.

After the escalation of police violence in the first nights of the Gezi park protest, another group joined in, that brought the masses to the street. That second group can be linked to the politically organized opposition, mainly the CHP. They were the ones that spread the demonstrations across the country, mainly to express their discomfort with the current government. This group also consists of people angered by Erdoğan's increasing authoritarianism, and religiously conservative style. But more importantly it consists of people that were generally excluded from the "construction process" (Ete, 22, 2013) of the last decade. They significantly lost political leverage during the last decade and are often, at least ideologically, close to the tutelary system and the military. Their main aim was not to save trees in a small park in Istanbul, but to protest against the AKP government.¹¹ Since this group joined in, the protests changed from an environmental, anti-authoritarian and pro-democracy rally one towards an open power struggle. The third and last group to join in were radical left- and right-wing organizations with the main goal of using the highly charged situation to express their discomfort with the status quo. They wanted the government to be ousted by any means and used violent measures to voice their anger.

¹¹ A survey was conducted by Bilgi University on 5 June in which roughly 90% of the respondents said they were here for opposing the government, not environmental issues http://www.radikal.com.tr/turkiye/direniscilerin_portresi_gencim_ozgurlukcuyum_basbakana_kizginim-1136331 accessed on 1.12.2014

This group was clearly anti-democratic and their only impact on the events was that they significantly contributed to the violent nature of the protest, giving the AKP the best pretence to use violent police measures to disperse the otherwise relatively peaceful protests.

Seven additional groups can be identified that significantly contributed to the Gezi park protests. a) Alevis, who were angered by the above mentioned incident with the third Bosphorus Bridge and generally tend to vote secular and the CHP, thus culturally and politically disagreeing with the AKP government. b) Kemalists, the group of people that pursue politics in the tradition of Mustafa Kemal Atatürk, the founder of the Turkish Republic¹². They also in more general terms disagree with the AKP policy and are the clear political losers of the successful integral course of the last decade. c) Socialists or Communists, who criticise the governments' economically liberal course and its alliance with the United States. d) Kurdish groups, mainly parts of the BDP around Sırrı Süreyya Önder. Although Kurds did not side with the protesters due to the ongoing solution process in the south east, some Kurdish actors, like Önder expressed their discomfort with the official course of oppressing the protesters. e) Nationalists, many of whom vote for the parliamentary opposition Nationalist Movement Party (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP) and follow an ethnic nationalist understanding and therefore oppose the (Kurdish) solution process. f) Religious (Sunni) groups, who can be further divided into anti-capitalist groups, moderate conservative groups around Fethullah Gülen and radical groups; each of whom oppose Erdoğan for his misguided policies. g) Cultural Liberalists, consisting of University students, LGBT groups, feminists and others. Their main point of critique being the AKP's authoritarianism, cultural conservatism and increasingly religious approach (Gökay, Xypholia, 47ff, 2013).¹³

¹² Kemalism, which for parts of Turkish society is something of an ersatz-religion, is based on six principles: Republicanism, Populism, Laicism, Reformism, Nationalism and Statism. A great and insightful book on Kemalism is, Mango, 2004.

¹³ An overview of the participating groups and their demands see also here (in Turkish): http://blog.milliyet.com.tr/Gezi_Parki_eyleminin_analizi_Kimler_katilmakta_Hukümet_huzur_icin_acil_ne_yapmali_/Blog/?BlogNo=417406&RefNo=22 accessed on 1.12.2014

Implications for the government

From the very beginning of the protests on Recep Tayyip Erdoğan used very inciting rhetoric. Like everything a smart populist like Erdoğan does it follows a certain logic. He knew the only way for him not to emerge from the protests as loser was to discredit the participants, which he did and still passionately does almost two years after the protests.¹⁴ Although showing no remorse he also sat together with representatives of the protest movement in mid June 2013, leading to no results. Retrospectively seen Erdoğan was successful in rallying the AKP's basic electorate behind him. This happened for a number of reasons: First of all he still is the most attractive candidate amongst many of the low income, rural or sub-urban population, which clearly constitutes the majority of the country's population. It is him they connect with their real income increase, improved housing and healthcare situation and also political empowerment. Secondly, he successfully de-legitimized his political and societal opponents by spreading rumours of a secular conspiracy, in which the opposition with external help started the protests. With those allegations the government served several prejudices, like anti-Semitism, by blaming the so called "interest rate lobby" and even the Mossad of organizing the protests¹⁵. Also blamed were Germany, particularly the aviation company Lufthansa which allegedly disliked a Turkish airport project, and a Serbian civil organization.¹⁶ By using leverage over most of the media landscape the government was able to create an environment of confusion in which the opposition failed to make their statements. Thirdly, the government, next to the already ongoing changes to a dominant party system, changed the political landscape by becoming increasingly authoritarian, oppressing counterparties and denouncing unwanted media reports and journalists and therefore silencing critical voices.

But the latter came at certain costs. Although being able to secure the basic constituency, Erdoğan alienated many of his former allies. Not only

¹⁴ <http://www.hurriyetdailynews.com/president-erdogan-again-slams-gezi-protesters-declares-pro-gulen-bank-already-bankrupt.aspx?PageID=238&NID=71882&NewsCatID=338> accessed on 1.12.2014

¹⁵ <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/ec853098-d1eb-11e2-b17e-00144feab7de.html#axzz3K0I1TAIb> accessed on 1.12.2014

¹⁶ Both countries were already before the Gezi Park protests repeatedly blamed for their handling of nationalist violence against Muslim minorities.

those mentioned above, who gradually moved away from the government since 2011, but also former close allies, like the very influential Islamic scholar and head of a large network of schools, Fethullah Gülen. The initially for both sides very beneficial alliance started to show cracks with the government's anti-Israel stance and later with the beginning of the solution process, both of which the Gülen movement opposed. But here also the Gezi protests were the ultimate game changer, as Gülen started to openly criticise the handling of the protests.¹⁷ Later that year a series of corruption cases were filed, in which the sons of three cabinet members, and allegedly also the son of Erdoğan himself were involved, leading to the resignation of several cabinet ministers. As a further consequence prosecutors of the case and hundreds of police officers and judicial personal were reassigned, who were accused of being members of Hizmet, as Gülen's movement is called (Taspinar, 52f, 2014).

As the loss of certain former allies led to a reduction of the electorate, the AKP had to change its mobilization strategy. The party did so by intensifying its language, as already seen during the protests. This change in strategy showed a rift within the party that was already visible before, but the Gezi Park incidents visibly widened the gap between the liberal faction around the then president Abdullah Gül and Erdoğan on the other side. To a certain extent the displayed jaggedness during the protests in which e.g. Gül¹⁸ and the then deputy prime minister Bülent Arınç¹⁹ voiced conciliatory opinions, while the other faction around EU minister Egemen Bağış²⁰ stirred up the language was probably intended, as to serve both, the hardliners and the liberal part of the party. But as the latest elections this summer showed, Erdoğan did not intend to give the liberal/apologetic side of the party more leeway and he opposes any subversion of his authority, even for pragmatic purposes.

¹⁷ http://www.washingtonpost.com/world/erdogan-offers-concessions-to-turkeys-protesters/2013/06/14/9a87fff6-d4bf-11e2-a73e-826d299ff459_story.html accessed on 1.12.2014

¹⁸ <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2013/06/abdullah-gul-turkey-protests-increased-role.html#> accessed on 1.12.2014

¹⁹ <http://www.bbc.com/news/world-europe-22767622> accessed on 1.12.2014

²⁰ <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/2908d424-d698-11e2-b03f-00144feab7de.html#axzz3K0I1TAIb> (accessed on 1.12.2014) Egemen Bağış btw was amongst those cabinet ministers who had to resign after the corruption allegations.

This means that the formerly relatively broadly defined party with a initially relatively loosely organized structure to integrate as many parts of the electorate as possible increasingly narrowed down to an ideologically conclusive and strictly organized body with one clear head, Recep Tayyip Erdoğan. In the transformation process which gradually disempowered the tutelary regime, power positions were re-staffed by party functionaries, binding them closely to the government, therefore ensuring Erdoğan a certain internal stability (Cağaptay, 47ff, 2014). The victory of the ruling AKP in local elections helped many party members to reach municipal and regional power positions, thus making them dependent on the parties success and therefore the party leadership.

Outside the party structures the picture is similar: although disagreement with the government exists, alternative options are sparse. In the presidential elections of 10 August 2014 Erdoğan, who ran for office, was able to hold the electorate of roughly 21 million votes from the general elections of 2011, making him the clear winner. It should be noted though that he spent more than ten times the money²¹ than the candidate in second, Ekmeleddin İhsanoğlu, and got virtually all of the mainstream media attention. The results might confirm that the basic constituency still stands behind the party, even after the Gezi Park protests, but it does not accurately portrait the condition of the opposition. While the ruling party was able to re-structure after the protests and the corruption cases, the opposition was not able to channel the political energy of the protests into election results. But the danger for repeated large scale protests grew significantly, which increases the risk for the government of losing the monopoly on agenda setting it currently holds and even further alienating growing parts of the society it might need to effectively govern in the future.

Repercussions for the Opposition

Currently there are three opposition parties in the Turkish Parliament, sharing 223 of the 550 seats. Out of those the CHP has 135 seats (with roughly 26% of the votes), the MHP 53 seats (with roughly 13% of the votes). The rest of the seats are occupied by pro-Kurdish representatives, who circumvented the 10% threshold by running as independent candidates and

²¹ Detailed election results with additional information on the elections can be seen at: <http://www.rethinkinstitute.org/turkish-elections/> accessed on 1.12.2014

forming a faction after being elected into the Grand National Assembly.²² The political opposition is thus clearly dominated by the Party close to the ideas of Kemal Atatürk, the CHP. This is displayed not only in the distribution of the parliamentary seats, but also the established political discourse. The other two factions play a significantly smaller role for two very different reasons: the MHP under its current leader Devlet Bahçeli is a radical right-wing party with neo-fascist aspects²³, making it an outsider, whereas the pro-Kurdish BDP/HDP faction is still marginalised simply for representing the Kurds. Thus when mentioning the political opposition in regard to the Gezi Park protests, this article generally refers to the CHP and mainstream Kemalism.

The already mentioned 10% threshold, implemented by the constitution of 1982, aimed at limiting party plurality, especially containing the political power of radical right wing and left wing groups and therefore to ensuring stability after two preceding chaotic decades (Zürcher, 278ff, 2010). Aside from undemocratic effect of the comparatively very high threshold, it fundamentally influences party politics, giving it a similarly authoritarian nature as the constitution itself. By setting the bar that high, it is close to impossible to form a party with actual influence outside the traditional party spectrum. Grassroots movements with a mobilization potential of less than 10% of the electorate are doomed to fail, making it significantly harder for them to make their voices heard. Although this top-down nature also shapes the Turkish Republics oldest party, the CHP, it was its new leader Kemal Kılıçdaroğlu who significantly opened up the party and gradually led it out of its close ideological barriers (Cağaptay, 115f, 2014). This is a gradual process that comes at a certain cost, like the recent defection of a prominent party figure, who intends to form a new party.²⁴ This defection is an expression of the dissatisfaction of the traditionalist and in self-perception real Kemalist section of the party. Kılıçdaroğlu's section,

²² All exact election results can be seen at the homepage of the Supreme Election Board: www.sonuc.ysk.gov.tr accessed on 1.12.2014

²³ According to the party programme, the MHP follows a "pluralistic democratic ideal". Interestingly there is no single mention of the word "Kurd" in the 71 page document, displaying the MHP's rather undemocratic, un-pluralistic understanding of politics: http://www.mhp.org.tr/usr_img/en/the-nationalist-movement-party-program.pdf accessed on 1.12.2014

²⁴ <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/11/turkey-opposition-chp-new-chapter.html> accessed on 1.12.2014

the other side of the party so to speak, represents the social-democrats who want to attract new voting groups by laying off old Kemalist dogmas and approaching religious voters (Ciddi, Esen, 434f, 2014). The best example of this shift in strategy was the appointment of the joint opposition candidate for the presidential elections in August this year, the former Secretary General of the Organisation of Islamic Cooperation, Ekmelleddin İhsanoğlu.

To argue that the appointment of İhsanoğlu was an immediate consequence of the protests would be far-fetched, nevertheless the incidents are as much a turning point for the political opposition as it was for the ruling party. Most literature on the subject is, to say the least, very sceptical of the role of the opposition after the protests. Öniş argues that the CHP failed to “capitalize on the process in terms of turning it to its own electoral advantage” (Öniş 2014). The picture is more complex though than that. The CHP’s role in the protests is paradoxical: the start of Gezi was significantly fuelled by the main opposition party’s inability to integrate the growing number of secularist and high educated urban youth. And although the party underwent the above mentioned opening, only the AKP was able to mobilize voters outside the traditional ideological frame by providing services to specific parts of the society and redistributing resources (Ciddi, Esen, 433, 2014), therefore appealing to new voters and becoming a catch all party – at least in its early years. On the other hand of the paradox is the CHP’s prominent role in mobilizing protesters, making it a nation-wide issue in the first place. According to a poll conducted at the beginning of June, 75% of the responding protesters said they voted CHP in the last elections.²⁵

Thus there is the potential for the Kemalist party to appeal to these voters, but looking at the presidential elections this summer it seems the success of that is quite limited. To conclude that the CHP is unable to integrate this specific electorate seems to be a premature assumption. The party’s opening is a gradual and slow process which was significantly boosted by the protests and added to the legitimacy of the reforms. It will not come without costs though and will probably need further restruc-

²⁵ The poll was conducted by GENAR in which 498 people were questioned. Like always with polls around such events, particularly in the Middle East, the results should not be overrated. <http://t24.com.tr/haber/geziciler-ile-ilgili-en-kapsaml-i-anket,231899> accessed on 1.12.2014

turing. But no matter how far those reforms go, any attempts so far to steal voters from the ruling AKP failed and due to the above mentioned structural reasons are very unlikely to happen anytime soon. As long as it is Erdoğan who controls the political narrative and dictates the discourse any opposition will have a hard time gaining ground. But the protests did show, that the 50 percent of Turkey that did not vote for the AKP in the last general elections are not dead. Gezi furthermore showed that those 50 percent are not able to organize in a way to pose a serious political threat to Erdoğan.

To really become an alternative to the current government the political opposition must further develop and integrate larger segments of society, especially those who traditionally opposed the Kemalists in Ankara and have the potential to mobilize many voters. The most important of those being the above mentioned Anatolian Tigers, who are increasingly dissatisfied with the AKP government for a number of reasons, most importantly the recent rift with Gülen²⁶ and the poor current economic performance. But these voting groups are still significantly closer to the current government than they are to the CHP. Not only will it be hard for the CHP to appeal to these voters with their social-democratic approach and their still inherent secularism, but also will Erdoğan try to keep any significant electorate to the AKP.

Conclusion

The developments of the last decade since the ruling AKP came to power are at least as inconsistent as they are significant. The economy grew in an unprecedented speed, the deadlock between the overly powerful military and the civil government was removed, chronic political volatility was eliminated and most foreign policy conflicts were either arranged or de-escalated. At the same time the economy did get significant blows by external developments and increasing structural problems (see Rodrik, 2009), the power-vacuum left by the withdrawal of the Turkish military was filled by the AKP, though with the increased domestic and external pressure on the Erdoğan government has led and is still leading to increasing authoritarianism, severely threatening the hard-earned political stability.

²⁶ <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/04/turkey-busin-ess-clash-gulen-akp.html> accessed on 1.12.2014

Additionally, new conflicts in Turkey's immediate neighbourhood and a standstill in the approximation process towards the EU signify serious structural difficulties Turkey has to deal with. All that created a breeding ground for the Gezi Park protests of May/June 2013.

The gradual but steady undermining of democratic reforms of the early Erdoğan years led to the erosion of the informal alliance between the culturally conservative, economically liberal and moderate religious AKP and culturally liberal parts of society cumulating in the nation-wide protests that took place in virtually all major cities with millions participating. The Gezi Park incidents were thus far the greatest challenge for the government, first only from the civil society but as events developed increasingly also from the political establishment. For Turkey observers not surprisingly Erdoğan reacted to the events by heating up rhetoric and pointing towards a conspiracy, further alienating former allies. Erdoğan's strategy was, as the respective elections since last year show, successful with this scapegoating strategy and was able to rally the party's basic electorate behind him (see above). For the opposition in Turkey the protests were as much a game changer as they were for the government. With the country being left significantly more divided after the protests²⁷, the parliamentary opposition in Turkey tried to make itself an important actor of Gezi Park. This scheme was only partly, if at all, successful. The biggest and in many regards most important opposition party CHP is currently in a general restructuring process and is trying to open up old ideological barriers to be able to appeal to a greater electorate. Gezi Park occurred exactly during that opening process and showed weakness, but also abilities of the CHP to integrate the growing number of disenfranchised voters. While the CHP's contribution to the initiation of the protests was its inability to integrate exactly those parts of society, the party also made the demonstrations big in the first place.

Thus the protests led to a significant increase of pressure on the political establishment, both in the executive and legislature. If seen as a power struggle, Erdoğan in the short term is the clear winner, he won all elections so far since the protests, with more or less the same bulk of voters than the years before. In the long run the picture could be very different though,

²⁷ A great and extensive analysis of the growing division in Turkey in The Guardian by Constanze Letsch: <http://www.theguardian.com/world/2013/jun/20/turkey-divided-erdogan-protests-crackdown> accessed on 1.12.2014

as Erdoğan substantially damaged the political discourse with his authoritarianism which, at least qualitatively seen, significantly narrowed the range of his allies. Therefore the potential of swing-voters has also grown, giving an opened CHP better chances of gaining AKP votes in the next general elections in summer 2015. For now it looks like Erdoğan is not losing the upper hand, a fact that could, given the increased volatility of the political landscape, change quickly. So far though any bets on Erdoğan's missteps have been terribly wrong, and it seems not likely that he will lose his tactical political skills. Nevertheless it is too early to assess all the political consequences of the Protests and much research needs to be done, especially with an eye on the upcoming general elections next summer.

Literatur

- Akgün, Mensur and Sabiha Senyücel Gündoğar.* The Perception of Turkey in the Middle East 2013. TESEV Foreign Policy Programme. Online at: <http://www.tesev.org.tr/the-perception-of-turkey-in-the-middle-east-2013/Content/1600.html> accessed on 1.12.2014.
- Arslan, Ali.* Turkish Political Elites: Sociological Analysis of Turkish Politics and Politicians. LAP Lambert Academic Publishing, Saarbrücken, 2011.
- Bacil, Gökhan.* The Taksim Protests: The Return of Secular Low Politics? The German Marshall Fund of the United States, On Turkey Series Analysis, June 7, 2013.
- Cağaptay, Soner.* The Rise of Turkey: The Twenty-First Century's First Muslim Power. Potomac Books, Nebraska, 2014.
- Ciddi, Sinan and Berk Esen.* Turkey's Republican People's Party: Politics of Opposition under a Dominant Party System. Turkish Studies, 15:3, 419-441, 2014.
- Ete, Hatem.* The Political Reverberations of the Gezi Park Protests. Insight Turkey, Vol.15, No. 3, pp. 15-25, 2013.
- Gökay, Bülent and Ilia Xypolia.* Reflections on Taksim – Gezi Park Protests in Turkey. Journal of Global Faultlines Publication, University of Keele, 2013.
- Hale, William.* Turkish Foreign Policy since 1774. Routledge, London, 2010.
- Kardaş, Saban.* Understanding the Structural Causes of Turkish Protests. The German Marshall Fund of the United States, On Turkey Series Analysis, June 6, 2013.
- Kuru, Ahmet T. and Alfred Stepan.* Democracy, Islam and Secularism in Turkey. Columbia University Press, New York, 2012.

Mango, Andrew. Atatürk. John Murray, London, 2004.

Öktem, Kerem. After the Protests: Time for a new politics in Turkey. Politics in Spires. Online at: <http://politicsinspires.org/after-the-protests-time-for-a-new-politics-in-turkey/> accessed on 1.12.2014

Önis, Ziya. Monopolizing the Center: The AKP and the Uncertain Path of Turkish Democracy. Social Science Research Network, September 2014. Online at: http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2499213 accessed on 1.12.2014

Öztürkmen, Arzu. The Park, the Penguin and the Gas: Performance in Progress in Gezi Park. The Drama Review, 58:3, New York, Fall 2014.

Pope, Hugh and Nicole Pope. Turkey Unveiled: A History of Modern Turkey. Overlook Duckworth, London, 2011.

Rodrik, Dani. The Turkish Economy After The Crisis. Harvard Kennedy School, November 2009. Online at: <http://www.hks.harvard.edu/fs/drodrik/Research%20papers/Turkish%20economy%20after%20the%20crisis.pdf> accessed on 1.12.2014

Taspinar, Omer. The End of the Turkish Model. Survival: Global Politics and Strategy, 56:2, 49-64, 2014.

White, Jenny. Muslim Nationalism and the New Turks. Princeton University Press, Princeton, 2013.

Zürcher, Erik J. Turkey: A Modern History. I. B. Tauris, London, 2010.

Other sources

Turkish Economic and Social Studies Foundation, Tesev. Online at: www.tesev.org.tr accessed on 1.12.2014

Turkish Statistical Institute, Turkstat. Online at: www.turkstat.gov.tr accessed on 1.12.2014

Metropoll, Strategic and Social Research. Online at: www.metropoll.com.tr accessed on 1.12.2014

„Read my lips“: George H. Bushs Reden und Interviews in vergleichender Operational Code Analysis

Lena Raffetseder

Einleitung

SEIT DER Entwicklung von Nathan Leites und der Fortführung der Forschung durch Ole R. Holsti, Stephen J. Walker, Mark Schafer und Michael D. Young hat sich die Operational Code Analysis (OCA) zu einem wichtigen Instrument der Foreign Policy Analysis entwickelt. Umstritten bleibt, welche Quellen zu Ergebnissen führen, die möglichst nah an der Realität sind. Deshalb soll in diesem Paper ein Vergleich zwischen den Reden und Interviews von Präsident George H. Bush vor und während dem Zweiten Golfkrieg durchgeführt werden. Bereits im Vorfeld wurde eine Analyse der Reden in diesem Zeitraum durchgeführt. Es gilt herauszufinden: Inwiefern bestehen Unterschiede zwischen den Operational Codes der Reden und Interviews von George H. Bush?

Es wird davon ausgegangen, dass generell Unterschiede zwischen Aussagen in vorbereiteten Reden und spontanen Befragungen bestehen. Daraus ergibt sich H1:

H1: Zwischen den Operational Codes der Reden und Interviews bestehen Unterschiede.

Es wird die Überlegung angestellt, dass die Unterschiede in Reden und Interviews von Präsident George H. Bush vor allem in entscheidenden Phasen des Konflikts – wie die Stationierung von US-Truppen, der Beginn von Operation Desert Storm und die Dhahran Attacke gegen amerikanische

Truppen durch irakische Soldaten – besonders auffallend sind. Demnach lautet H2:

H2: In einzelnen, bedeutenden Phasen des Konflikts unterscheidet sich die Position von George H. Bushs Operational Code in seinen Reden von seinen Interviews.

Um diese Unterschiede zu konkretisieren, wird davon ausgegangen, dass spontane Äußerungen generell radikalere Positionen für P-1, I-1 und P-4 erzeugen:

H3: In den Interviews lässt sich verstärkt eine Konfliktorientierung von Präsident George H. Bush erkennen.

Theoretische Kontextualisierung

Operational Code Analysis und Theory of Moves

Der Operational Code wurde von Nathan Leites in den fünfziger Jahren entwickelt, um die Einstellungen und das Handeln des sowjetischen Politbüros zu analysieren (Walker 1990: 403). In „A Study of Bolshevism“ bezeichnet Leites die Maxime der Taktik und Strategien der Bolschewiken als „operational code“ (George 1969: 193). Der Operational Code stellt die Summe der Weltanschauungen – oder „beliefs“ – eines Akteurs („political leader“) dar und diese Einstellungen beeinflussen sein politisches Handeln, da sie in der Persönlichkeit des Akteurs verankert sind (George 1969: 197). Der Operational Code setzt sich aus „instrumental“- und „philosophical beliefs“ eines Akteurs zusammen und ergibt sich aus der Beantwortung von zehn Fragen, welche von George 1969 – in Anlehnung an Leites – formuliert wurden. Die „philosophical beliefs“ des Operational Codes sind (Walker 2000: 3):

- P-1. What is the essential nature of political life? Is the political universe essentially one of harmony or conflict? What is the fundamental character of one's political opponents?
- P-2. What are the prospects for the eventual realization of one's fundamental values and aspirations? Can one be optimistic, or must one be pessimistic on this score; and in what respects the one and/or the other?

- P-3. Is the political future predictable? In what sense and to what extent?
- P-4. How much control or mastery can one have over historical development? What is one's role in moving and shaping history in the desired direction?
- P-5. What is the role of chance in human affairs and in historical development?

Die „instrumental beliefs“ stellen die Antworten auf folgende Fragen dar:

- I-1. What is the best approach for selecting goals or objectives for political action?
- I-2. How are the goals of action pursued most effectively?
- I-3. How are the risks of political action calculated, controlled, and accepted?
- I-4. What is the best timing of action to advance one's interests?
- I-5. What is the utility and role of different means for advancing one's interests?

Aus diesen zehn Fragen entwickelte Ole R. Holsti 1977 eine Typologie, welche auf „master beliefs“ basiert. Diese „master beliefs“ sind P-1, das Bild, welches der Akteur von seinem Gegenspieler hat; I-1, das Bild, welches der Akteur von sich selbst hat (Ego); und P-4, der Glaube an die Fähigkeit, das politische Geschehen steuern zu können (Marfleet/ Walker 2006: 56). Diese Einteilung ergibt für verschiedene Akteure eine unterschiedliche Reihung ihrer Präferenzen des Ausgangs einer Konfrontation: settlement, domination, deadlock oder submission (Marfleet/ Walker 2006: 56).

Die Antworten auf P-1, P-4 und I-1 werden durch das „Verbs in Context System“ (VICS) erworben. Aus in der Öffentlichkeit getätigten Aussagen eines Akteurs, beispielsweise Reden oder Interviews, kann der Operational Code einer Person deduziert werden. Die bedeutendste Quelle des Operational Code ist die Rede, da in der OCA davon ausgegangen wird, dass die Handlungen eines Akteurs von seinen „beliefs“ gesteuert werden. Während die Möglichkeit besteht, dass die „beliefs“ und die Handlungen eines Akteurs in Konflikt stehen, ist dieser Fall die Ausnahme und nur in beschränkten Zeitabschnitten zu beobachten. Grund hierfür ist die Annahme, dass Akteure rational gemäß ihren Überzeugungen handeln (Walker 2000:

8). Der Operational Code eines Akteurs ist nicht über Jahre hinweg gleich, sondern verändert sich in jeder Situation, mit der er sich konfrontiert sieht. In jeder neuen Situation muss der Akteur seine „beliefs“ evaluieren, was zu neuen „states of mind“ führen kann (Walker/Schafer/Young 1998: 176). Das „Verbs in Context System“ führt Inhaltsanalysen durch und untersucht eine Reihe von Merkmalen in den Äußerungen eines Akteurs. Jedes Verb und all jene Teile der Aussage des Akteurs, die mit den Verben in Verbindung stehen, werden in der Untersuchung berücksichtigt. Diese Teile der Aussage sind das Subjekt, die Verb-Kategorie, das Politikfeld, die Zeitform des Verbs, die Zielgruppe und der Kontext. Da davon ausgegangen wird, dass der untersuchte Akteur eine führende Rolle in der Entscheidungsfindung und des Konfliktmanagements eines Staates einnimmt, wird angenommen, dass die „beliefs“ des Akteurs, Prognosen über das Verhalten eines Staates erlauben (Walker 2000: 8). Die Untersuchung der Reden und Interviews wurde in dieser Analyse mit dem Programm „Profiler Plus“ durchgeführt (Social Science Automation 2013).

Ole R. Holsti erstellte aus der Reihung der Präferenzen (Abbildung 5 im Anhang) vier Idealtypen: Typ A, Typ B, Typ C und Typ DEF (Abbildung 1). Die Typen A, B und C teilen die Ansicht, dass Konflikt nur temporär ist, während Typ DEF Konflikt als permanent ansieht, und sich D, E und F nur in der Ansicht des Ursprungs des Konflikts unterscheiden: Individuum (D), Nationalstaat/ Gesellschaft (E) und internationales System (F) (Walker 2000: 4). Die Reihenfolge der Handlungspräferenzen der Akteure muss in einem weiteren Schritt spieltheoretisch analysiert werden (Marfleet/ Walker 2009: 58). Die Spieltheorie ist eine mathematische Analyse, welche es ermöglicht, das strategische Verhalten von Akteuren in einer Konfliktsituation zu untersuchen (Brams 1993: 562). Steven J. Brams hat die klassische Spieltheorie mit einer dynamischen Dimension in seiner „Theory of Moves“ erweitert, indem die Akteure die Fähigkeit erhalten, vorausschauend zu handeln und den nächsten oder auch übernächsten Schritt ihres Gegenspielers antizipieren können (Brams 1993: 562). Die „Theory of Moves“ wird anhand folgenden Beispiels erläutert (Abbildung 2):

Das Spiel wird von zwei Akteuren gespielt. Die Positionen von Ego und Alter spiegeln immer die Wahrnehmung der Akteure wider und sind demnach stets subjektiv. Um eine Spielsituation darstellen zu können, müssen Selbstbild und Fremdbild identifiziert werden. Die Strategien von Ego

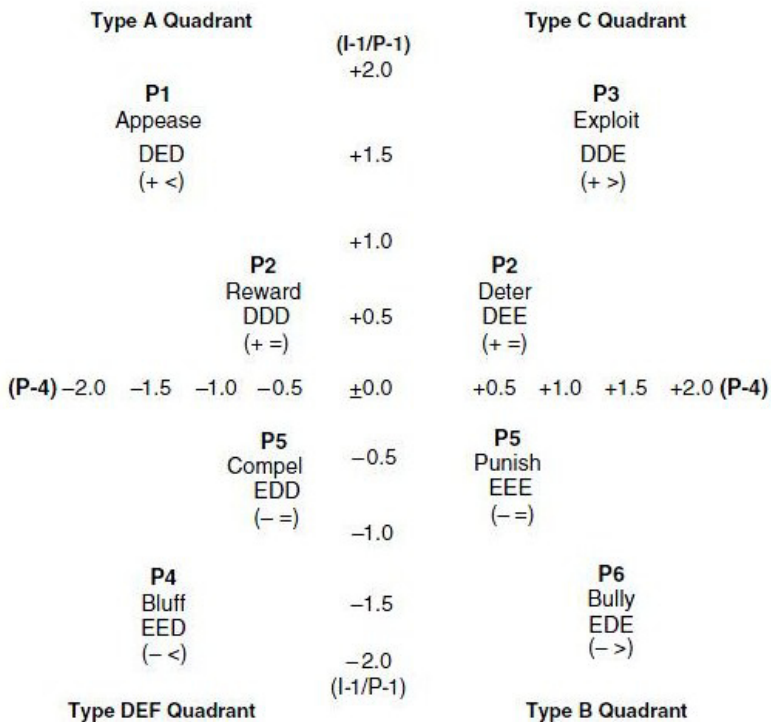


Fig. 1: Verbs in Context System Template (Marfleet/Walker 2006:55)

und Alter können entweder „cooperative“ (CO) oder „conflictual“ (CF) sein. Von Bedeutung ist zudem die Einschätzung der eigenen Fähigkeit, das politische Geschehen steuern zu können. Diese kooperative, beziehungsweise konfliktreiche Einstellung der Akteure kann vier verschiedene Formen annehmen: +,+; +,-; -,+; oder -,-. Die eigene Fähigkeit der Kontrolle von Ereignissen kann der Akteur als gleich oder annähernd wie die Fähigkeit seines Gegenspielers wahrnehmen (=,=); die eigene Fähigkeit, das Geschehen zu verändern kann als größer wahrgenommen werden als die von Alter (>,<); oder die Fähigkeit von Alter ist größer als die eigene Fähigkeit (<,>). Abbildung 2 zeigt das Beispiel „Appease“ gegen „Exploit“. Ego verfügt über ein kooperatives Selbstbild, glaubt aber über geringe Fähigkeiten zu verfügen, das Geschehen verändern zu können. Die Grundhaltung von Alter wird von Ego als kooperativ wahrgenommen (Marfleet/

(1) Appease (+, <) vs. Exploit (+, >)

		<u>Exploit</u>	
	<u>CO</u>	<u>4,4</u>	2,3
<u>SELF</u>	<u>CF</u>	1,1	3,2
		(0,1,2,3/0)	

Fig. 2: Appease vs. Exploit (Marfleet/Walker 2006:60)

Walker 2006: 59). Die Zahlen von 1 bis 4 stellen die Präferenzen der Akteure dar. In diesem Beispiel gleichen sich die Präferenzen und der präferierte Ausgang für Ego ist auch der präferierte Ausgang für Alter. Dieser Fall muss aber nicht immer eintreten (siehe Abbildung 6 im Anhang).

Brams nennt sechs Regeln, die in einem solchen Spiel zu befolgen sind: jedes Spiel beginnt in einem Quadranten einer Matrix („initial state“) (Regel 1); Spieler müssen nicht ihre ursprüngliche Strategie befolgen, sondern können einer neuen Strategie nachgehen, sich in einen anderen Quadranten bewegen und somit ein neues Ergebnis herbeiführen (Regel 2); der Spieler, der sich zuerst bewegt, ist Spieler 1, darauf folgt der Zug von Spieler 2 (Regel 3); das Spiel ist zu Ende, wenn keiner der Spieler die Strategie wechselt und sich beide Spieler nicht mehr bewegen („final state“) (Regel 4); Regel 5 besagt, dass ein Spieler sich nur dann bewegt, wenn er durch das Antizipieren des „final state“ ein besseres Ergebnis durch seine Bewegung erreicht. Dies bedeutet, ein Spieler kann sich auf eine für ihn ungünstige Position bewegen, wenn das Endergebnis dadurch positiv wird; daraus ergibt sich Regel 6: ein Spieler stellt rationale Überlegungen über das Verhalten seinen Gegenspielers an, bevor er sich bewegt (Brams 1993: 564).

Quellen der Analyse

Das VICS wird meist an vorbereiteten Äußerungen eines Akteurs in der Öffentlichkeit – vorwiegend Reden - angewandt. Es stellt sich die Frage, ob spontane Äußerungen, wie es Interviews sind, womöglich eher die Einstellung des Akteurs widerspiegeln, da dies nicht Aussagen sind, welche von Beratern oder Redenschreibern vorbereitet wurden.

Carol Gelderman führte eine Analyse zu präsidentiellen Redenschreibern in den USA durch. Sie stellt die Redenschreiber von George H. Bush als eine chaotische und vor allem unbeständige Gruppe dar, die aufgrund

von ständigen Streitereien mittelmäßige Reden produzierte. Wird die Theorie verfolgt, dass Redenschreiber Auswirkungen auf Reden eines Akteurs haben („ghostwriter effect“) dürften, aufgrund der Autorenwechsel von Bushs Redenschreibern, seine Reden über kein klares, einheitliches Profil verfügen. Laut Gelderman lehnte Bush Proben und Coachings ab und rühmte sich mit seiner Fähigkeit, bei Reden improvisieren zu können (Gelderman 1997: 145 zit. nach Dille 2000: 574). Diese Charakteristika zeigten sich schon zu seiner Zeit als Präsidentschaftskandidat, als er bei einer Wahlkampfrede verkündete: *„I stand for antibigotry, anti-Semitism, antiracism“* (Sherry 2004: 490). Gemäß dieser Tatsache dürften zwischen seinen Reden und Interviews keine allzu großen Unterschiede zu beobachten sein.

Brian Dille, der in seiner Analyse die Positionen von Ronald Reagan und George H. Bush in Reden und Interviews vergleicht, kommt zu dem Ergebnis, dass Bush in seinen Interviews zum Thema der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, konfliktorientiertere Positionen einnimmt als in seinen Reden. Seine Strategien ändern sich in seiner Rhetorik von *appeal, promise, oppose, reward, punish, threat* (in Reden) zu *appeal, oppose, reward, promise, threat, punish* (in Interviews) (Dille 2000: 577). Dille kommt in seiner Untersuchung zu dem Ergebnis, dass

„As with Reagan, Bush’s scores clearly show that measurements of psychological variables, such as the operational code, will vary depending on whether prepared or spontaneous remarks are sampled.“
(Dille 2000: 577)

Dille bestätigt demnach die Annahme, dass zwischen vorbereiteten und spontanen Aussagen signifikante Unterschiede bestehen. Zudem zeigt Dille auf, dass die Redenschreiber von George H. Bush seine „philosophical beliefs“ nicht adäquat erfassen konnten (Dille 2000: 577).

Margaret G. Hermann betont bei ihrer Untersuchung der Charaktereigenschaften verschiedener Akteure ebenfalls

„Press interviews with heads of government were used because they appear to contain the most spontaneous public material available on such political leaders. Spontaneous material is desirable because it minimizes the effects of ‘ghost writing’ and planned communication. Materials such as speeches and letters are often written for the head of

government by others and are generally designed to convey a specific image to a certain audience.” (Hermann 1980: 14f)

Mark Schafer und Scott Crichlow untersuchten ebenfalls mögliche Unterschiede zwischen spontanen und vorbereiteten Äußerungen anhand einer Auswahl von Bill Clintons Reden und Interviews. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass die Unterschiede bemerkenswert sind (Schafer/ Crichlow 2000: 561). Clinton nimmt sein politisches Umfeld (P-1) in seinen Reden als kooperativ wahr, während sein P-1 Wert in spontanen Äußerungen abnimmt. Ähnliches lässt sich bei I-1 beobachten. Zudem ist Clintons Glaube an seine Fähigkeit, das politische Geschehen steuern zu können, in seinen spontanen Bemerkungen signifikant höher (Schafer/ Crichlow 2000: 561).

Zusammenfassend lässt dies erahnen, dass zwischen vorbereiteten und spontanen Äußerungen erkennbare Unterschiede vorherrschen müssten. Der spezielle Fall von George H. Bush, der häufig seine Redenschreiber wechselte und auf Improvisation setzte, würde vermuten lassen, dass zwischen den Operational Codes der Reden und Interviews keine großen Unterschiede bestehen, Dille widerlegt diese Annahme jedoch in seiner Untersuchung.

Der Zweite Golfkrieg¹

Nach dem Iran-Irak Krieg sah sich der Irak mit wirtschaftlichen Problemen wie einer hohen Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit konfrontiert. Weiters vertrat die irakische Führung die Ansicht, auch zugunsten anderer arabischer Staaten gegen den Iran vorgegangen zu sein und konnte durchaus – während des Krieges – auf deren Unterstützung zählen. Saddam Hussein ging davon aus, dass Saudi Arabien und Kuwait dem Irak nicht nur zu Dank verpflichtet waren und ihn weiter unterstützen würden – da der Irak als Verteidiger gegen den Iran aufgetreten war - sondern auch, dass die Staaten die irakischen Schulden tilgen würden. Als Kuwait dieser und anderen Forderungen nicht nachkam, fiel die Entscheidung der irakischen Führung zum Einmarsch (Kostiner 2009: 78f). Hussein hatte

¹ In diesem Teil wird in komprimierter Form auf den Zweiten Golfkrieg eingegangen. Für ausführliche Darstellungen des Konflikts siehe Joseph Kostiner (2009), beziehungsweise F. Gregory Gause, III (2010).

den Eindruck, die USA würde nicht in diesem Konflikt intervenieren, da sie einerseits nichts zu gewinnen hätte und andererseits noch unter dem „Vietnam Syndrom“ leide (Kostiner 2009: 81).

Am 1. August 1990 marschierten irakische Streitkräfte in Kuwait ein. Mit der Kontrolle über Kuwait hätte Saddam Hussein zugleich eine starke Position der Kontrolle über Erdölpreise, sowie über die Erdölförderung, einnehmen können. Die USA, welche von importiertem Öl abhängig ist, sah sich mit dieser unerwünschten Position konfrontiert (Walker/ Malici 2011: 66f).

Nach gescheiterten diplomatischen Verhandlungen und UNO-Resolutionen, wurde dem Irak ein Ultimatum vonseiten der UNO gestellt, die irakischen Truppen aus Kuwait abzuziehen. Dieses lief am 15. Januar 1991 ab; am 16. 1. begann die, von der USA angeführte, „Operation Desert Storm“. Am 7. Februar begann mit dem amerikanischen Einmarsch in Kuwait der Bodenkrieg. Einen Tag nach dem verheerendsten Angriff auf amerikanische Truppen am 25. Februar in Dhahran, gab Saddam Hussein den Rückzug der irakischen Streitkräfte bekannt. Am 26.2. verkündete George H. Bush den Sieg über den Irak (Kostiner 2009: 257ff).

Es besteht die Theorie, dass die monatelangen diplomatischen Verhandlungen vonseiten der USA anstelle von „deterrence“ auf die Wahrnehmungen einzelner Akteure der Bush-Administration zurückzuführen sind. Darunter National Security Advisor Brent Scowcroft, Secretary of Defense Richard Cheney, Chairman of the Joint Chiefs of Staff Colin Powell, Commander of the Central Command Norman Schwarzkopf und Präsident Bush selbst. Diese Gruppe war der Auffassung, dass Saddam Hussein nach dem Iran-Irak Krieg geläutert und sich den Grenzen seiner Macht bewusst war. Trotz zunehmender Signale über Husseins aggressive Absichten hielten Bushs Berater an ihrer ursprünglichen Ansicht fest, dass Hussein lediglich einschüchtern wolle (Walker/ Malici 2011: 69f). Die Gruppe hielt auch dann noch an einer friedlichen Lösung fest, als Satellitenaufnahmen sogar die rapide anwachsende Truppenstärke der irakischen Armee dokumentierten und die Defense Intelligence Agency vor Hussein warnte (Walker/ Malici 2011: 72f). Steve A. Yetiv erklärt anhand von „Groupthink“ diese außenpolitische Entscheidung der Bush-Administration².

² Für weitere Ausführungen zu „Groupthink“ in Zusammenhang mit dem Zweiten Golfkrieg siehe Yetiv 2004: 104ff

Stephen G. Walker und Akan Malici sehen in dem Vorgehen der USA einen „deterrence failure“ aufgrund eines „diagnostic mistake“, da die Gefahr zum einen zu spät erkannt wurde und zum anderen erst nach Zögern eingegriffen wurde (Walker/ Malici 2011: 75f).

Methode

Die quantitative Inhaltsanalyse der Interviews und spontanen Äußerungen von George H. Bush wurde – wie bereits die Analyse der Reden – mit dem Programm „Profiler Plus“ durchgeführt. Die spontanen, sowie vorbereiteten Aussagen, die für diese Analyse herangezogen wurden, stammen von der Homepage der „George Bush Presidential Library and Museum“ (Texas A&M University: 2014). Bei beiden Untersuchungen wurden Aussagen im Zeitraum von 2. August 1990 bis 16. April 1991 berücksichtigt, welche verbal von Präsident Bush persönlich geäußert wurden. Demnach wurden alle schriftlichen Statements ausgeschlossen.

Die vorbereiteten Aussagen sind Reden und Bemerkungen im Vorfeld von Pressekonferenzen, die das Thema „Persian Gulf Crisis“ behandeln, beziehungsweise in denen drei Mal das Wort „Iraq“ genannt wird. Um als spontane Äußerung in die Untersuchung aufgenommen zu werden, musste das Thema der Pressekonferenz die irakische Invasion in Kuwait, beziehungsweise die „Persian Gulf Crisis“ später „Persian Gulf Conflict“ sein. Andere Pressekonferenzen und Question-and-Answer-Sessions wurden dann in die Analyse aufgenommen, wenn die Worte „Iraq“ oder „Saddam Hussein“ mindestens zwei Mal – entweder in Fragen oder Antworten – vorkommen. Es wurden nur solche Teile der Reden und Interviews berücksichtigt, welche den persischen Golf behandeln. Wechselt Bush das Thema, oder wird eine Frage zu einem anderen Themenkomplex gestellt, wurde dieser Teil der Reden und Interviews nicht berücksichtigt.

Diese Auswahl ergab 49 Reden und 75 Interviews. Beginnend mit dem 30. Juli 1990 wurden die Reden und Interviews in Phasen von je zwei Wochen zusammengefasst, um eine mögliche Änderung des Operational Codes von George H. Bush in verschiedenen Phasen des Konflikts darstellen zu können. Kürzere Zeiträume hätten eine zu große Zahl von Phasen ohne Äußerungen ergeben, während längere Zeiträume bei einem kurzen Konflikt, wie es dieser war, ebenfalls problematisch sind. Von 30. Juli 1990 bis 21. April 1991 ergeben sich demnach 19 Phasen.

Ergebnisse

Positionen gemäß des Verbs in Context System

Die Abbildungen der VICS der Interviews (Abbildung 3) und Reden (Abbildung 7 im Anhang) sollen eine überblicksmäßige grafische Darstellung der Unterschiede ermöglichen. Diese Grafiken erlauben aber keinen genauen Vergleich der unterschiedlichen Positionen.

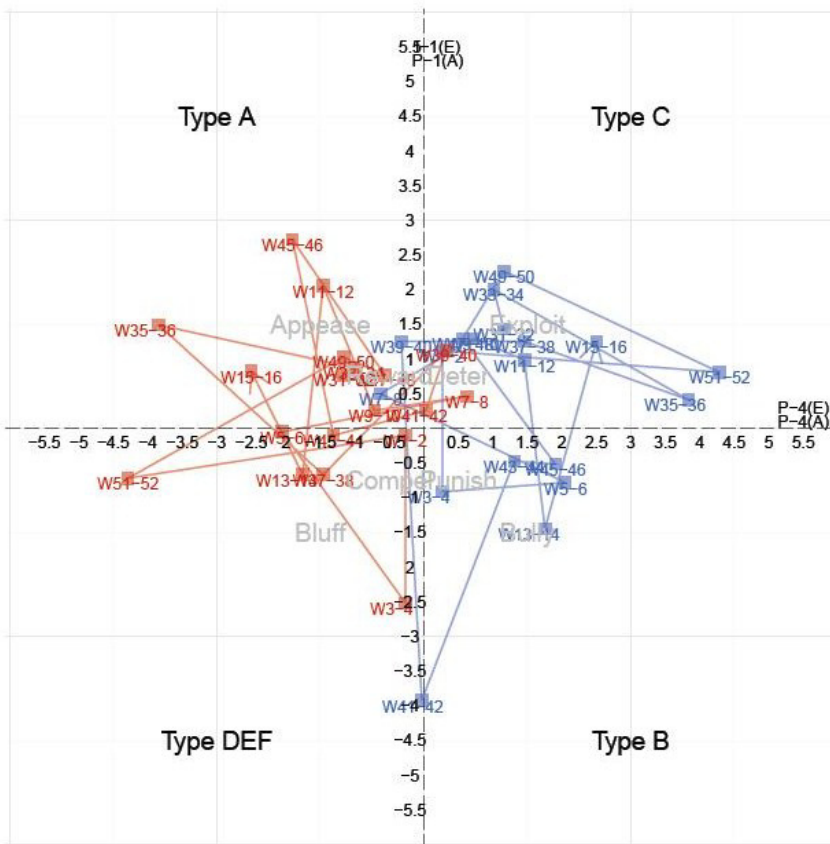


Fig. 3: Interviews

Um einen genaueren Vergleich der Positionen der Reden und Interviews zu ermöglichen, wurden diese in einer Tabelle gegenübergestellt (Tabelle 4

im Anhang). In acht Phasen (W33–34, W39–40, W43–44, W45–46, W47–48, W51–52, W1–2 und W13–14) unterscheiden sich die Positionen der Interviews von den Reden. In den Zeiträumen W43–44, W45–46 und W51–52 stehen vier, beziehungsweise zwei Interviews jeweils einer Rede gegenüber, wodurch das Ergebnis nicht valide ist. In den übrigen fünf Phasen wird die Anzahl der Reden und Interviews als ausreichend erachtet, um einen Vergleich anzustellen. Anhand der Rhetorik lässt sich erkennen, dass die Interviews von George H. Bush vor dem Kriegseintritt der USA eine kooperative Strategie widerspiegeln, während seine Reden auf eine konfrontative Einstellung hindeuten. In Phase W33–34 der Reden erreicht Bush seinen höchsten „Punish“-Wert von 0,33 (nach dem irakischen Einmarsch in Kuwait). In W1–2, als Bush die Erlaubnis des Kongresses einholt, in die Kampfhandlungen im persischen Golf eingreifen zu dürfen, verfolgt er in seinen Reden einen kooperativen Kurs. Der Grund für diesen Unterschied liegt in den Zeitpunkten der Reden und Interviews in dieser Phase. Nur ein Interview fällt in diesem Untersuchungszeitraum vor Bushs Anfrage an den Kongress, während vier der fünf Interviews dieser Phase nach Bushs Ansuchen an den Kongress stattfanden. Die Hälfte der Reden aus diesem Untersuchungszeitraum fanden hingegen vor der Anfrage an den Kongress statt. In Phase W13–14 zeichnen erneut die Interviews ein konfrontatives Bild. Es erscheint jedoch wichtig anzumerken, dass Bush in den drei Reden dieser Phase zu Themen der UN-Waffenstillstandsresolution, zu den amerikanischen Truppen und zu irakischen Flüchtlingen Stellung nimmt. Es erscheint naheliegend, dass Reden zu diesen Bereichen eine kooperative Position darstellen. In der Interviewphase von W11–12 zu W13–14 steigt Bushs „Punish“-Wert von 0,03 auf 0,15, was jedoch immer noch der Norm von US-Präsidenten entspricht (I-5a: mean=0,1372 sd=0,0650).

Analyse der „Changepoints“

Um die spontanen und vorbereiteten Äußerungen genauer zu vergleichen, wurden die Zeitpunkte der Veränderung („Changepoints“) der Reden und Interviews untersucht. Für beide Datensätze wurden für je I-1 (Tabelle 1) und P-1 (Tabelle 2) drei „Changepoints“ ermittelt. Die Werte in den Klammern sind die jeweiligen Signifikanzen.

Diese Analyse zeigt durchaus Unterschiede auf, jedoch sind die „Changepoints“ der Reden in den meisten Fällen lediglich Phasen mit einer

Typ	1.Changepoint	2.Changepoint	3.Changepoint
Reden	14 (0,045)	11 (0,045)	6 (0,045)
Interviews	5 (0,051)	8 (0,051)	6 (0,051)

Tab. 1: Changepoints I-1

Typ	1.Changepoint	2.Changepoint	3.Changepoint
Reden	9 (0,072)	11 (0,072)	5 (0,072)
Interviews	10 (0,043)	13 (0,043)	12 (0,043)

Tab. 2: Changepoints P-1

kleinen Stichprobe, wodurch extreme Werte erzeugt werden. Die Zeiträume 14, 11 und 6, welche bei I-1 der Reden „Changepoints“ darstellen, bestehen lediglich aus zwei (14) beziehungsweise aus einer Rede (11 und 6). Ähnliches ist bei den Interviews der Fall: die Zeiträume 5 und 8 setzen sich aus zwei Interviews zusammen, während in den Erhebungszeitraum von Phase 6 nur ein Interview fällt. Die „Changepoints“ von P-1 der Interviews liegen bei Phasen mit 4 (13) und 5 (10 und 12) Interviews, während bei dem Datensatz der Reden in den betreffenden Changepoints in nur einem Zeitraum (9) 4 Reden stattfanden. Die beiden anderen „Changepoints“ finden sich bei Phasen mit zwei (5) oder nur einer (11) Rede.

Was bei der Analyse der VICS schon vermutet wurde, wird in der Analyse der „Changepoints“ bestätigt: der Datensatz der Reden wird durch einige Ausreißer verfälscht, was einen validen Vergleich auf diese Weise nicht möglich macht.

Varianzanalyse

Um trotzdem zu Ergebnissen zu gelangen, wurde eine „Analysis of Variance“ (ANOVA) durchgeführt. Dazu wurden die Werte von I-1, P-1 und P-4 der Reden und Interviews gegenübergestellt und näher analysiert. Reden und Interviews wurden zudem in drei Perioden unterteilt: Periode A dauert bis Phase W3-4 an – dem Beginn der Operation Desert Storm – die zweite Phase (B) reicht bis W7-8 und Phase C beginnt in W9-10 (dem Kriegsende) und dauert bis April 1991 an.

Im Vorfeld der Analyse wurden die Werte der Reden der Zeiträume W49–50 und W51–52 als Ausreißer klassifiziert und für die weitere Analyse nicht mehr berücksichtigt, da sie für I–1 und P–1 den extremen Wert 1 ergeben. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass beide Phasen aus nur einer Rede bestehen.

Der ANOVA Test ergab für I–1 und P–4 keine signifikanten Unterschiede zwischen Reden und Interviews. Der Unterschied bei P–1 ist mit einem Wert von 0,0372 signifikant (Abbildung 4). Werden die beiden Zeiträume, welche als Ausreißer klassifizierten wurden, nicht aus der Analyse entfernt, ist kein Wert signifikant.

```

Coefficients:
(Intercept)      Estimate Std. Error t value Pr(>|t|)
PeriodsB         -0.22083    0.21043   -1.049   0.302
PeriodsC         -0.01250    0.18821   -0.066   0.947
TypeR            0.06650    0.13958   0.476   0.637
PeriodsB:TypeR   0.04350    0.30055   0.145   0.886
PeriodsC:TypeR   0.18850    0.26948   0.700   0.490
---
Signif. codes:  0 '***' 0.001 '**' 0.01 '*' 0.05 '.' 0.1 ' ' 1

Coefficients:
(Intercept)      Estimate Std. Error t value Pr(>|t|)
PeriodsB         -0.4008333    0.0676564   5.925 1.72e-06 ***
PeriodsC         -0.2575000    0.1512843   -1.702 0.0991 .
TypeR            -0.0008333    0.1333128   -0.006 0.9951
TypeR            -0.2188333    0.1003507   -2.181 0.0372 *
PeriodsB:TypeR   0.4088333    0.2160772   1.892 0.0682 .
PeriodsC:TypeR   0.2063333    0.1937385   1.065 0.2954
---
Signif. codes:  0 '***' 0.001 '**' 0.01 '*' 0.05 '.' 0.1 ' ' 1

```

(a) ANOVA I-1

(b) ANOVA P-1

```

Coefficients:
(Intercept)      Estimate Std. Error t value Pr(>|t|)
PeriodsB         -0.30500    0.02741   11.126 3.6e-12 ***
PeriodsC         -0.05500    0.06130   -0.897 0.377
PeriodsC         0.01500    0.05483   0.274 0.786
TypeR            -0.04300    0.04066   -1.058 0.299
PeriodsB:TypeR   0.04633    0.08755   0.529 0.601
PeriodsC:TypeR   0.07300    0.07850   0.930 0.360
---
Signif. codes:  0 '***' 0.001 '**' 0.01 '*' 0.05 '.' 0.1 ' ' 1

```

(c) ANOVA P-4

Fig. 4: ANOVA

Conclusio

Anhand der Operational Code Analysis wurden die Reden und Interviews von Georg H. Bush zur Zeit des Zweiten Golfkriegs untersucht und gegenübergestellt. Allein anhand des VICS und der Theory of Moves konnten zwar Tendenzen, aber keine validen Ergebnisse generiert werden. Die Forschungsfrage, ob Unterschiede zwischen George H. Bushs Reden und Interviews bestehen, konnte erst eine Varianzanalyse beantworten. Durch eine Einteilung in drei Phasen (vor Kriegsbeginn, Krieg, nach Kriegsende) und das Ausschließen zweier Ausreißer im Datensatz der Reden konnte ein signifikanter Unterschied zwischen Reden und Interviews von Bushs P–1 Wert belegt werden. H1 wird damit bestätigt.

Eine Gegenüberstellung der Positionen von Bushs Reden und Interviews in den 19 Phasen diente zur Beantwortung von H2. In den bedeutenden zwei-wöchigen Phasen W31–32 (Stationierung von US-Truppen), W3–4 (Beginn Operation Desert Storm) und W9–10 (Dhahran Attacke) lassen sich allein anhand der Positionen keine Unterschiede zwischen Reden und Interviews erkennen. Beide Arten von Aussagen zeigen entweder ein kooperatives Bild (W31–32 und W9–10) oder ein Konfrontatives (W3–4). H2 wird demnach falsifiziert.

Zudem wurde untersucht, ob Bushs Formulierungen in seinen Interviews generell konfliktorientierter sind. Je höher der Wert von P–1 ist, desto kooperativer sieht ein Akteur sein Gegenüber Alter. Der Durchschnittswert von P–1 (siehe Tabelle 5 im Anhang) beträgt in den Interviews 0,36 (sd=0,22) und in den Reden 0,33 (sd=0,33). Dies lässt erkennen, dass Bush in seinen Reden sein Gegenüber tendenziell konfliktorientierter wahrnimmt. H3 stellt sich folglich als nicht zutreffend heraus.

Die Untersuchung bestätigt die Ergebnisse von Dille und Schafer/Crichlow, indem ebenfalls ein signifikanter Unterschied zwischen Reden und Interviews nachgewiesen werden konnte. Sowohl Dille als auch Schafer und Crichlow, belegen jedoch die hier formulierte Hypothese, dass ein Akteur sein Gegenüber in spontanen Aussagen konfliktorientierter wahrnimmt als in Reden. In dieser Untersuchung wurde eine Tendenz für das Gegenteil erkannt.

Literatur

Brams, Steven J. (1993). Theory of Moves. In: *American Scientist*, 81/ 6, 562–570

Dille, Brian (2000). The Prepared and Spontaneous Remarks of Presidents Reagan and Bush: A Validity Comparison for At-a-Distance Measurements. In: *Political Psychology*, 21/ 3, 573–585

Gause, F. Gregory III (2010). *The International Relations of the Persian Gulf*. Cambridge University Press, Cambridge

George, Alexander L. (1969). The „Operational Code“: A Neglected Approach to the Study of Political Leaders and Decision-Making. In: *International Studies Quarterly*, 13/ 2, 190–222

George Bush Presidential Library and Museum, Texas A&M University, 2014, <http://bushlibrary.tamu.edu/research/> (letzter Zugriff am 14. Juni 2014)

Hermann, Margaret G. (1980). Explaining Foreign Policy Behavior Using the Personal Characteristics of Political Leaders. In: *International Studies Quarterly*, 24/ 1, 7–46

Kostiner, Joseph (2009). *Conflict and Cooperation in the Gulf Region*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Marfleet, B. Gregory/ Walker, Stephen J. (2006). A World of Beliefs: Modeling Interactions Among Agents with Different Operational Codes. In: Schafer, Mark/ Walker, Stephen J. (Hg.) *Beliefs and Leadership in World Politics*. Palgrave Macmillan, New York , 53–77